

Fakultät für Literatur, Sprachen und Künste  
Abteilung der angelsächsischen Sprachen  
Germanistikabteilung

Fachbereich: Landeskunde

## Magisterarbeit

Thema:

**Zum Einfluss der deutschen Wiedervereinigung auf  
die deutsche Wirtschaft von 1990 bis 2005**

Dem wissenschaftlichen Rat der Fakultät für Literatur, Sprachen und Künste  
vorgelegt von:

**BENSMICHA Nadia**

### Jurymitglieder

**Vorsitzender: Dr. NEBIA Selimane Rafik (Universität Oran)**

**Betreuer: Prof. Dr. EL KORSO Kamel (Universität Oran)**

**Gutachterin: Dr. BELBACHIR Rafia (Universität Oran)**

Oran, 2010

## **Einleitung**

### **1. Zum Unterschied zwischen den beiden Wirtschaftssystemen und den Wirtschaftsordnungen in Deutschland**

<b>Einführung</b> .....	<b>08</b>
<b>1.1 Das Wirtschaftssystem " der Sozialismus"</b> .....	<b>09</b>
1.1.1Die Definition des Sozialismus.....	09
1.1.2 Formen des Sozialismus .....	09
<b>1.2 Die Wirtschaftsordnung "die Planwirtschaft"</b> .....	<b>13</b>
1.2.1Die Definition der Planwirtschaft .....	13
1.2.2 Formen der Planwirtschaft.....	14
1.2.2.1Die zentrale Planwirtschaft .....	15
<b>1.3Das Wirtschaftssystem "der Kapitalismus"</b> .....	<b>18</b>
1.3.1Die Definition und Entstehung des Kapitalismus.....	18
1.3.2 Aspekte des Kapitalismus.....	18
<b>1.4 Die Wirtschaftsordnung "die Marktwirtschaft "</b> .....	<b>21</b>
1.4.1 Definition und Entstehung der Marktwirtschaft .....	21
1.4.2 Formen der Marktwirtschaft .....	25
1.4.2.1Die soziale Marktwirtschaft .....	26
<b>Zusammenfassung</b> .....	<b>27</b>
<b>2. Die wirtschaftliche Entwicklung im geteilten Deutschland von 1949bis 1989</b>	
<b>Einführung</b> .....	<b>28</b>
<b>2.1 Die Etappen der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR (1949-1989)</b> .....	<b>30</b>
2.1.1 Die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus .....	30
2.1.2 Auf dem Weg zur entwickelten sozialistischen Gesellschaft .....	33
2.1.3 Weitere Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft .....	36
2.1.4 Gesellschaftsprobleme der entwickelten sozialistischen Gesellschaft .....	38
<b>2.2 Analyse wirtschaftlicher Ergebnisse in der DDR</b> .....	<b>39</b>
<b>2.3 Die Etappen der wirtschaftlichen Entwicklung der BRD (1949-1989)</b> .....	<b>42</b>

in den Westen und das Wirtschaftswunder.....	42
tschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit.....	44
2.3.3 Auf dem Weg zur wirtschaftlichen europäischen Zusammenarbeit .....	46
2.3.4 Kohls wirtschaftliche Reformpolitik.....	48
<b>2.4 Analyse wirtschaftlicher Ergebnisse in der BRD.....</b>	<b>49</b>
<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>54</b>
<b>3. Die wirtschaftliche Entwicklung im wiedervereinigten Deutschland von 1990 bis 2005</b>	
<b>Einführung.....</b>	<b>55</b>
<b>3.1 Die wirtschaftlichen Folgen der Wiedervereinigung.....</b>	<b>57</b>
3.1.1 Wirtschaftliche Lage in der DDR .....	57
3.1.1.1 Die Transformation der DDR - Wirtschaft (die Zentralverwaltungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft) .....	57
<b>3.2 Die deutsche Wirtschaftspolitik .....</b>	<b>60</b>
3.2.1 Aufbau Ost .....	60
3.2.1.1 Aufbau einer modernen Infrastruktur .....	63
3.2.1.2 Aufbau eines Kapitalstocks.....	65
<b>3.3 Die Ziele .....</b>	<b>70</b>
3.3.1 Ziel: Preisniveaustabilität.....	71
3.3.2 Ziel: Vollbeschäftigung.....	71
3.3.3 Ziel: außenwirtschaftliches Gleichgewicht .....	72
3.3.4 Ziel: stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum.....	72
<b>3.4 Analyse wirtschaftlicher Ergebnisse im wiedereinigten Deutschland (1990-2005) .....</b>	<b>73</b>
<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>92</b>
<b>Zusammenfassung und Ausblick.....</b>	<b>93</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>96</b>
<b>Anhang.....</b>	<b>I-III</b>
<b>Eidesstattliche Erklärung</b>	

## **Ziel- und Aufgabenstellung**

Zu den wichtigsten und bekanntesten deutschen Erlebnissen gehört die *Spaltung Deutschlands*. In der vorliegenden Magisterarbeit werde ich mich mit der Wiedervereinigung speziell mit *dem Einfluss der deutschen Wiedervereinigung auf die deutsche Wirtschaft innerhalb 15 Jahre* beschäftigen.

Der Beitritt eines Staates in einen anderen ist keine einfache Sache, besonders wenn die *Ungleichheiten* wie in diesem Fall so gravierend sind. Aus diesem Grund sollte man die beiden unterschiedlichen Wirtschaftssysteme (*der Kapitalismus / der Sozialismus*) genau in Betracht nehmen. Demgegenüber bedeutet "*Vereinigung*" "*Kraft*". In diesem Zusammenhang versuche ich mich mit der Problematik der *deutschen wirtschaftlichen Entwicklung unter dem Aspekt der Ungleichheiten* auseinanderzusetzen.

Mit der vorliegenden Magisterarbeit habe ich mir zum Ziel gesetzt, das deutsche Wirtschaftswachstum bzw. die deutsche Wirtschaftspolitik nach der Wiedervereinigung zu untersuchen.

## **Fragestellung und Arbeitshypothesen**

Nach einer Analyse einiger Abbildungen wirtschaftlicher Ergebnisse konnte ich feststellen, dass die damalige deutsche Wirtschaftspolitik gelungen war. Eine weitere empirische Beobachtung hat gezeigt, dass verschiedene Schwierigkeiten das wirtschaftliche Wachstum behindert haben.

Deshalb sollte gefragt werden:

- *Inwiefern können die unterschiedlichen Wirtschaftssysteme zweier wiedervereinigter Staaten die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen?*
- *Wie war die wirtschaftliche Lage im geteilten Deutschland (BRD/ DDR). Wer war die Starke? und wer war die Schwache?*

Wirtschaftspolitik dabei gespielt?

Diese drei Fragen lassen sich in einer Kernfrage zusammenfassen:

**Inwiefern hat die deutsche Wiedervereinigung die deutsche Wirtschaft von 1990 bis 2005 beeinflusst?**

Zur Beantwortung dieser Frage wird von der folgenden Arbeitshypothese ausgegangen:

**Die deutsche Wirtschaft konnte durch das Trotzen entstandener Schwierigkeiten und durch die Erreichung planender Ziele sich entwickelt werden.**

Diese Hypothese, die meiner Arbeit zugrunde liegt, könnte in den folgenden Teilhypothesen unterteilt werden:

- *Aus der Wiedervereinigung zweier Staaten, deren Wirtschaftssysteme total unterschiedlich sind, können sich negative Auswirkungen ergeben.*
- *Der unterentwickelte Staat kann auch das wirtschaftliche Wachstum behindern.*
- *Die ernste deutsche Wirtschaftspolitik kann den Schwierigkeiten trotzen und die Ziele erreichen.*

## **Untersuchungsmethode und Verfahren**

Um meine Arbeitshypothesen auf ihre Richtigkeit hinzuüberprüfen, gehe ich bei der Ausarbeitung meines Themas zunächst einmal theoretisch vor. Dabei versuche ich zuerst einem konzeptuellen Begriff zu bilden. Hierbei sollten theoretische Grundpositionen untermauert werden, die sich mit der deutschen Wirtschaft beschäftigen. Im Anschluss ziele ich darauf ab, die Theorie durch eine praktische Untersuchung mit der Praxis zu verbinden, wobei ich sowohl analytisch als auch empirisch vorgehe. Dabei versuche ich einige vorbildliche Abbildungen, die mit dem deutschen Wirtschaftswachstum zusammenhängen, zu analysieren.

Die Arbeit lässt sich in drei Teile gliedern: 1) in einen theorieorientierten Teil, 2) in einen theoretisch analytisch orientierten Teil 3) und in einen praktisch analytisch orientierten Teil.

Der erste Teil ist in vier Kapiteln gegliedert. Darin werden zwei Wirtschaftssysteme " der Sozialismus und der Kapitalismus" und zwei Wirtschaftsordnungen " die Planwirtschaft und die Marktwirtschaft " beschrieben .Das erste Kapitel enthält den Sozialismus und das zweite enthält die Planwirtschaft; im Gegensatz dazu stellen das dritte den Kapitalismus und das vierte die Marktwirtschaft dar. Darin wird auf ihren Ursprung, Definition, Prinzipien, Formen, Vor- und Nachteile eingegangen.

Der zweite Teil geht zunächst auf die deutsche wirtschaftliche Entwicklung im geteilten Deutschland (1949-1989) ein. Sein erstes Kapitel betrifft die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR; das zweite enthält die Analyse ihrer wirtschaftlichen Ergebnisse. Im Gegensatz dazu stellen das dritte und das vierte die BRD vor.

Diesem theoretischen Abschnitt folgt der dritte Teil. Er baut auf vier Kapiteln auf. Im ersten Kapitel wird auf die entstandenen Schwierigkeiten, im zweiten auf die ersten Trotzen, im dritten auf die planenden Zwecken eingegangen. Anschließend werden im vierten Kapitel einige wichtige Abbildungen wirtschaftlicher deutscher Ergebnisse von **1990** bis **2005** analysiert. Dieser Teil schließt eine Auswertung der Analyse ein.

## Einführung

Mit dem "*wirtschaftlichen System*" ist die Methode, mit der die Waren produziert und verteilt werden, gemeint. Natürlich hat jede Gesellschaft ihre eigene Methode bzw. jedes Wirtschaftssystem hat einen eigenen grundsätzlichen Maßstab.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Welt in zwei große unterschiedliche Gruppen geteilt werden kann: die erste Gruppe umfasst die USA, die westeuropäischen Länder (*Westdeutschland*), Japan Australien...usw. Sie folgen dem Wirtschaftssystem des Kapitalismus. Der zweiten Gruppe gehören Russland, China, Kuba, die osteuropäischen Länder (*Ostdeutschland*) ...usw. an. Sie folgen dem Wirtschaftssystem des Sozialismus.

Im vorliegenden Teil meiner Arbeit wird vor allem versucht, in einem kurzen Abriss einen Blick auf einige Grunddefinitionen der beiden Termini bzw. der beiden Wirtschaftssysteme "**der Kapitalismus und der Sozialismus**", sowie der beiden Wirtschaftsordnungen "**die zentrale Planwirtschaft und die soziale Marktwirtschaft**" zu werfen. Davon Ausgehend, dass beide gleichzeitig in Deutschland vorhanden waren.

## Sozialismus"

Der Sozialismus ist eine politische Ideologie, die sich im 19.J.h entwickelte. Er bezieht sich auf die Werte "Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität".

In der Theorie des "klassischen Sozialismus" wird insbesondere die Produktion nach dem Bedarf betont.

Nach der Auffassung des "klassischen Sozialismus", ist es notwendig die Produktionsmittel zu vergesellschaften (verstaatlichen) und die Güter unter staatliche Kontrolle zu verteilen. „Das Hauptinstrument zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft ist die Diktatur des Proletariates, das heißt die Staatsmacht, die sich in der Hand der Arbeiterklasse befindet“<sup>1</sup>. (Solange die Macht in der Hand der Gesellschaft ist, kann man immer mehr kontrollieren).

Im Gegensatz zum Liberalismus, der die Gleichheit der Menschen nur vor dem Gesetz berücksichtigt, nimmt der Sozialismus die soziale Gerechtigkeit in Betracht, d.h. die Güter können gerecht verteilt werden. Dagegen fördert der sozialistische Anarchismus die Verknüpfung der Individuellen in Kollektiven.

Man muss auch erläutern, dass die sozialistische Bewegung Ende des 18.J.h und Mitte des 19.J.h entstand. Nach Meinung Bratus „[sind, d.Verf] die sozialistischen Lehren nicht das Produkt des Erwachens der Arbeiterklasse zum Klassenbewusstsein, sie sind vielmehr eine Voraussetzung zu diesem Erwachen. Der Sozialismus war da vor der Arbeiterbewegung, ja vor der Arbeiterklasse“<sup>2</sup>

### 1.1.2 Formen des Sozialismus

Er hat vielfältige Varianten erlebt;

#### ***-Der Frühsozialismus***

Von den Frühsozialisten Robert Owen oder Moses Hess, François Noël Babeuf, William Godwin wurden die politischen Konzepte des Frühsozialismus errichtet. „Die Vor-und Frühsozialisten, ...beschränken sich darauf, Modelle einer besseren

---

<sup>1</sup> Rumelange A.F, Politische Ökonomie des Sozialismus, Verlag Die Wirtschaft, Berlin, 1993, S.55.

<sup>2</sup> Artur E.Bratu, Zur Psychologie des Sozialismus, Eugen, Diederichs Verlag Düsseldorf, Köln, 1927, S.16.



aber, in intensiver politischer Arbeit eine Gruppe  
erleitet herbeiführen sollte”<sup>3</sup>.

Als Reaktion gegen den Frühkapitalismus entstand der Frühsozialismus, der in Sicherheit gebracht werden musste. Deshalb versuchten einige Frühsozialisten wie Robert Owen sozialistische Gemeinschaften in strategischen feindlichen Plätzen zu bauen.

"Die frühsozialistische Bewegung der Pariser Kommune **1871**" wurde als erste Gegenrevolution gesehen.

### ***-Der marxistische Sozialismus***

Da die Theorie des "wissenschaftlichen Sozialismus" von Karl Marx (**1818-1883**) begründet wurde, wurde diese Denkschule nach ihm benannt (**Marxismus**).

Karl Marx und Friedrich Engels haben über den Sozialismus debattiert und seine Konzepte analysiert. „Wobei ihre Ansätze häufig verkürzt aufgenommen wurden ("Vulgärmarxismus") und bis heute das Bild des "Marxismus in der [frühsozialistischen, d.Verf] Öffentlichkeit prägen“<sup>4</sup>

Gegenüber dem Frühsozialismus entstand der Marxismus, der von den Marxisten als " utopischer Sozialismus" bezeichnet wurde. Seine Vertreter waren der Auffassung, dass der Marxismus ein wissenschaftlicher Sozialismus sei.

### ***- Der Realsozialismus***

Dieses Modell befand sich in den Ländern, die unter Verwaltung der kommunistischen Partei waren [z.B die UdSSR, die Länder des europäischen Ostblocks (z.B Polen, Ungarn, die DDR...usw.)]. Diesem System folgten auch Länder aus den Volksrepubliken (China seit 1917, Vietnam seit 1975...u.a).

*Nach der Oktoberrevolution* (1917 Russland) erkannte der Sozialismus eine große Veröffentlichung bzw. weltweite kommunistische Parteien gebildet wurden.

Stalin war gegen alle Entscheidungen, die mit der Weltrevolutionen zu tun hatten.

Er war der Auffassung, dass der Sozialismus zuerst in einem bestimmten Land

---

<sup>3</sup> Hans Fenske, u.a, Geschichte der politischen Ideen von der Antike bis zur Gegenwart, Athenäum Verlag G.m.b.H 1981, April 2003, S.435-436.

<sup>4</sup> de.Wikipedia.org,

an Weltrevolutionen durchführt. Dies bezog sich,

[Auf Druck der revolutionären Arbeiterbewegungen ergaben sich schlimme soziale Probleme (Unsicherheit, Armut)].

Trotz aller Bemühungen und im Gegensatz zu den Voraussagen der marxistischen Theoretiker schlug der Realsozialismus fehl.

### **- Der demokratische Sozialismus**

Lange Zeit wurde der demokratische Sozialismus praktisch als Sozialdemokratie verwendet. Gegen die aggressive Zunahme der kapitalistischen Entwicklung sollte der demokratische Sozialismus verstärkt werden.

Da die Revolutionen zum Scheitern des Sozialismus führten, wurden am Anfang des 20. Jahrhunderts demokratische Reformen durchgeführt. Damit beschäftigten sich sozialistische und sozialdemokratische Parteien vieler Staaten, zu nennen wären dabei Deutschland und Russland.

Durch diese Sozialdemokratie bezweckte man, den Sozialismus durch Reformen anstatt Revolutionen aufzubauen. Darüber wurde in Deutschland viel diskutiert. Der reformierende Theoretiker der SPD "Eduard Bernstein" löste diese Auseinandersetzung aus, und der Parteivorsitzende "Friedrich Ebert " setzte die Reform in die Praxis.

Während des ersten Weltkrieges und mit der Trennung der SPD von der Mutterpartei, spaltete sich auch die deutsche Sozialdemokratie in zwei Parteien (SPD/KPD). Wichtig erscheint mir dabei vor allem auf die Tatsache hinzuweisen dass „das Entstehen des ersten sozialistischen Staates auf der Erde, die Macht des Kapitals [erschütterte, d.Verf] , der Menschheit die Hoffnung auf eine Zukunft in Frieden , Freiheit und sozialer Sicherheit [gab, d.Verf] und der revolutionären Bewegung im internationalen Maßstab [verleiht, d.Verf], besonders auch in Deutschland, einen mächtigen Aufschwung [vorzuweisen hat, d.Verf]“<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> Gesamtherstellung : Druckerei Neues Deutschland, 70 Jahre Kampf für Sozialismus und Frieden für das Wohl des Volkes, Dietz verlag, Berlin, 1988, S.08.

ste Partei nicht nur im Osten-, sondern auch im

Die russische Sozialdemokratie spaltete sich auch im Jahre 1903 in zwei Gruppen (Balscheniki/ Menschwiki).

Durch das Scheitern der "Menschwiki", sowie der Regierung "Kerenski" (in der Februarrevolution 1916) kam es zu einer anderen Revolution (Oktoberrevolution), deren führender Theoretiker "Lenin" war .Seither und bis Ende des 20.Jahrhunderts gab es keine politische Macht in Russland mehr.

Marx und seine Anhänger waren überzeugt, dass der Sozialismus nur so lange gut gehen kann, solange die Produktionsmittel dem Staat angehören.

Von Lenin wurde der Sozialismus in Russland eingeführt und in der Sowjetunion gestaltet.

In den sozialistischen Staaten und in Osteuropa dauerte er jahrzehntelang an und nach 1989 nahm er sein Ende.

Sie bezeichnet eine *Wirtschaftsordnung*, welche die bedürftigen Wirtschaftsgüter der Wirtschaftseinheit durch die Analyse der entstehenden und erwartenden Bedürfnisse deckt; im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsarten, in denen die Mechanismen des Marktes als Maßstab für die Regulierung der Güterproduktion- und Verteilung benutzt werden.

Nicht nur in den Staaten, sondern auch in den kleineren Wirtschaftseinheiten (Kommunen, Unternehmen, und andere Gemeinschaften...usw.) werden die Güter planwirtschaftlich verteilt. „Ein aus der Zeit der Sozialismusversuche, nach dem ersten Weltkrieg stammender Ausdruck /Als →Zentralverwaltungswirtschaft unterliegt den Aufbau und Abbau der Wirtschaft, einem einheitlichen Plan, der eine (polit) zentrale Autorität für alle Entscheidung verbindlich aufstellt.“<sup>6</sup>

Im Gegensatz zur Marktwirtschaft, - die auf maximalen Gewinn zielt- strebt die Planwirtschaft nach Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse. Deshalb wird es nach Bedarf produziert, um eine Überproduktion zu vermeiden. Aber die zunehmende Anzahl und Größe des Parameters machen die Planung schwer. Die Planenden können nicht alle Parameterinformationen bzw. alle richtigen Entscheidungen erreichen. In der Folge wird die Bedarfsplanung begrenzt, deswegen werden die Ressourcen und die Arbeitskräfte verschwinden. Friedrich August von Hayek ging davon aus, dass die planende Stelle kein Verfassungsrecht über Informationen, Fähigkeiten und Bedürfnisse hat, sie ist nur nötig für eine verständliche Planung. Dabei dürft nicht vergessen werden, dass durch das Prinzip "*Produktion nach dringenden Bedürfnissen* " die Befriedigung nicht realisiert werden kann. So verfallen die Geschäftsmänner und auch alle Wirtschaftseinheiten der Routine.

---

<sup>6</sup> Gröske / Schneider, Wörterbuch der Wirtschaft, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 2003.

die Meinung, dass ohne Privateigentum der  
srechnung nicht erfolgen kann, weil es dann keine

Marktpreise gibt.

Theoretisch spielen die Vorauspläne eine wesentliche Rolle. Die fehlenden Güter werden in der Zukunft gestellt, so kann die Menge begrenzt werden.

Durch die Pläne werden die Güter des Grundbedarfs verteilt, und nach volkswirtschaftlichen Kriterien gesteuert. Aber es mangelt an der Flexibilität, da die Anweisungen und die Planvorhaben vom Staat abhängen. So werden die Entscheidungsspielräume begrenzt. Es besteht Konsenz darüber dass „Bürgerliche Theoretiker die sozialistische Planwirtschaft für untauglich [erklärten, d.Verf] .Sie[verflachten, d.Verf] ihren Charakter, [verleumdeten d.Verf] sie als eine bürokratische, zentrale administrative Zwangswirtschaft“<sup>7</sup>

### **1.2.2 Formen der Planwirtschaft**

#### ***- Zentrale Planwirtschaft (Zentralverwaltungswirtschaft)***

Einer der Hauptstaaten, der diesem wirtschaftlichen Modell folgte, war die UdSSR. Darin werden die Produktionsmittel, Firmen und alle Wirtschaftsprozesse gesteuert und Löhne und Preise abgestimmt. Dabei dürft nicht vergessen werden, dass große landwirtschaftliche Nutzfläche in Genossenschaften beschäftigt waren.

#### ***-Dezentrale Planwirtschaft***

In dieser Form der Planwirtschaft ist jede Wirtschaftseinheit für die Bedarfsplanung und Produktionsabstimmung eigenverantwortlich. Eine solche Vorausplanung findet sich in den Gesellschaften, als auch innerhalb der kleinen Gemeinschaften (z.B die Unternehmen).

---

<sup>7</sup> Gerhard Scholl u.a, Sozialistische Planwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, Verlag Zeit im Bild, Dresden, 1977, S .51.

...mmt, leiden die wenigen Entscheider unter dem gleichen Problem (die Unkalkulierbarkeit). Aus diesem Grund werden verschiedene Maßnahmen bzw. neue Techniken "z.B Geschäftsmethoden ... usw. durchgeführt.

### **- Kriegswirtschaft**

Die Kriegswirtschaft wird oft planwirtschaftlich organisiert, da in der Waffenindustrialisierung hohe Preise der freien Märkte vorausgesetzt werden.

## **1.2.2.1 Die zentrale Planwirtschaft**

### **-Definition und Entstehung der zentralen Planwirtschaft**

„Die Zentralverwaltungswirtschaft ist eine Wirtschaftsordnung, die in der marxistischen Kapitalismuskritik [fußte, d.Verf]. Zentrale, bis in die einzelnen Betriebe hineinreichende Planung des volkswirtschaftlichen Produktionsprozesses bedeutet dabei: der Staat entscheidet, welche Güterarten, in welchen Mengen...produziert, wie diese Produktionsziele erreicht und zu welchen Preisen die Güter auf den jeweiligen Absatzmärkten verkauft werden sollen“<sup>8</sup>.

Sie entstand als Gegenbewegung zur privat-marktwirtschaftlichen Ordnung. Diesem Modell folgten verschiedene Länder, darunter sind; die ehemalige Sowjetunion, China... usw. zu nennen. „Der II. Parteitag der SED versuchte mit der Losung" Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben!" die Bevölkerung für eine umfassende Wirtschaftsplanung, mit dem Ziel einer Steigerung der Erzeugung in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Handwerk zu gewinnen“<sup>9</sup>

Mit der Entstehung der Boden- und der Industriereform (1945/46) wurde die sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft *nach dem sowjetischen Muster* im Osten Deutschlands eingeführt. Dadurch wurden kleinbäuerliche Betriebe

---

<sup>8</sup> Ralf Rytlewski, Carola Wuttke, Duden Politik Basiswissen Schule, PAETEC Gesellschaft für Bildung und Technik mbH, Berlin und Bibliographisches Institut & F.A Brockhaus AG, Mannheim 2004, S .152.

<sup>9</sup>Ulrich Mähler, Kleine Geschichte der DDR, 4. überarbeitete Auflage 2004, Verlag C.H Beck OHG, München 1998, S.46.

50er Jahren zu landwirtschaftlichen

G) umgewandelt wurden.

Die Zentralverwaltungswirtschaft besteht aus folgenden Elementen;

### **- Die Planifikation**

Sie verknüpft den öffentlichen und privaten Sektor bzw. die zentrale Planung und die Planungsziele. „Private Unternehmen werden z.B durch steuerliche Erleichterungen, bevorzugte Kreditmöglichkeiten, Zinsenverbilligungen oder Subventionen und Investitionsprämien veranlasst, mit ihrer Produktion staatliche Planungsziele zu verfolgen, ohne dass sie dazu gezwungen werden“<sup>10</sup>

Dieses Wirtschaftssystem wird "économie concertée" genannt. Es beschäftigt sich insbesondere in Frankreich mit der Verwirklichung der staatlichen Projekte (betreffend den Wohnungsbau und den Agrarsektor).

### **-Die Zentrale Planung, Leitung und Kontrolle**

Das gesteuerte Wirtschaftssystem basiert auf zentraler Planung und Kontrolle wirtschaftlicher Prozesse. Mit der Lösung der Aufgaben der Güterbereitstellung beschäftigt sich der Planungsapparat "der grüne Tisch". Daran arbeiten die Planungskommissionen, Ministerien, ...usw. mit.

Die Plankontrolle ist die Aufgabe des Betriebes. Dabei werden die Methoden und die Bedingungen, die Ziele und die Ergebnisse durch einen systematischen Vergleich kontrolliert. Einer der interessanten Kontrollinstrumente sind die Kennziffern<sup>11</sup>.

---

<sup>10</sup>Jürgen Pätzold, Soziale Marktwirtschaft Konzeption –Entwicklung -Zukunftsaufgaben, Stuttgart / Januar 1994 /2000, unter [http://www.juergen-paetzold.de/einfuehrung\\_mawi/2\\_MAWI.html](http://www.juergen-paetzold.de/einfuehrung_mawi/2_MAWI.html)

<sup>11</sup> Kennziffern oder Richtzahlen, drücken wirtsch. Tatbestände in Zahlen aus.K..dienen der Betriebs- und Haushaltsanalyse, wobei die Kennzeichnung von →Liquidität→Rentabilität und→Wirtschaftlichkeit bes. in den Vordergrund tritt. Siehe, Gröske / Schneider, Wörterbuch der Wirtschaft, Alfred Kröner Verlag Stuttgart, 2003.

### **Produktion und Produktionsmitteln**

Wenn ein Unternehmen wirtschaftliche Flächen besitzt, kann man die Produktionseigentümer nicht erwerben. Das gemeinsame Gesellschaftseigentum zwingt die Unternehmen am Produktionsprogramm teilzunehmen und zu entschließen.

Im Zuge der wirtschaftlichen Freiheit können die Unternehmen selbst die Wahl ihrer Partner treffen. Innerhalb der staatlichen Wirtschaftspläne werden die wirtschaftlichen Entscheidungen reguliert und die Preise kontrolliert.

Durch den sogenannten "Markt – Preis- Mechanismus" (Regulation der Preise nach Angebot und Nachfrage) werden die Produktion und der Gewinn gefördert. „Die Grundlage der sozialistischen Volkswirtschaft sind das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln und die dadurch mögliche zentrale staatliche Leitung und Planung“<sup>12</sup>.

#### ***-Herrschaftsmonopol der Partei***

Durch das "SED Parteiprogramm " wird die DDR-Wirtschaft als sozialistische Planwirtschaft bestimmt.

Nach Art.9 der DDR-Verfassung wird seither das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln, als Basis bezeichnet. Da die Produktionsmittel dem Staat gehören, haben die Individuen kein Recht darin einzugreifen.

Durch die Zusammenarbeit der SED mit dem Staat, wird das Ersteuerungsrecht durchgeführt.

---

<sup>12</sup> PANORAMA DDR, DDR Tatsachen und Zahlen, Verlag Zeit im Bild, Dresden, 31 März 1977, S.51.



## Kapitalismus "

### des Kapitalismus

Vom lateinischen Wort „capitalist“ (haupt-) stammt das Wort „Kapitalismus“; das wiederum von der Bezeichnung Kopf entstand. Es bedeutet: „ein durch Privateigentum an den Produktionsmitteln geprägtes Wirtschaftssystem, in dem Eigenverantwortung, Risikobereitschaft und Gewinnorientierung das unternehmerische Handeln bestimmen und Produktion, Verteilung und Konsum von Waren.“<sup>13</sup>

Durch die industrielle Revolution entstand der Kapitalismus in Europa Ende des 18. Jahrhunderts. Somit verbreitete sich das Wort "capitaliste" in Frankreich und England.

In Deutschland geht das Wort "Kapitalismus" auf *Karl Marx* zurück. Er hat seine Geschichte im ersten Band seines Werkes "Kapital" untersucht.

### 1.3.2 Aspekte des Kapitalismus

-Das private Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln erlaubt den Individuum selbst Entscheidungen zu treffen. Abgesehen von der letzten Entscheidung, die vom Manager getroffen wird. Die Interkonflikte werden durch rechtliche Rahmenbedingungen aufgelöst.

-Das private Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln führt zur Zerstörung der Demokratisierung bzw. der Planung. Der Produzent setzt seine eigene Planung fest, da er für die Sammlung, als auch für die Investition seines Kapitals verantwortlich ist. Durch den Einsatz des Kapitals strebt der Kapitalismus an seine Rendite<sup>14</sup> zu erhöhen.

---

<sup>13</sup> Grüske / Schneider, Wörterbuch der Wirtschaft, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 2003.

<sup>14</sup> Rendite: im Gegensatz zur Nominalverzinsung, die tatsächliche Verzinsung von → Wertpapieren, wie sie sich jeweils aus →Kurs und Zinsatz oder →Dividende errechnen lässt. Siehe Karl-Dieter Grüske/ Friedrich Schneider Wörterbuch der Wirtschaft- Stuttgart, Alfred Kröner Verlag, 2003.

soziale, ökologische, ethnische und psychologische

Rolle.

Das Fremdkapital kann in Form von Bankkrediten zum Eigenkapital hinzugefügt werden. Man strebt nach der Erhöhung der Verzinsung.

-Aufgrund der überhöhten Preise, muss die Produktion automatisiert werden. Dies führt zur billigen Produktion der großen Unternehmen, sowie zur Verdrängung der kleinen Unternehmen.

Bei der dominierenden Marktposition spielt die Technologie bzw. die Werbung eine interessante Rolle,

Für Karl Marx ist die Entwicklung zu Monopolen obligatorisch, er betrachtete sie als Zentralisation des Kapitals.

Ludwig von Mises und andere wirtschaftsliberale Ökonomen waren jedoch dagegen. Sie waren der Auffassung, dass die Entstehung der Monopole in einer freien Marktwirtschaft, in der eine staatliche Regulation gibt, unmöglich ist.

-In einer kapitalistischen Gesellschaft werden die Arbeitskräfte durch finanzielle Mittel gewertet. Die Höhe der Löhne hängt von der Nachfrage und dem Angebot ab. Darauf hat die Arbeitssorte einen besonderen Einfluss, d.h. die Arbeitssorten, die nicht auf Qualifikation fördern, können nicht nur zu niedriger Entlohnung, sondern auch zur Entstehung der Arbeitslosigkeit führen. In diesem Fall können staatliche Einsatzeleistungen (z. B. Steuerumverteilung von Reichen zu Armen, Arbeitslosengeld...) durchgeführt werden. Das theoretische Ziel, ist die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

-Die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung war nicht gleichförmig, einzelne Regionen haben Wirtschaftskrisen erlebt.

Die Keynesianer meinten, dass die Instabilität entsteht, wenn es keine staatliche Intervention mehr gibt. Dagegen waren die monetaristischen Analytiker (wie Milton

vertraten, dass die staatlichen Interventionen die

-Infolge der Konkurrenz der Unternehmen wird die Produktion erhöht, verbessert und weiter entwickelt, und die Forschung der Technologie gefördert. Auf die neuen technischen Veränderungen reagiert das Management der Firmen. Bei der Veränderung der betreffenden Informationen, spielen die Kontrollmechanismen eine bedeutende Rolle.

*Der Unterschied und die Beziehung der beiden Begriffe "Kapitalismus und Marktwirtschaft", wurden von verschiedenen Autoren behandelt. Es gab zwei Richtungen;*

- Nach John Kenneth Galbraith Meinung, können die Begriffe als Synonyme angesehen werden, solange die Marktwirtschaft alle Strukturelemente enthält.
- andere Autoren waren der Auffassung, dass der Kapitalismus durch Privateigentum an Produktionsmitteln gekennzeichnet ist und die Koordination der Wirtschaftsprozesse in der Marktwirtschaft vom Marktmechanismus abhängt.

## Die Marktwirtschaft "

### der Marktwirtschaft

Die Marktwirtschaft ist eine kapitalistische Wirtschaftsordnung, die auf dem Privateigentum der Produktionsmittel basiert. Der Markt bzw. der Wettbewerb entscheidet, welche Produkte, von wem und zu welchem Ziel produziert werden. Er begrenzt die Preise und koordiniert die Pläne.

Neben den grundlegenden Elementen der sozialen Marktwirtschaft; Privateigentum, Entscheidungsfreiheit und Wettbewerbssituation wird die staatliche Veranstaltung als notwendige Voraussetzung für den marktwirtschaftlichen Erfolg betrachtet, „d.h. für eine funktionsfähige Marktwirtschaft muss der Staat die notwendigen öffentlichen Güter und- Leistungen zur Verfügung stellen bzw. die erforderlichen Rahmendaten setzen und garantieren“<sup>15</sup>.

Die *Marktwirtschaft* entstand in der Zeit des Mittelalters. Man hatte die gefertigten Produkte auf dem *Markt* getauscht und verkauft. Die Anzahl der Produkte und die Produktionsmethoden wurden durch die Körperschaften vorgegeben, unter der Voraussetzung das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsum zu beachten. Die Finanzierung des ersten und zweiten Weltkriegs, sowie die bitteren Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise hatten die totale politische und wirtschaftliche Niederlage Deutschlands zu Folge. Neben Millionen von Toten hatte man eine wirtschaftliche Niederlage erlebt. Deswegen war es notwendig europäische, insbesondere deutsche Anlagen vieler Banken und Investoren abzuziehen.

Zerstörte Betriebe und Verkehrswege, schwache Produktion und unterbrochene deutsche Wirtschaftsbeziehungen führten weiter zur Verschlimmerung der Wirtschaftslage. Deshalb musste der Geldwert verbessert werden.

---

<sup>15</sup> Grüske / Schneider, Wörterbuch der Wirtschaft, Alfred Kröner Verlag. Stuttgart, 2003.

equente Weiterentwicklung des Liberalismus und Überblick darüber dargestellt werden.

Der Liberalismus bedeutet; alle Lehren und politischen Bewegungen, die sich mit der Erklärung und der Regelung des Individualprinzips beschäftigen. Das bedeutet, dass der Individuum im Zentrum des Liberalismus steht und die individuelle Freiheit, die Grundnorm des Zusammenlebens der Menschen ist.

Die staatliche Aufgabe ist, auf die Sicherung der Freiheit des Individuums beschränkt, wenn sie gefährdet ist, d.h der Einzelne ist für die Entscheidungen eigenverantwortlich.

Für Friedrich August von Hayek „[befasst sich der Liberalismus, d.Verf] mit den Aufgaben des Staates und vor allem mit der Beschränkung seiner Macht. Die demokratische Bewegung befasst sich mit der Frage, wer den Staat lenken soll. Der Liberalismus fordert, alle Macht, also auch die Mehrheit, zu begrenzen. Die demokratische Theorie [führt, d.Verf] dazu, die Meinung der jeweiligen Mehrheit als einziges Kriterium für Rechtmäßigkeit der Regierungsgewalt zu betrachten“<sup>16</sup>.

Nur durch die folgenden Bedingungen:( das Individualprinzip, das Privateigentum, die Preisbildung auf den Markt, die Freiheit der Planung, die Entscheidung und Konkurrenz, die Konsumentensouvernität und die Ersteuerung der Produktion) kann die liberalistische Wirtschaftsordnung realisiert werden. Im Zuge der Doppelstrategie Bismarcks und im Rahmen der Bekämpfung der Sozialisten wurden die sozialen Komponenten eingebracht.

Gleichzeitig mit der Entwicklung der Aufklärung (im 18 und 19 Jahrhundert) entwickelte sich der Liberalismus. Im Gegensatz zu den kontinental- europäischen Ländern, hatte er weit mehr Einfluß in England und in den USA. Am frühen 19.J.h verbreitete er sich in Europa, insbesondere in den deutschsprachigen Ländern. Dabei spielten die verschiedenen französischen Revolutionen und die bürgerliche Revolution von 1830 eine zentrale Rolle. Die demokratischen liberalen Gedanken betrafen nicht nur Europa, sondern auch Süd- und Mittelamerika. Die theoretischen

---

<sup>16</sup> [www.Liberalismus-portal.de](http://www.Liberalismus-portal.de)

wurden von dem bekanntesten kapitalistischen  
h" in der zweiten Hälfte des 18 Jahrhunderts  
gegründet.

Mit "John Locke" hatte er das freie Spiel der Kräfte verbreitet. Im Rahmen der notwendigen begrenzten Eingriffe des Staates legte Smith „in seinem Buch "der Wohlstand der Nationen", ...das Streben des Einzelnen nach Gewinn und Eigennutz, dass zugleich dem Wohle der Allgemeinheit [diente, d.Verf] [dar, d.Verf].“<sup>17</sup>

Diese alten liberalen Ideen mussten erneuert werden. Dies war die Aufgabe einer anderen Wirtschaftstheorie, die als "*Neoliberalismus*" bekannt ist. Was bedeutet diese neue Wirtschaftstheorie, wie und warum ist sie entstanden?

Der Neoliberalismus setzt sich aus zwei Wörter (*neo-* bedeutet neu und *Liberalismus*) zusammen. Er ist eine wirtschaftliche politische Lehre, die die grundsätzlichen Merkmale des klassischen Liberalismus erweitern und einige Prinzipien regeln wollte.

Durch staatliche Maßnahmen strebt er nach rechtlicher moralischer Wettbewerbsordnung, wirksamer Erfüllung der staatlichen Aufgaben und voller Entfaltung der Konkurrenz.

**Wilhelm Röcke, Alexander Rüstow, und Alfred Müller-Armack, sowie Walter Eucken, Franz Böhn, Hans Grassmann-Doerth und Leonhard Mitsch** werden als bekannteste Vertreter des Liberalismus in Deutschland bezeichnet.

Weil sich aus dem "*Liberalismus*" negative Erfahrungen ergaben, war seine Neuformulierung höchst notwendig. „Der klassische Liberalismus des 19. J.h der sogenannten "Laissez-faire" Liberalismus betrachtete den Markt als etwas Naturwüchsiges. Er ging davon aus, dass durch einen freien Markt das eigennützige

---

<sup>17</sup> Bernd, Crone/ Reiner, Kühn, Wirtschaft heute, Verlag Handwerk und Technik G.m.b.H. Hamburg , 2005, S.248.

nwohl am besten fördern, wie es Adam Smith mit  
and des Marktes [tendiert hat, d.Verf<sup>18</sup>.

Die neoliberalen Vordenker meinen, dass ein unregelter Markt zur Zerstörung seiner eigenen Grundlagen führt. Also aus der neoliberalistischen Sicht ist der Markt nicht naturwüchsig. Gegenüber dem alt klassischen Liberalismus wurde der neue liberale Neoliberalismus geschaffen.

Nach der Weltwirtschaftskrise wurde die Theorie des Neoliberalismus in einer Freiburger Schule sich entwickelt. Im August **1938** wurde auf einer *Konferenz in Paris* der Ausdruck „*Neoliberalismus*“ von **Wilhelm Röcke** dargestellt und auf dem „*colloque Walter Lippermann*“ diskutiert.

Zum Zweck hatte der Neoliberalismus eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung mit entsprechenden Gestaltungsmerkmalen zu erreichen. Die Grundlagen dieser Merkmale sind die *Freiheit* und die *Demokratie*. Da der Markt dafür Sorge trägt, soll der Staat auch der Wettbewerbspolitik Aufmerksamkeit schenken.

Die neuen Ideen und Gedanken der Neoliberalisten wurden nach dem zweiten Weltkrieg in die neue Wirtschaftsordnung „*die soziale Marktwirtschaft*“ in der Bizone und später in der **BRD** durchgeführt.

---

<sup>18</sup> [de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus](https://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus)

aft

e und eine *soziale* Marktwirtschaft. Die soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung Deutschlands. Da sie sich aus der freien Marktwirtschaft entwickelte, soll ein Überblick darüber gestellt werden.

Die freie Marktwirtschaft basiert auf der *freien Preisbildung* und auf dem *freien Wettbewerb*, d.h: Der Preis des Produktes wird von Angebot und Nachfrage bestimmt. Deshalb wird sie als Wettbewerbswirtschaft bezeichnet, in der die Produktion und der Konsum vom Markt angesteuert werden. Der Staat jedoch greift nicht in die Wirtschaft ein, sondern sorgt nur für den Schutz des Privateigentums. Das uneingeschränkte Privateigentum, die völlige Vertragsfreiheit, Gewerbsfreiheit, Konsumentenfreiheit und Berufsfreiheit sollten als grundlegende Elemente betrachtet werden.

Das Eigentum gilt als notwendige Voraussetzung zur Erreichung privater Einheit. Die Unternehmungen, in erster Linie Manager, Bankvertreter und Vertreter der Körperschaften, haben das Verfügungsgewaltrecht über die Produktionsmittel.

Auf die drei folgenden Grundfragen *was, wie viel, mit welchen* Mitteln und Methoden was produziert wird, antworten die Unternehmungen und die Haushalte.

Die Unternehmen befassen sich mit der Bestimmung der Investitionen. Der Einsatz der Arbeitskräfte und die Verwendung ihres Einkommens, ist die Aufgabe der Haushalte.

Das erwerbswirtschaftliche Prinzip kann durch die Erforderung erreicht werden. Je größer die Förderung ist, desto höher die Gewinne steigen.



aft

*Freiburger Schule:* Walter Eucken, Franz Bohm

und Hanns Großmann, ein erweitertes Konzept der freien Marktwirtschaft entwickelt, das die *soziale Marktwirtschaft* genannt wurde.

Sie wurde von "**Erhard Ludwig**" und vom Wirtschaftsprofessor "**Alfred Müller-Armack**" nach dem zweiten Weltkrieg im Westen gegründet.

Der *Wettbewerb* ist der Motor der sozialen Marktwirtschaft; was angeboten und nachgefragt wird, wird vom Markt entschieden.

Die Sozialpolitik soll für Gerechtigkeit sorgen. Ihre zentrale Idee ist es, den Kapitalismus sozial zu gestalten.

Man muss aber auch auf die ökosoziale Marktwirtschaft hinweisen, die im Zuge der Umweltkrise erweitert wurde. Dabei muss auf eine weltweite Nachhaltigkeit geachtet werden. Hierbei geht es um den Umweltschutz.

Im Gegensatz zur freien Marktwirtschaft muss der Staat in das wirtschaftliche Geschehen eingreifen, um die marktwirtschaftliche Ordnung bzw. die sozialen Ziele zu sichern (z. B. Mutterschutz, Umweltschutz, Verbraucherschutz ...usw.)

Die staatliche Wirtschaftspolitik hat auch die Aufgabe, die soziale Ungerechtigkeit zu beseitigen. Innerhalb der Betriebe soll die soziale Sicherheit gewährleistet werden. Es war dabei notwendig, eine soziale Betriebsordnung zu schaffen, in der die Arbeitnehmer als Menschen und Mitarbeiter geachtet wurden. Hierbei geht es um *die Schutz- und Ordnungsfunktion*.

Durch den Staat wird die Vertragsfreiheit gesichert. Jeder muss das Recht haben, Verträge abschließen zu können. Hierbei handelt es sich um *die Vertragsfreiheitfunktion* der *Gewerbefreiheit* bei der, der Staat auch eingreift. Die Unternehmer können die Anzahl der Arbeitsplätze ohne staatliche Einschränkungen wählen.

bezweckt die soziale Marktwirtschaft einen  
ismus mit einem *sozialen Ausgleich* zu verbinden.

Da der Marktmechanismus hohe Konsummöglichkeiten, technischen Fortschritt fördert und das Einkommen je nach individueller Leistung verteilt.

In erster Linie ist die Aufgabe der Ansammlung von Macht schwierig. „Es ist daher die Aufgabe des Staates; den Rahmen für einen funktionierenden Wettbewerb zu schaffen. Gleichzeitig muss er die Bereitschaft und die Fähigkeit der Menschen zu eigenverantwortlichem Handeln und mehr Selbstständigkeit fördern.“<sup>19</sup>

Die soziale Marktwirtschaft ist mit den folgenden Merkmalen gekennzeichnet;

- Trotz der Privateigentumsfreiheit und der freien Preisbildung muss eine allgemeine Wettbewerbsordnung hergestellt und der Wettbewerb gesichert werden bzw. durch die Monopolkontrolle und Kartellgesetzgebung.
- Je nach den Leistungen wird das Einkommen verteilt. Ein hohes Einkommen wird stärker und ein geringes schwächer besteuert.
- Von den Daseinsrisiken (beispielsweise; Krankheiten) sollen die Arbeiter gepflegt und gesichert werden.
- In der Ausbildung der Arbeitskräfte werden vor allem die gleichen Startbedingungen gesichert.
- Im Berufsleben soll der gesellschaftliche Ausgleich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitsgebern gewährleistet werden.

### **Zusammenfassung**

Zusammenfassend ging es im ersten Teil meiner Arbeit um die beiden Wirtschaftssysteme " der Sozialismus und der Kapitalismus " bzw. um die beiden Wirtschaftsordnungen " die zentrale Planwirtschaft und die soziale Marktwirtschaft“, die total unterschiedlich sind. Dies deutet daraufhin, dass jedes Wirtschaftssystem bzw. jede Wirtschaftsordnung besondere Charakteristika aufzeigen und einen besonderen Erfolg in einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort realisieren kann.

---

<sup>19</sup> [www.gida.de/fdw/testaufgaben/27-Soziale-Marktwirtschaft.htm](http://www.gida.de/fdw/testaufgaben/27-Soziale-Marktwirtschaft.htm).

### Einführung

Der vorliegende zweite Teil widmet sich der wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland (von **1949** bis **1989**). Er gliedert sich in vier Kapiteln. Im Folgenden werde ich versuchen, einen kurzen Überblick über die *Gründung beider Staaten* darzustellen.

Der erste Weltkrieg zählt zu den gefährlichsten Kriegen, darin hat Deutschland seine Niederlage erlebt und später den Friedensvertrag unterzeichnet. Dieser Vertrag und andere Friedensverträge jedoch vertieften den Hass und „trugen den Keim neuer Kriege in sich.“<sup>20</sup> Damit ist der zweite Weltkrieg gemeint, der mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands am **08.Mai 1945** endete.

Seitdem herrschten die Militärbefehlshaber der vier alliierten Siegermächte über Deutschland. Ziel der neuen Deutschlandspolitik der Westmächte (U.S.A, Großbritannien, Frankreich) war, Deutschland in den westlichen Machtbereich zu integrieren. Es erwies sich, dass die Integration in die Sowjetunion (SU) unmöglich sei. Daraus ergab sich die Spaltung Deutschlands.

Die Hauptstadt 'Berlin' wurde in vier Sektoren aufgeteilt. „Jede hatte freie Bahn, den ihr zugefallenen Teil Deutschlands gemäß ihren politischen Vorstellungen und Zielen zu formen.“<sup>21</sup>

Als die Währungsreform -(in den westlichen Besatzungszonen und -sektoren) eingeführt und die "Bizone"(die amerikanische und die britische Zone) zur vereinigten wirtschaftlichen Region am **20./21. Juni 1948** angekündigt wurden, reagierte die SU drei Tage später mit einer totalen **Berliner Blockade**.

---

<sup>20</sup>Streisend.J, Deutsche Geschichte in einem Band, VEB Verlag, Berlin,S.20.

<sup>21</sup> Hagen Schulze, Kleine Deutsche Geschichte, Verlag C.H.Beck oHG, München, 2002, S.230.

ten sich die drei westlichen Militärgouverneure,  
gründen. Da dieser nun nicht mehr als ein

Provisorium betrachtet wurde, kam es zur Einführung eines Grundgesetzes, das die  
Verfassung ablöste.

„Genau vier Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation, am 08.Mai 1945, wurde  
der Grundgesetzentwurf mehrheitlich angenommen. ...und am 23.Mai 1949 wurde  
»das Grundgesetz für die Bundesrepublik« verkündet. [Im September wurde die  
BRD gegründet, d .Verf.]...Am 22.Oktober 1948 lag ein Verfassungsentwurf vor,  
der für ganz Deutschland gelten sollte. ...am 29/30.Mai 1949 wurde »die  
Verfassung »der Deutschen Demokratischen Republik«der DDR, vom  
3.Volkskongress angenommen .Am 07.Oktober 1949 wurde auf der Grundlage  
dieser Verfassung die Deutsche Demokratische Republik proklamiert .Damit gab es  
zwei Staaten in Deutschland.“<sup>22</sup>

---

<sup>22</sup> Manfred Main, Deutsche Geschichte erzählt von Manfred Main, erweiterte Neuausgabe 2003, 1999/2003 Bletz & Goldberg, S. 149-150.

## chen Entwicklung der DDR (1949-1989)

### 2.1.1 Die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus

Vier Tage nach der Gründung der *Deutschen Demokratischen Republik* wurde der Kommunist *Wilhelm Pieck* als Präsident, und einen Tag später "*Otto Grotewohl*" als Ministerpräsident eingesetzt. Am *15. Oktober* wurde die DDR durch die Sowjetunion bekannt gemacht und begann die diplomatischen Beziehungen zu leiten.

Im **Juli 1950** wurde der Altkommunist *Walter Ulbricht* zum Generalsekretär der SED (die sozialistische Einheit Deutschlands) gewählt, die an der Spitze stand und zur führenden Kraft des Aufbaus der sozialistischen Grundlagen geworden war. Um ihre Herrschaft in Sicherheit zu bringen, wurde am **8. Februar 1950** das Ministerium für Staatssicherheit gegründet. Es hatte die Aufgabe, die ganze DDR im Sinne, der Parteien zu überwachen.

Einer der ersten Schritte war die Gründung des "*Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe*" (RGW), im **September 1950**. Seine Aufgabe war, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten.

Dadurch ist die DDR ein untrennbares Mitglied dieser Staaten geworden. Dies hat wiederum zur Belebung des ostdeutschen Außenhandels geführt.

In der III. Parteikonferenz wurde der *erste Fünfjahrplan (1951-1955)* behandelt. „Er legte fest, was, wo, in welchen Mengen produziert werden sollte. Auch Arbeitszeiten, Löhne und Preise bestimmte der Plan“<sup>23</sup>. Dieser Plan munterte die Entwicklung der nationalen Wirtschaft und die gegenseitigen sozialistischen Beziehungen auf.

---

<sup>23</sup> Gerhard Scholl, Sozialistische Planwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, Verlag Zeit im Bild, Dresden, 31 März 1977, S.155.

bau des Sozialismus in der DDR durch die  
cht und entsprechend dem sowjetischen Vorbild,  
gemäß dem Prinzip: "von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen." geregelt.

In der II.Parteikonferenz haben viele Neubauern und Landarbeiter  
"landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften "(LPG) gestaltet.

„Bis Ende1952 bildeten ...bereits 37000 Bauer 1906 LPG mit mehr als 200 000  
Hektar Landwirtschaftlicher Nutzfläche.“<sup>24</sup> Daraus entstanden Probleme, die mit  
der Arbeitsproduktivität verbunden waren. Man sollte die neue Technik besser  
herrschen.

Sieg oder Niederlage des Sozialismus hängte von der Arbeiterklasse ab, solange sie  
die totale Macht hatte. Deshalb entstand ein Bündnis, das mit der Gründung der  
DDR durch die Arbeiterklasse geschaffen und zwischen der Arbeiterklasse und den  
Werk tätigen noch einmal festgemacht wurde. Wichtig erscheint mir vor allem auf  
die Tatsache hinzuweisen ,dass „um die politische Macht der Arbeiterklasse zu  
sichern, wurden unter anderem das Ministerium für Staatssicherheit, das oberste  
Gericht und  
die Bereitschaften der Deutschen Volkspolizei geschaffen[wurden, d.Verf]“<sup>25</sup>, die  
eine entscheidende Rolle bei den Geschehnissen am **17.Juni 1953** gespielt haben.

Bei der Erhöhung der Arbeitsnormen durch die SED am **08.Mai 1953** kam es zum  
Streik der Arbeiter auf der Stalinallee in Berlin am **16.Juni**. Am folgenden Tag  
entwickelte sich dieser zum Aufstand und verbreitete sich in Ostberlin, als auch in  
anderen ostdeutschen Städten. Man demonstrierte gegen die schlechten  
Arbeitsbedingungen und rief nach freien Wahlen. So erwies sich, dass die  
Aufstandsbewegung gegenüber den wirtschaftlichen und sozialen Forderungen zu  
weit ging. Man spricht von einem SED-Regime (*die Diktatur*).Mit dem Auftreten  
der Volkspolizei wurde dieser Aufstand niedergeschlagen.

<sup>24</sup> Streisend.J, Deutsche Geschichte in einem Band, VEB Verlag Berlin, 1980, S.239.

<sup>25</sup> Helmut Hanke, Gerd Rossow, Sozialistische Kulturrevoluion, Dietz Verlag ,Leipzig, Juni 1976, S.139.

ser-Verträge entsprechend, und um den Frieden  
dem Warschauer Pakt mit der Sowjetunion und

anderen sozialistischen Ländern am **14.Mai 1955** bei.

Als die Hauptaufgaben des ersten Fünfjahrplans erfüllt wurden, wurde ein *zweiter Fünfjahrplan* ''1956-1960'' abgeschlossen. Um die ostdeutschen sowjetischen Beziehungen weiterhin zu festigen.

„Der V. Parteitag der SED (**Juli 1958**) beschloss die beschleunigte Weiterführung der sozialistischen Revolution auf allen Gebieten .Er orientierte darauf, die material-technische Basis des Sozialismus und gleichzeitig in allen Bereichen der Wirtschaft sozialistische Produktionsverhältnisse durchzusetzen...unter der Losung "sozialistisch arbeiten, lernen und leben..."<sup>26</sup>

---

<sup>26</sup> Streisend.J, Deutsche Geschichte in einem Band, VEB Verlag, Berlin, 1980, S.245.

## alten sozialistischen Gesellschaft

Präsidenten *Wilhelm Pieck* am **07. September 1960**, wurde *Walter Ulbricht* zum Vorsitzenden durch den Volkskammerrat gewählt.

Von **1960** bis **1961** flohen rund 2,7 Millionen Deutsche vom Osten in den Westen, insbesondere von den Sektorengrenzen in Berlin. Aus diesem Grund hat die *DDR* mit sowjetischem Einverständnis entschieden, am **13. August 1961** eine Mauer (12 km Länge) zwischen Ost- und Westberlin zu errichten.

Sie bezweckten damit, die Flucht in den Westen zu stoppen, in erster Linie die Weiterverbreitung des Sozialismus in Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Sie betrachteten sie als einen "antifaschistischen Schutzwall" gegen den kapitalistischen Westen. Für die Westmächte war sie dagegen ein Symbol der Unterdrückung und der Unfreiheit.

Die psychologische und die sozialistische Seite, die auch einen großen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung hatte, sollte dabei berücksichtigt werden.

Nach der Sicherung der Staatsgrenze am **13. August 1961** hat das sozialistische Staatensystem eine neue Etappe (Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus) seiner Entwicklung erlebt. „... Sur ce point encore le Z.K [das Zentrale Komitee, d. Verf.] fut explicite: «par la construction du mur de protection antifasciste, une nouvelle phase de notre développement économique commence...»<sup>27</sup>

Man strebte nach der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, vor allem durch den technischen Fortschritt. Deshalb wurde zum Produktionsaufgebot am **6. September 1961** aufgefordert, unter dem Motto "in der gleichen Zeit für das gleiche Geld". Am **15. März 1962** kam es zu einer höheren Stufe.

---

<sup>27</sup> P, Guillen, G, Castellan, L'Allemagne la construction de deux Etats allemands 1945- 1973, Hatier – Paris, 1976, S.172.



hat die SED, auf ihrer VI. Parteikonferenz im  
tliches System angekündigt, dass auf dem Beitrag  
der marktwirtschaftlichen Elemente in die Planwirtschaft basierte.

Solange für die Anwendung der technischen materiellen Methoden, Fachleute in Führungspositionen gebraucht wurden, setzte die Wirtschaftskonferenz des Z.K der SED und des Ministerrates vom **Juni 1963** die bewusste Teilnahme der Werktätigen voraus. Dabei durfte nicht vergessen werden, dass die Maßnahmen der Verbesserung auf der staatlichen Planung der SED (der sogenannte : demokratische Zentralismus) basierte.

So konnte nicht nur das ökonomische Niveau, sondern auch das gesellschaftliche erhöht werden. „Die DDR, die weniger als ein Viertel der Fläche des ehemaligen Deutschen Reiches umfasst, erzeugte bereits 1964 mehr als 90 Prozent der gesamten deutschen Industrieproduktion des Jahres 1936 85 Prozent des Bruttonprodukts der Volkswirtschaft kamen aus sozialistischen außenpolitischen Betrieben.“<sup>28</sup>

Zu den weiteren neuen sozialistischen außenpolitischen Verträge, welche die Freundschaft und die gegenseitigen Unterstützungen zwischen der *DDR* und der Sowjetunion bzw. das Gesamtinteresse ermutigten, gehörte der abgeschlossene Vertrag am **12.Juni 1964** in Moskau. Einer der wichtigsten Voraussetzungen der Integration in die SU war, die *DDR*-Wirtschaft zu entwickeln.

Als der Ministerpräsident der *DDR* *Otto Grotewohl* am **21.September 1964** starb, wurde *Willi Stoph* zum Vorsitzenden des Ministerrates gewählt.

Betreffs des Handels, am **03.Dezember 1965** wurde ein Handelsabkommen für die Zeit von **1966** bis **1970** abgeschlossen. Dieses Abkommen beschäftigte sich mit den bilateralen Volkswirtschaftsplänen.

---

<sup>28</sup> Streisend.J, Deutsche Geschichte in einem Band, VEB Verlag, Berlin, 1980, S.256.

... andere Verträge mit anderen sozialistischen  
e **1967**: mit der tschechoslowakischen Republik,  
der Volksrepublik Ungarn, der bulgarischen Republik und der Volksrepublik  
Polen).

Um die sozialistische Demokratie weiterzuentwickeln hatte das Z.K der SED im  
Januar **1967** eine Tagung in Torgau organisiert. Sie beschäftigte sich mit der  
Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen bzw. mit der Ergänzung der  
volkswirtschaftlichen Aufgaben.

Aus seiner Volksdiskussion, an der über 7 Millionen Bürger der *DDR* teilnahmen  
entstand am **09. April 1968** eine sozialistische Verfassung .Damit wurde zum ersten  
Mal in der deutschen Geschichte die Verfassung ausgewechselt, aber erst als die  
letzten Aufgaben der Verfassung fertig geworden sind.

## zialistischen Gesellschaft

w. mit dem neuen DDR-Regime begann eine neue

Etappe der weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft.

Entsprechend den Beschlüssen der XXV .Tagung des RGWD (**Juli 1970**) war die Verstärkung der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit das Wesentliche. Daraus konnte man Erfahrungen und Vorstellungen über den Aufbau des entwickelten Sozialismus bekommen.

In erster Linie beruhte die sozialistische ökonomische Integration auf der Koordinierung der volkswirtschaftlichen Pläne. Auf dem VVI. Parteitag der SED (von **15 bis 19. Juni 1971**) verkündete der erste Sekretär des Zentralkomitees der SED **Erich Honecker**, dass die *DDR* ein wesentliches Mitglied in der sozialistischen Gemeinschaft wäre. Im Mittelpunkt dieses Parteitages standen die Aufgaben der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der *DDR*.

Im Rechenschaftsbericht des Z.K der SED hat der neue Parteichef *Erich Honecker* den Sinn bzw. das sozialistische Wesen des Sozialismus bestimmt „Wir kennen nur ein Ziel, das die gesamte Politik unserer Partei durchdringt: alles zu tun für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Das ist der Sinn des Sozialismus und dafür kämpfen wir.“<sup>29</sup>

Man strebte nach dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft bzw. nach einer sozialistischen Ordnung.

Für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Basis mussten nicht nur neue Betriebe, bzw. neue Arbeitsplätze errichtet, sondern auch die übrigen privaten Betriebe verstaatlicht werden. „Im Halbjahr 1971 wurden Betriebe mit staatlicher Beteiligung, private Industrie- und Baubetriebe und industriell produzierende PGH in volkseigene Betriebe umgewandelt. So wurden 11000 neue volkseigene Betriebe gebildet, in denen 585000 Werktätige arbeiteten.“<sup>30</sup>

---

<sup>29</sup> Alfred Brückner, Dietmar Schmidt, die DDR stellt sich vor, Fisch Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, April 1974, Dresden, S.30.

<sup>30</sup> Streisend.J, Deutsche Geschichte in einem Band, VEB Verlag, Berlin, 1980, S.259.

den liefen parallel zueinander, nicht nur im politischen Bereich. Deshalb kämpfte man, um den Frieden innerhalb und außerhalb des Staates zu sichern. Zu diesem Zweck sollten die internationalen Beziehungen freundlich und solide sein.

Entsprechend dem Prinzip der Sicherheit und der Zusammenarbeit wurde der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag (zwischen den beiden Staaten: *DDR/BRD*) am **21. Dezember 1972** unterschrieben. Am **18. September 1973** traten beide Staaten zur Organisation der Vereinten Nationen bei. Ein Jahr später wurden sie in die Europäische Gemeinschaft und in die NATO aufgenommen.

Am **03. August 1973**, nach dem Tod des Vorsitzenden des Staatsrates der *DDR* *Walter Ulbricht*, übernahm *Willi Stoph* sein Amt und im *Oktober 1976* übernahm *Erich Honecker* die Führung des Staatsrates.

Im **August 1975** hat die *DDR* an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) teilgenommen.

Da die sozialistische Planwirtschaft einen Mangel an Arbeitskräfte aufweiste, verkündete Honecker im **Mai 1976** seine strategische Hauptaufgabe: "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik". Sein Ziel war die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die eine interessante Rolle bei der Erhöhung des Lebensniveaus des Volkes (sei es kulturell, oder materiell) spielten, auf der Basis der sozialistischen Produktion bzw. der Arbeitsproduktivität zu fördern. Dies war die Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes (1971-1975).

Honeckers Strategie "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" entsprechend, hingte die wirtschaftliche Entwicklung von der sozialen Lage ab. Auf diese Einheit wurde einen großen Wert darauf gelegt.

In dieser Periode hatte die Kirche einen besonderen Einfluss auf dem Staat. Seit 1978 wurde die Kirche als "Kirche im Sozialismus" betrachtet. Unter ihrem Schutz sind neue soziale Friedensbewegungen entstanden.

## entwickelten sozialistischen Gesellschaft

Regime unter der Führung *Michail Sergejewitsch Gorbatschows* (seit **1985**) und gemäß dem Prinzip "Glasnot und Perestroika" das "Offenheit und Erneuerung" bedeutet, wurde der Reformkurs durchgeführt. Dabei ging es um die Modernisierung des sowjetischen Systems.

Die SED war dagegen. Man glaubte, dass wenn die politische und die wirtschaftliche Reformen obligatorisch sei würden, würde die DDR bevorrechtet werden. „...Kurt Hager, Chefideologie der SED, damals (1987) auf einen sehr bildhaften Nenner, als er in einem Interview... erklärt:« wenn der Nachbar seine Wohnung neu tapeziert wurde, ist man nicht selbst verpflichtet die eigene Wohnung zu tapezieren»“<sup>31</sup>.

Daraus bzw. aus diesen neuen Reformen entstanden im Ostblock neue Oppositionsgruppen, beispielsweise in der Tschechoslowakei, in Polen und in Ungarn versuchten die Kommunisten die Gorbatschows Reformen zu halten.

In der DDR kam es zu Demonstrationen in Prag und Dresden. Man demonstrierte nach dem Warschauer-Vorbild. Sie gingen auf die Straßen, jedoch kam es zu kleinen blutigen Auseinandersetzungen.

„Die Reaktion des Regimes auf diese Erscheinungen der Opposition und Resistenz war in den Anfangsjahren in der DDR mehr durchs offen terroristische Repressionsmaßnahmen und in den achtziger Jahren durch sublimen Benachteiligungen und Beeinflussen charakterisiert.“<sup>32</sup>

im Jahre **1987** konnten nicht nur die Führer des Regimes in die *DDR* reisen, sondern auch einfachen Funktionären.

Außerhalb des Arbeitsfeldes und im Rahmen "der deutschen Familienkontakte" nahm der Besuchaustausch zu.

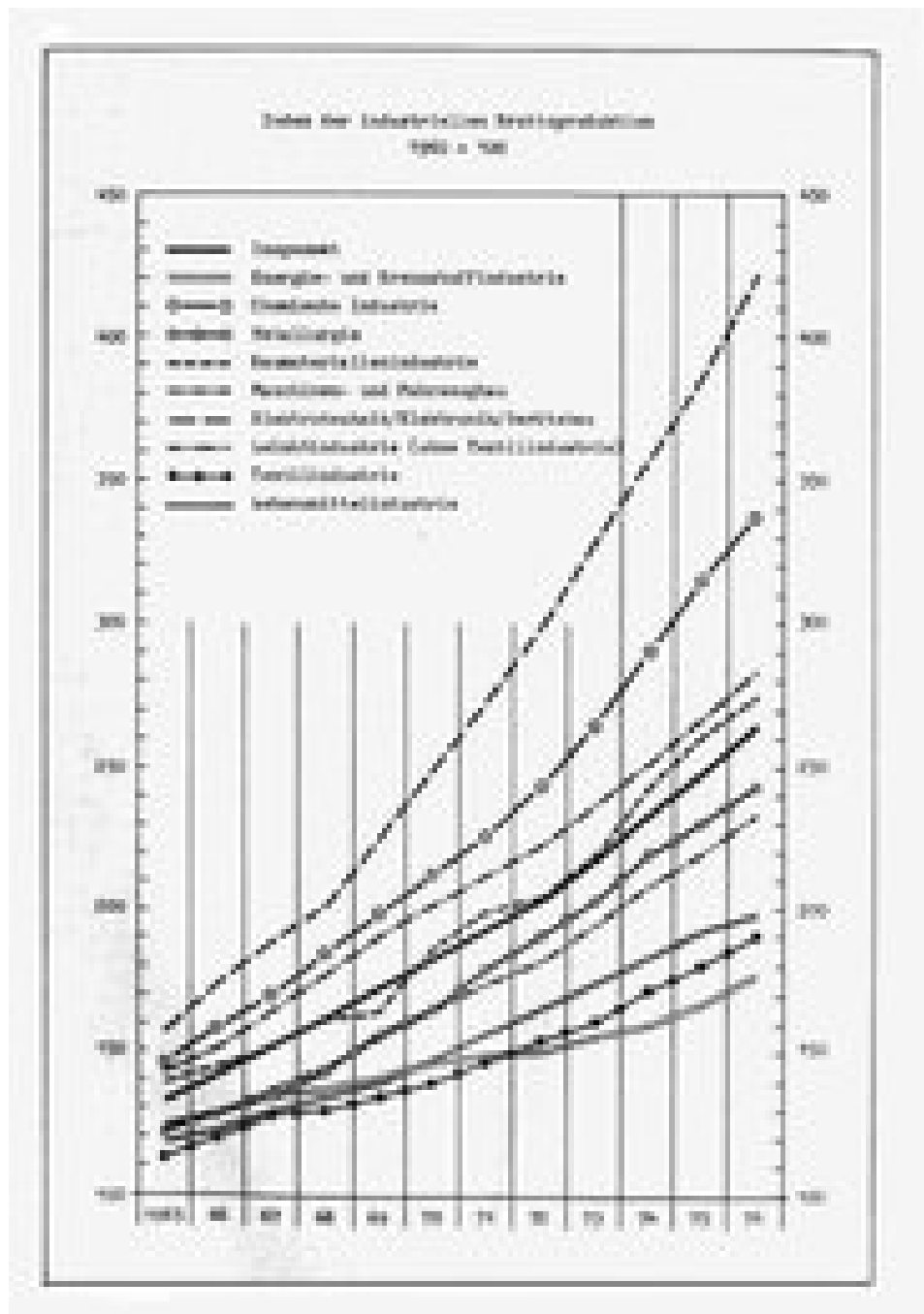
---

<sup>31</sup> Hagen Schulze, Kleine Deutsche Geschichte, , Verlag C.H.Beck oHG, München ,2002, S.87.

<sup>32</sup> Ebenda,S.86.

**Ergebnisse in der DDR**

Die **Abbildung (1)** repräsentiert das Nationaleinkommen in der DDR, in Preisen von 1967.



**Abb.1** : Das Nationaleinkommen in der DDR <sup>33</sup> (in Preisen von 1967).

<sup>33</sup> Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Statistisches Taschenbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, 1977, S.42.

1 fällt auf, dass die Preise von Jahr zu Jahr

Die folgende **Abbildung (2)** veranschaulicht den Anteil der Eigentumsformen am gesellschaftlichen Bruttoproduct, in Prozent in den Jahren 1950, 1955, 1960, 1962.

Jahr	Gesamt	Industrie und Bauwesen	Landwirtschaft	Sozialistische Produktionsverhältnisse		
				Land und Forstwirtschaft	Industrie, Bergbau und Energieerzeugung	Handel und Dienstleistungen
1950	100,0	18,7	81,3	100,0	100,0	100,0
1955	100,0	19,8	80,2	100,0	100,0	100,0
1960	100,0	24,5	75,5	100,0	100,0	100,0
1962	100,0	24,8	75,2	100,0	100,0	100,0

**Abb. 2** : Der Anteil der Eigentumsformen am gesellschaftlichen Bruttoproduct <sup>34</sup> (in Prozent in den Jahren 1950, 1955, 1960, 1962).

Es ist zu bemerken, dass „ in den Jahren 1961/62 die sozialistischen Produktionsverhältnisse [zu, d.Verf] sämtlichen Zweigen der Volkswirtschaft geworden [sind, d.Verf] <sup>35</sup>

<sup>34</sup> Gerhard Scholl ,u.a , Sozialistische Planwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik , Verlag Zeit im Bild ,Dresden , 31 März 1977, S.31.

<sup>35</sup> Ebenda S.30.

(3) wird auf den Index der industriellen  
73 eingegangen.



**Abb. 3:** Der Index der industriellen Bruttonproduktion<sup>36</sup> (von 1961 bis 1973)

Es ist zu bemerken, dass alle Industriezweige trotz einiger Schwankungen sich entwickeln.

<sup>36</sup> Egon Franke ,u.a , Zahlenspiegel Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland / Deutsche Demokratische Republik, überarbeitete Auflage, Gesamtdeutsches Institut für gesamtdeutsche Aufgaben , Dezember 1974, Berlin S.12.



### Wirtschaftswunder

Das erste Jahrzehnt der *Bundesrepublik Deutschland* war vom Bundeskanzler *Konrad Adenauer* repräsentiert, der am **15. September 1949** durch den Bundestag gewählt wurde.

Sein Ziel war es, die Souveränität des Staates und die internationale Gleichberechtigung zu realisieren. Das politische System der *BRD* basierte auf der Demokratie, die ein griechisches Wort ist und die Herrschaft des Volkes bedeutet. Dies wurde natürlich auch in der Verfassung des Grundgesetzes behandelt; „alle Staatsgewalt geht vom Volk aus.“<sup>37</sup>

An der Durchführung der wirtschaftlichen Gesetze nahmen die Vertreter gesellschaftlicher und politischer Gruppen teil. Sie hatten die Möglichkeit Vorschläge zu unterbreiten und zu äußern. Dies wurde als Vorbild der Demokratie betrachtet.

Der erste Wirtschaftsminister der *BRD* "*Erhard Ludwig*", hat am **18. Juni 1948** die Währungsreform durchgesetzt und das Wirtschaftssystem der *BRD* eingeführt.

Mit diesem wirtschaftlichen System ist die "*soziale Marktwirtschaft*" gemeint. „Erhard selbst definiert sie als eine Ordnung, in der zwar Wettbewerbe herrschen unter der Voraussetzung der Mensch vor "gnadenlose Ausbeutung" durch soziale Sicherung zu bewahren“<sup>38</sup>.

Sein höchster Ziel war, das Erreichen des Friedens, der Freiheit und der Stabilität. Durch den "*Marschall- Plan*" unterstützt, konnten die Unternehmer modernste amerikanische, statt demontierte Maschinen benutzen.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Integration in das westliche Bündnis wurde die *BRD* in der "*Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit*"

---

<sup>37</sup> Hermann Gieske, u.a, Gesellschaft und Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Fischer Taschenbuch, Februar 1976, S.31.

<sup>38</sup> Manfred Görtmaker, Geschichte der BRD von der Gründung bis zur Gegenwart, Verlag C.H. Beck München 1999, S. 156.

er "*Gemeinsame Markt für Kohle und Stahl*" der  
hen der *BRD* und Frankreich gegründet. Es folgte  
am **25.März 1957** die Unterzeichnung der Verträge; die "*Europäische  
Wirtschaftsgemeinschaft*" (*EWG*) und die *Europäische Atomgemeinschaft zur  
friedlichen Nutzung der Atomenergie* (*EURATOM*).

„Im *EWG*-Vertrag [verpflichteten, d.Verf] sich die Mitgliedsländer (Frankreich,  
Italien, Niederlande, Belgien, Luxemburg, und die *BRD*), bestehende Zoll- und  
Handelschranken untereinander schrittweise abzubauen ...Diese Zollunion [sollte,  
d.Verf] schrittweise zu einer Währungs- und Wirtschaftsunion ausgebaut  
werden...“<sup>39</sup>

Ende der fünfziger Jahre hatte die *BRD* einen riesigen Bedarf an Arbeitskräfte,  
deshalb wurde **1957** durch das Rentengesetz das Prinzip der "dynamischen Rente "  
eingeführt, und ausländische Arbeiter, die sogenannten " Gastarbeiter " angestellt.

Zusammenfassend erlebte die *BRD* in diesem Jahrzehnt einem wirtschaftlichen  
Aufschwung bzw. einem Wirtschaftswunder (genügende Arbeitskräfte,  
zunehmende Produktion, wachsende Kaufkraft und hohes Einkommen). Aus diesem  
Grund wurde *Erhard Ludwig als Prophet der sozialen Marktwirtschaft* und *als  
Vater des Wirtschaftswunders* bezeichnet.

„Nur ein Jahrzehnt nach der bedingungslosen Kapitulation war die Bundesrepublik  
zu einer führenden Industrienation aufgestiegen, deren Markenzeichen «Made in  
Germany» wieder einen guten Ruf besaß.“<sup>40</sup>

---

<sup>39</sup> Thomas Ellwein u.a., Die Bundesrepublik Deutschland Daten Fakten Analysen, Verlag Ploetz Freiburg,  
Würzburg, 1984, S.156.

<sup>40</sup> Manfred Görtmaker, Geschichte der *BRD* von der Gründung bis zur Gegenwart, Verlag C.H. Beck,  
München 1999, S. 173.

## deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit

Als die *Ära- Adenauer* zu Ende (im Oktober 1963) war, begann am 19. September 1965 unter der Führung des Vaters des Wirtschaftswunders "*Erhard Ludwig*", eine neue Ära.

Wegen der Wirtschaftskrise im Jahre 1965 kam es zur Schwächung der Wachstumsimpulse. „Un ralentissement général de l’activité économique, une diminution des investissements et de la consommation intérieure, tandis les prix continuent de monter en raison de l’augmentation des dépenses publiques et de l’aggravation du déficit budgétaire.“<sup>41</sup>

Daraus ergab sich die Notwendigkeit eine wirtschaftliche Intervention durchzuführen.

Durch den *kenyes'schen Instrumentariums* wurde 1967 das "Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft ", verabschiedet. Dadurch wurde versucht, das Preisniveau zu stabilisieren, den Beschäftigungsstand zu erhöhen, und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht zu verwirklichen, um in erster Linie ein stetiges Wirtschaftswachstum zu erreichen.

Dieses Instrumentarium basierte auf der Globalsteuerung, die als eine neue Form der Wirtschaftspolitik eingeführt wurde. Ihr gehörte auch die Verhaltenssteuerung der Gewerkschaften an. Dafür waren der Wirtschaftsminister Prof. *Karl Schiller* und der Finanzminister *Franz-Josef Strauß* verantwortlich. Der Hauptzweck diente der Überwindung der Wirtschaftskrise.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurde ein Bundesministerium gegründet (BMZ). Es hat eine interessante Rolle bei der Entwicklungshilfepolitik der unterentwickelten Länder gespielt; unter der Losung "*Hilfe zur Selbsthilfe*" und "*Freund-Feind Denkens*".

---

<sup>41</sup>P, Guillen, G, Castellan, L'Allmagne la construction de deux Etats allemands 1945- 1973, Hatier – Paris, 1976, S.109.

en sich die Parteien CDU/CSU und SPD, somit  
der Regierung. Ab **1969** wurde diese zur *sozial-  
liberalen Koalition*.

Mit dem Beginn der sozial-liberalen Koalition begann die neue Etappe der "*aktiven Ostpolitik*". Sie hat mit der Normalisierung der Beziehungen zwischen der *BRD*, der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern zu tun.

Dazu wurden Verträge geschlossen „Gerhard Schröder... [war der Auffassung, d.Verf], dass Deutschland heute als ein Teil eines neuen Europa ein guter Nachbar [ist, d.Verf], der mit der Revanche [sucht, d.Verf], sondern Verständigung, und nicht Spannungen, sondern Sicherheit für alle, gab dabei die Richtungen an.“<sup>42</sup>

Schröder strebte also nach der Verstärkung des Handelsaustausches mit den osteuropäischen Staaten in allen Bereichen.

---

<sup>42</sup> Manfred Görtsmaker, Geschichte der BRD von der Gründung bis zur Gegenwart, Verlag C.H. Beck München 1999, S. 535.

## ffentlichen europäischen Zusammenarbeit

nen Beziehungen hat die Unterzeichnung des Viermächte-Abkommens am **03. September 1971** den Weg für die Auseinandersetzungen über einen Grundlagenvertrag zwischen der *DDR* und der *BRD* gebahnt. Dank den Verhandlungsführern *Egon Bahn* (*BRD*) und *Michael Kohl* (*DDR*) trat der Vertrag am **08. November 1972** in Kraft; unter der Voraussetzung, die Gleichberechtigung der beiden Staaten zu verwirklichen. Man strebte nach einem ausweitenden Osthandel.

„Brandt ist gegangen..., [die Antwort nach der Frage des Nachfolgers war eindeutig, d. Verf]: Helmut Schmidt und kein anderer..., und so wurde [er] am 15. Mai 1974 mit 267 von 492 Stimmen zum neuen Bundeskanzler gewählt“<sup>43</sup>. Bundespräsident wurde am **15. Mai 1974** *Gustav Heinemanns*, der Karl Schiller *Hans Friedrich* (Wirtschaftsminister) ablöste.

Wegen der Weltwirtschaftskrise nahmen die Arbeitslosigkeitsraten **1974** zu. Eine der wichtigsten Ursachen war auch die rasante technologische Entwicklung bzw. die steigende Rationalisierung (Ersetzung der Menschen durch Maschinen).

Eine andere Krise hat man im selben Jahr erlebt: im Gefolge der Ölkrise bzw. wegen der Steigerung des Ölpreises, sank die Produktion und stieg die Zahl der Arbeitslosen auf über eine Million. „On constate durant les années 1974-1975 une importante baisse de la consommation, une chute de la production industrielle qui tombe à l'indice 103 (contre 115 en 1974) à la mi-1975 une diminution des investissements et des exportations.“<sup>44</sup>

Deshalb und wegen der vielen Arbeitslosen hat die Bundesregierung zwei Programme durchgeführt, das erste im **September 1974** (ein Konjunktur-Sonderprogramm), und das zweite (im **Dezember**). Sie hatten mit der Anstellung der Arbeitslosen zu tun.

---

<sup>43</sup> Marion Gräfin Dönhoff, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949- 1999, Albrecht Klaus Verlag, München, Mai 1999, S. 223.

<sup>44</sup> Armand Colin, L'Allmagne de 1870 à nos jours, Armand Colin, Paris, 1999, S. 223.

enz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

hmen Staatspräsidenten und Regierungschefs aus

kapitalistischen und kommunistischen Länder der "dritten Welt" und natürlich die beiden Chefs Deutschlands teil. Das Ziel war humanistisch, d.h. man wollte nicht über die der Länder, sondern auch über die Grenzen der Menschen hinausgehen.

„Während die Grenze zwischen den Machtblöcken im Osten und im Westen den alten Wirtschaftsraum Mitteleuropa gespalten hat, entstand so in Westeuropa eine neue wirtschaftliche Einheit, der »Gemeinsame Markt«. Er ist ein Teil des großen Wirtschaftsraumes der westlichen Welt.“<sup>45</sup>

So war der Abschluss des *Europäischen Währungssystems* (EWS) am **05. Dezember 1978** vom Europäischen Rat der erste Schritt. „Er eröffnete jedoch,..., ein «notwendiges Durchgangsstadium» für «eine neue Etappe der Organisation Europas», aus der schließlich zu Beginn der neunziger Jahre mit dem Vertrag von Maastricht die Europäische Union und die einheitliche europäische Währung hervorgehen sollten.“<sup>46</sup>

In diesem Jahrzehnt hat die DDR zwar ein "*Nullwachstum*" erzielt, trotzdem hat man Freundschaften mit ost- und westeuropäischen Ländern gewonnen.

---

<sup>45</sup>Erich Zettel, Deutschland in Geschichte und Gegenwart, Max Hueber Verlag, München, 1972, S.584.

<sup>46</sup> Manfred Görtmaker, Geschichte der BRD von der Gründung bis zur Gegenwart, Verlag C.H. Beck, 1999, München S. 584.

## Ostpolitik

Im Jahr 1982 begann die neue Regierung unter der Führung *Helmut Kohls*, der am **01. November 1982** durch den Bundestag zum Bundeskanzler gewählt wurde.

„Ziel der Regierung Kohl war es, unter dem Schlagwort der geistig- moralischen Wende die angeblich von der sozial- liberalen Koalition und ihrer Politik verursachten schädlichen und problematischen Wirkungen für Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik zu korrigieren“.<sup>47</sup> Diese Aussage erweist, dass sich Kohls und Adenauers Politik ergänzten. Dabei ging es um die Korrigierung des schädlichen Zustandes bzw. um die Reform. Dabei spielte die sozial-liberale Koalition die wesentliche Rolle.

In erster Linie strebte man nach der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bzw. nach der Förderung der unternehmerischen Wirtschaft.

Im Jahre **1979** (wegen dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan) hat das schlechte "schwierige" Verhältnis zwischen den Besatzungsmächten (U.S.A, UdSSR) die zwischendeutschen Beziehungen beeinflusst. „C'est précisément un moment où les rapports Est/Ouest sont difficiles que les deux Etats fournissent une contribution importante au maintien de la paix, dès lors que nous utilisons activement toutes nos possibilités de coopération,[dit le chancelier Kohl le 15 mars 1984]“<sup>48</sup>.

Während der ersten Hälfte der achtziger Jahre versuchte man die Ostpolitik zu beleben, im Jahre **1987** konnten der Vorsitzende und Generalsekretär der SED "**Erich Honecker**" die *BRD* offiziell besuchen.

In Betracht hat Kohl die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen mit den Präsidenten: Francois Mitterrand (Frankreich), Michail S.Gorbatschow (Sowjetunion) und Ronald Reagan (U.S.A) gezogen.

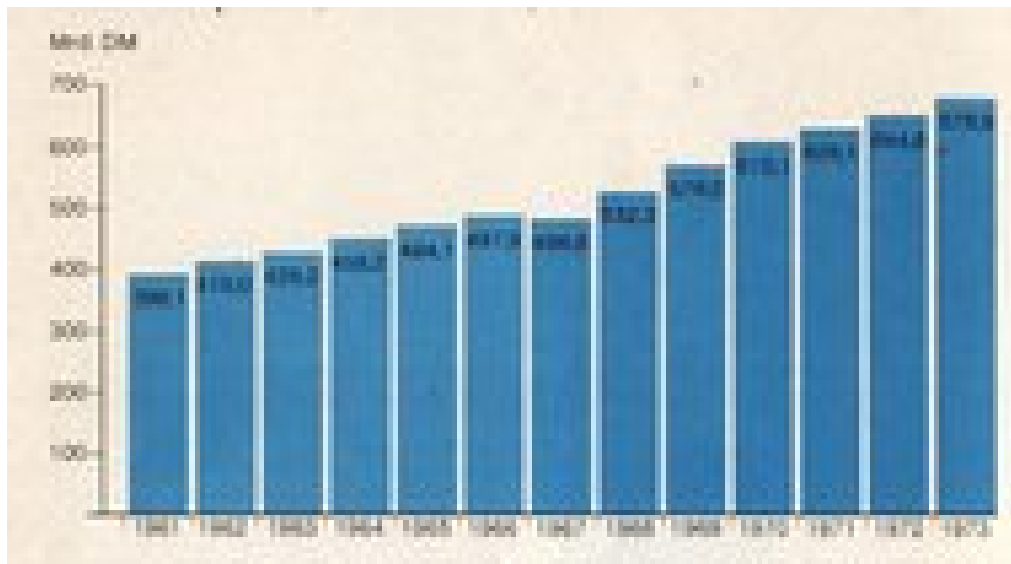
---

<sup>47</sup> Kurt, S, Wilhelm, B, Grundzüge des politischen Systems Deutschlands, 2004, S.64.

<sup>48</sup> Alfred Grosser, L'Allemagne en occident la République fédérale 40 ans après, Librairie Arthème Fayard, Munich, S. 90.

## Ergebnisse in der BRD

Die **Abbildung (1)** repräsentiert die Preise des Bruttoinlandsproduktes in der Bundesrepublik Deutschland, von 1961 bis 1973.



**Abb.1:** Die Preise des Bruttoinlandsproduktes in der Bundesrepublik Deutschland<sup>49</sup> (von 1961 bis 1973).

Dadurch ist zu bemerken, dass die Preise zunehmen; nur im Jahre 1967 gingen sie von 497,9 Mrd.DM zu 496,9 Mrd.DM herunter.

<sup>49</sup>Egon Franke, u.a, Zahlenspiegel Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland / Deutsche Demokratische Republik, überarbeitete Auflage, Gesamtdeutsches Institut für gesamtdeutsche Aufgaben, Berlin, Dezember 1974, S.12.



Click Here to upgrade to Unlimited Pages and Expanded Features

zeigt die Veränderung der Industrieproduktion (in % gegenüber dem Vorjahr) in der BRD, USA, Japan, Frankreich, Italien, und Großbritannien), von 1969 bis 1975.

	USA	Japan	BRD	Frankreich	Italien	Großbritannien
1969	+ 4,8	+ 26,7	+ 12,1	+ 11,1	+ 8,8	+ 1,8
1970	+ 7,7	+ 24,2	+ 6,2	+ 7,8	+ 8,9	+ 1,8
1971	+ 8,2	+ 1,7	+ 2,8	+ 11,1	+ 11,1	+ 8,2
1972	+ 6,8	+ 7,2	+ 1,8	+ 7,8	+ 11,7	+ 2,8
1973	+ 9,1	+ 28,2	+ 6,2	+ 7,8	+ 16,2	+ 7,8
1974	+ 8,8	+ 2,8	+ 8,8	+ 1,7	+ 8,8	+ 11,7
1975	+ 11,1	+ 28,8	+ 7,8	+ 16,8	+ 19,8	+ 1,7

**Abb.2:** die Veränderung der Industrieproduktion<sup>50</sup> (in Prozent gegenüber dem Vorjahr in der BRD, USA, Japan, Frankreich, Italien, und Großbritannien).

Durch einen Vergleich wird erkennbar, dass die BRD einen rapiden Rückgang des Entwicklungstempos in den Jahren 1971/72 erlebt. Demgegenüber wird eine Zunahme in den Jahren 1974/75 registriert.

<sup>50</sup> Eckard Jander, Geschichte 10, Volkseigener Verlag, Berlin, 1982, S.220.

icht Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung der 49, 1964; 1980.

**Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik**

Durchschnittsverdienste aller Arbeitnehmer pro Monat	1949: 260 DM	1964: 532 DM	1980: 2015 DM
Anstieg des Lebenserwartungsalters	1951: 7,7%	1969: 8,4%	1975: 6,8%
durchschnittliche Arbeitszeit pro Woche	1955: 47,1 Std	1960: 44,8 Std	1967: 40,0 Std
Arbeitslosenquote	1950: 11,0%	1960: 1,3%	1970: 0,7%
Sozialhilfe-Empfänger (Mio. zum Lebensunterhalt)		1964: 0,82 Mio.	1974: 1,00 Mio.
Exportüberschuss	1960: 5,2 Mrd. DM		1975: 37,3

**Abb.3:** Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik<sup>51</sup>(in den Jahren; 1949, 1964; 1980)

Die Abb.3 zeigt eine rasche Entwicklung der BRD auf. Das durchschnittliche Einkommen der Arbeiter steigt (1949: 260 DM → in 1980: 2015 DM), die Arbeitslosigkeit sinkt (1950: 11,0% → in 1970: 0,7%) und der Export bzw. der Handelsüberschuss nimmt zu. ( 1960 : 5,2Mrd.DM , in 1975 : 37,3M)

<sup>51</sup>Gabriel Möhring u.a, Geschichte und Geschehen, Ernst Klett Schulbuchverlag, Leipzig, 2001, S.28.

er wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR/

In der folgenden **Abbildung (1)** wird die Agrarstruktur in den beiden Teilen "die BRD/ die DDR", in den Jahren 1960 und 1973 gezeigt.

Bundesrepublik Deutschland		1960			1973		
Größenklasse	Landwirtschaftliche Nutzfläche	Zahl der Betriebe	Ø Größe in ha	Landwirtschaftliche Nutzfläche	Zahl der Betriebe	Ø Größe in ha	
<b>Insgesamt</b>	13 101 472 ha	1 817 710	8,1	12 660 740 ha	1 110 660	11,4	
<b>Bereich</b>							
0,5 - 2 ha	3,8%	28,4%	1,1	2,2%	28,2%	1,1	
2 - 5 ha	8,8%	23,8%	3,3	5,5%	18,8%	3,3	
5 - 10 ha	18,0%	21,2%	7,3	11,2%	17,8%	7,3	
10 - 20 ha	20,8%	17,7%	13,8	24,2%	20,8%	14,0	
20 - 30 ha	14,9%	4,9%	24,0	20,8%	6,8%	24,0	
30 - 50 ha	12,2%	2,7%	37,3	18,8%	5,8%	37,3	
50 - 100 ha	8,8%	0,8%	84,8	10,2%	1,8%	84,8	
über 100 ha	3,4%	0,2%	173,1	4,8%	0,3%	163,7	
<b>Deutsche Demokratische Republik</b>							
<b>Insgesamt</b>	6 418 750 ha	20 280	280,8	6 287 128 ha	7 427	790,7	
<b>Bereich</b>							
Vollwsg. Güter	8,2%	3,2%	891,4	7,1%	4,8%	870,8	
LPG Typ I u. II	21,3%	84,2%	106,0	3,8%	18,8%	280,7	
LPG Typ III	52,7%	21,2%	524,1	80,4%	72,7%	625,4	
Gärtnerische Produktionsbetriebe							
Genossensch.	0,2%	1,8%	80,8	0,4%	4,4%	11,7	
Sonst. Flächen	14,4%			8,8%			

**Abb.1:** Die Agrarstruktur in den beiden Teilen "die BRD/ die DDR"<sup>52</sup> (in den Jahren 1960 und 1973).

Dadurch ist zu bemerken, dass die landwirtschaftliche Nutzfläche in der BRD im Gegensatz zur DDR größer ist.

Trotzdem registrieren LPG Typ die höchsten Prozente. Sowohl in der BRD als auch in der DDR sinkt die Zahl der Betriebe sowie der beschäftigten landwirtschaftlichen Nutzflächen im Jahre 1973.

<sup>52</sup> Egon Franke, u.a., Zahlenspiegel Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland / Deutsche Demokratische Republik, überarbeitete Auflage, Gesamtdeutsches Institut für gesamtdeutsche Aufgaben, Dezember 1974, Berlin S.16.

Click Here to upgrade to Unlimited Pages and Expanded Features

wird auf die Industrieproduktion der BRD und der DDR, in den Jahren 1950 und 1973 eingegangen.

Erzeugnis	Einheit	Bundesrepublik Deutschland		Deutsche Demokratische Republik	
		1950	1973	1950	1973
Elektrizität	Mil. kWh kWh je Einwohner	44.406 590	298.992 4.825	18.496 1.058	76.908 4.529
Eisenröhre	1000 t kg je Einwohner	110.756 2.206	87.344 1.571	3.805 153	-
Rohrtaugstahl	1000 t kg je Einwohner	70.641 1.317	118.058 1.915	137.000 7.493	248.245 14.900
Rohrblech	1000 t kg je Einwohner	8.473 160	26.828 504	307 18	2.200 130
Rohrblech	1000 t kg je Einwohner	12.121 242	49.521 799	1.271 68	5.890 347
Wahlstahl	1000 t kg je Einwohner	8.166 155	26.708 502	781 42	3.878 238
Zement	1000 t kg je Einwohner	10.877 208	40.908 699	1.412 77	9.548 592
Schweißelektrode	1000 t kg je Einwohner	1.181 24	4.140 67	300 15	1.008 62
Pkw-Produktion	1000 Stück je 10.000 Einwohner	216 43	3.644 598	7 4	147 97
Lkw-Produktion	1000 Stück je 10.000 Einwohner	82 16	275 44	1 0,5	34 18
Fernsehgeräte	1000 Stück je 10.000 Einwohner	-	3.824 633	-	454 287
Haushalts- schneidemaschinen	1000 Stück je 10.000 Einwohner	-	3.757 443	1 0,5	469 276
Elektr. Wasch- maschinen	1000 Stück je 10.000 Einwohner	-	1.799 290	1 0,5	332 190

Abb.2: Die Industrieproduktion der BRD und der DDR<sup>53</sup> (in den Jahren 1950 und 1973)

Bei der Betrachtung der Abb.2 fällt auf, dass trotz den beobachteten Ergebnisse, der Unterschied der Erzeugnisse der beiden Staaten sehr groß ist, besonders bei PKW- und LKW-Produktion. Natürlich steht die BRD dabei an erster Position.

<sup>53</sup>Ebenda, S.13.

den Außenhandel nach Ländergruppen, in den teilt, kann deutlich erkannt werden, dass Außenhandelsbeziehungen zwischen der BRD, USA, und den EG-Ländern fester als mit der RGW- und kommunistischen Ländern sind.

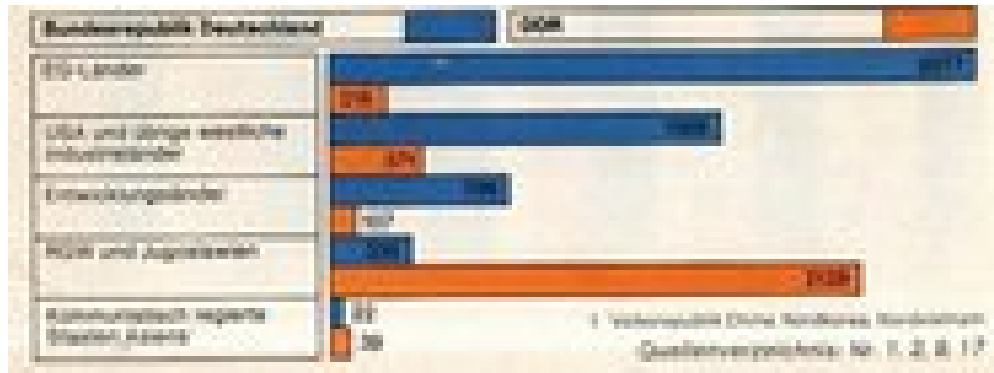


Abb.3: Der Außenhandel nach Ländergruppen<sup>54</sup> (in den Jahren 1960 und 1970)

### Zusammenfassung

Trotz wirtschaftlicher Probleme bzw. der Wirtschaftskrisen konnten beide Staaten (die BRD als auch die DDR) zunehmende Entwicklungen erreichen. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass die BRD gegenüber der DDR entwickelter war. (Dies hängt vom Wirtschaftssystem ab).

<sup>54</sup>Ebenda, S.18.

## **Einführung**

Der vorliegende dritte Teil widmet sich der *wirtschaftlichen Entwicklung nach der Wiedervereinigung* (von **1990 bis 2005**). Er baut auf vier Kapiteln; Im ersten Kapitel wird auf die entstandenen Schwierigkeiten, im zweiten auf die ersten Trotzen, im dritten auf die planenden Zwecke, und im vierten auf die Analyse wichtiger Abbildungen wirtschaftlicher deutscher Ergebnisse eingegangen.

Zunächst versuche ich einen Überblick über die deutsche Wiedervereinigung zu geben.

Nach ihrer 40.Geburtstagfeier erkannte die *DDR* friedliche Revolutionen in Ostberlin und anderenorts an. „Die inzwischen auf 2000 bis 3000 Personen angewachsene Menge skandiert immer wieder... Freiheit .Freiheit“<sup>55</sup>.

Durch das brutale Vorgehen der Polizei und der »Stasi« Kräfte (Staatssicherheitskräfte) kam es zu erneuerten Protesten (am **07. Oktober 1989**).

Nach anderen zahlreichen Demonstrationen wurden die Grenzen zwischen der *DDR* und der *BRD* geöffnet. „ Trotz der Eröffnung der Grenzen durch die *DDR*-Regierung am 09.November 1989, setzte die Bevölkerung in Leipzig und anderen Städten der *DDR* ihre Demonstrationen fort .Mit dem Ruf » wir sind das Volk«, » wir sind ein Volk«, » Deutschland! Deutschland !«!«<sup>56</sup>.Sie strebten nach der Wiedervereinigung .Sie wollten keine reformierte *DDR*, sondern ein **vereinigtes Deutschland**.

„Die fast täglichen Katastrophenmeldungen aus der *DDR* sowie die inneren Verhältnisse in der *SU* erzwangen den Wandel der sowjetischen

---

<sup>55</sup> Hannes Bahrmann, Chronik der Wende Die Ereignisse der *DDR* zwischen 7.Oktober 1989 und 18.März 1990, Christoph Links Verlag, Berlin, Mai 1990,S.12.

<sup>56</sup> Heiner Geißler, 50 Jahre Deutsche Geschichte, Brockhaus Leipzig- Manheim, 1999, S.155.

mber 1989 wich die SU zum ersten Mal vom  
öglichkeit einer Vereinigung in Betracht<sup>57</sup>

Darauf reagierte die USA-Regierung unter Führung Georg Buch und James Backer:  
"je schneller, desto besser".

**1990** hatten die Verhandlungen ihren Anfang genommen, die zum Einigungsvertrag  
am **31.August 1990** führten. In diesem Vertrag und nach Art.23, am **03.Oktober**  
**1990** trat die *DDR* zur *BRD* bei, d.h. gemäß dem Artikel **1** wurden die fünf Länder  
"Brandenburg , Mecklenburg- Vorpommern , Sachsen , Sachsen-Anhalt und  
Thüringen" als Länder der *BRD* und Berlin als Hauptstadt bezeichnet.

Vorher, „ am 18.Mai 1990 unterzeichneten die beiden deutschen Finanzminister  
Theo Waigel (CSU) und Walter Romberg (SPD) das historische Vertragswerk.  
Das Kernstück dieses Vertrags war die Einführung der sozialen Marktwirtschaft in  
der *DDR* und die Umstellung der *DDR*-Währung zum 1.Juli 1990<sup>58</sup>.

So wurde das planwirtschaftliche System in die Marktwirtschaft transformiert und  
die DM als alleiniges offizielles Zahlungsmittel der *DDR* betrachtet. Jedoch  
konnten durch die Währungsunion nicht alle wirtschaftliche Probleme gelöst  
werden.

---

<sup>57</sup> Walter Göbel, Vorbereitung auf das Abitur-Deutschland nach 1945, Mainz Verlag, Stuttgart, 2004, S.148.

<sup>58</sup> Jürgen Weber, Kleine Geschichte Deutschlands seit 1945, Deutscher Taschenbuch Verlag, München,  
2001, S.304.

## der Wiedervereinigung der DDR

### 3.1.1.1 Die Transformation der DDR-Wirtschaft (die Zentralverwaltungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft)

Im Prozess der *Umstrukturierung* der *Zentralverwaltungswirtschaft* in die Marktwirtschaft spielte die **Treuhandanstalt** die Schlüsselrolle. „La Treuhandanstalt – fondé le 1er mars 1990 par le conseil des ministres de l'ex-RDA pour administrer à titre fiduciaire la propriété du peuple, l'organisme était devenu entre – temps le véritable syndic de l'économie est – allemande – ses objectifs : liquider, privatiser ce qui est vendable, fermer le reste“<sup>59</sup>.

Also nach dem westdeutschen Vorbild förderte die THA, die Privatisierung (Sanierung und Liquidierung) der sozialistischen Einheiten.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass das "Gesetz zur Privatisierung und zur Reorganisation volkseigener Vermögen" am **17.Juni 1990** beschlossen und am **1. Juli** in Kraft gesetzt wurde.

Frühzeitig und in erster Linie sollten die Staatsbetriebe vermieden werden, deshalb dachten die THA und das Bundesministerium für Finanzen, daran so schnell wie möglich zu privatisieren.

„In den ersten Monaten bzw. Jahren unter der Treuhand-Agide bestand das Problem der ostdeutschen Betriebe zunächst vor allem darin, überhaupt erst marktfähig und d.h verkaufsfähig zu werden. Dies war nicht Voraussetzung für das weitere Überleben, d.h für die beabsichtigte Privatisierung , die Betriebe marktfähig zu machen ,...es mussten auch die innerbetrieblichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Unternehmenstätigkeit geschaffen werden“<sup>60</sup>.

---

<sup>59</sup> Le prix des illusions allemandes Le Monde diplomatique – Financer la politique par Christoph Mohr, 2004, S.3.

<sup>60</sup> Hans Bertran, Raj Kollmorgen, Die Transformation Ostdeutschlands Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Leske + Budrich, Olpaden, 2001, S.170.



Sanierung". Hierbei handelt es sich um drei Phasen (Sanierung und active Sanierung). „Drik Nolte (1992) konstatiert nach einer forcierten Privatisierungsphase der Treuhand bis zum Frühjahr 1991- [in der verschiedene Dienstleistungen]...weitgehend privatisiert werden konnten- eine danach beginnende zweite Phase, die aufgrund der massiven Kritik in der Öffentlichkeit ...gekennzeichnet war. Diese Phase wird seines Erachtens durch eine dritte , ab Anfang 1992 abgelöst , in der die industriepolitische Orientierung erweitert ...wurden”<sup>61</sup>.

Die wichtigste Folge dieses Umbaus war der enorme Abbau von Arbeitsplätzen "*die Arbeitslosigkeit*". Dadurch kam es wiederum zum Abwanderungsdruck. Der Weg wurde "Tür und Tor" für die Flucht in den Westen gebahnt, „von Oktober 1989 bis Februar 1993 verlor das Gebiet der neuen Bundesländer...rund 700 000 Bürger, die im Westen der Bundesrepublik Deutschland ihr Glück suchten.“<sup>62</sup>

Aus diesem Grund hatte das die scharfe Kritik aus dem Osten zu Folge. Aber trotzdem muss man hinweisen, dass die THA zur Schaffung 15% Arbeitsplatz geführt hat.

Nach der Ermordung des zweiten Präsidenten Detel Carsten Rowdder's nahm **Birgit Breuel** am **01.April 1991** sein Amt an. Nach viereinhalb Jahren Arbeit wurde am **31.Dezember 1994** die (THA) aufgelöst. „Seit einiger Zeit hat die Treuhandanstalt ihre Arbeit beendet und Ostdeutschland konzentriert sich jetzt auf das Business as usual. Damit stehen die neuen Bundesländer im harten Standortbewerb mit anderen Ländern und Regionen“<sup>63</sup>.

Nach der Auflösung der THA gingen viele Unternehmen und Betriebsteile ausländischer Investoren bzw. *ausländische Investoren* wurden in die ostdeutschen Bundesländer versetzt. Ich schließe mir die Meinung, von Birgit Breuel an, dass „ zu den wichtigen Standortfaktoren auch die Qualität der Arbeitskräfte und deren Verfügbarkeit, die Angebote der Treuhandanstalt sowie allgemeine

<sup>61</sup> Hans Bertran, Raj Kollmorgen, Die Transformation Ostdeutschlands Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Leske + Budrich, Olpaden, 2001, S.171.

<sup>62</sup>Karl Eckart, Deutschland, Klett -Pethes Verlag GmbH, Stuttgart, 2001, S.15.

<sup>63</sup> Heiner Geißler, 50 Jahre Deutsche Geschichte, Brockhaus Leipzig- Manheim, 1999, S. 166.

wertigen im DM-Raum zählen. Zusammenfassend  
te Standortnachteile....nicht gibt“<sup>64</sup>. Sie hat den

Standort „Ost“ als unbeschriebenes Blatt bezeichnet.

Den aktiven Ländern bei der Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft gehörten die USA, Japan, die Niederlande, die Schweiz, Großbritannien, Österreich sowie Frankreich an. Seither übernahmen die Länder die Aufgabe, die Wirtschaft im *Standort Deutschlands* zu fördern.

---

<sup>64</sup> Deutschland Zeitschrift für Politik , Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft ,Im Gespräch Birgit Breuel  
Präsidentin der Treuhandanstalt , D7999F Nr.2 11-12/93 D1, S.08.

Der *Wiederaufbau der neuen Bundesländer* war nicht nur die Aufgabe der neuen Länder, sondern die Aufgabe aller Deutschen. Sie sollten sich gemeinsam unterstützen und die Folgen der Aufteilung tragen. „Der Bund argumentierte [dass, d.Verf], die deutsche Einheit eine gesamtstaatliche Aufgabe [sei, d.Verf], zu der die Länder substantiell durch eine Neuverteilung der Umsatzsteueranteile von Bund und Länder zugunsten des Bundes beizutragen hätten“<sup>65</sup>.

Der Finanzwissenschaftler **Professor Rudolf Hickel** betrachtet den *Aufbau Ost* als zentrale Aufgabe im frühen 21. Jahrhundert. Um den Aufbau Ost auf eine solide wirtschaftliche Grundlage zu stellen, wurden **1991** unterschiedliche Förderprogramme eingerichtet.

Durch "*das 8. März 1991 verabschiedete Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost*", erhielten die neuen Länder insgesamt **24.4** Mrd. DM.

Aus dem "Finanzkopf *Fonds deutsche Einheit* ", wurden im Osten von **1990** bis **1994** insgesamt 160.7 Mrd.DM investiert. Ab **1996** kam es zum *Finanzausgleich*. „Les experts se sont accordés à dire que cette péréquation (Länderfinanzausgleich), élément important du fédéralisme, s’élèverait uniquement dans le soutien aux nouveaux Länder, à quelque 20 milliards de mark.“<sup>66</sup>

Um den Länderfinanzausgleich zu erweitern und die Finanzierung zu verstärken haben der Bund und die Länder den "**Solidarpakt (I) (1998 bis 2004)**" abgeschlossen.

"Der **Solidarpakt (II) (2004-2019)**" erweitert den ersten (I), dadurch wurde der Aufbau Ost wiederum auf eine solide Grundlage gestellt.

Dank dem ersten und dem zweiten Solidarpakt wurden die Länder durch Sonderbedarf-Bundesregierungszuweisungen unterstützt (in Höhe von insgesamt **82** Mrd. Euro von **1998** bis **2004**).

---

<sup>65</sup> Raland Sturm, *Föderalismus in Deutschland*, Leske + Budrich, Olpaden, 2001, S.33.

<sup>66</sup> Serge Cordellier, Béatrice Diodiot, *L'Etat du Monde annuaire économique géopolitique mondial*, Éditions la Découverte & Syros, Paris, 2001, S.94.

deutschen Länder in den bundesstaatlichen Finanzausgleich eingegliedert, der durch im Föderalen Konsolidierungsprogramm festlegte Sonderregelungen ergänzt wurde.<sup>67</sup>

Hierhin sind zwei Arten vom Finanzausgleich zu unterscheiden; der erste ist der *horizontale Finanzausgleich*. Er basiert auf der Kooperation zwischen den Bundesländern, d.h die steuerstarken Bundesländer (die Bundesländer, die höhere Steuer bekommen) investieren einen Teil der steuerschwachen Länder.

Der zweite ist der *vertikale Finanzausgleich*. „Aufgrund des vertikalen Finanzausgleichs stehen den Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) bestimmte Steuer alleine zu, aber einige sehr ergiebige Steuern werden nach politisch ausgehandelten Schlüsseln aufgeteilt (Gemeinschaftsteuern), die Gemeinden in den alten Bundesländern beteiligen sich anderem Ausgleich durch höhere Gewerbesteuerungsumlage“<sup>68</sup>.

Dazu kamen auch weitere Transfers aus den Kassen. Damit ist die Steuerung gemeint. Hierbei geht es um zwei Arten; die direkte und indirekte Steuer. Die direkte wird beim Steuerpflichtigen durchgeführt, und durch Ländersteuer, Gemeindesteuer und Lohn- und Einkommensteuer besteuert. Wichtig erscheint mir vor allem auf die Tatsache hinzuweisen, dass „das Aufkommen der Landessteuern und Länderanteil am Aufkommen der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer den einzelnen insoweit zu stehen, als die Steuern von den Finanzbehörden in ihrem Gebiet vereinnahmt werden (örtliches Aufkommen)“<sup>69</sup>.

Die indirekte Steuer, wird beim Verkaufen an den Verkäufern durch einen Preiszuschlag bezahlt. Sie wird "heimliche Steuer" genannt; da die Ursache als auch die Höhe der Besteuerung unbekannt sind. Sie wird durch Gemeinschafts- und Bundessteuer besteuert.

---

<sup>67</sup> Hans Bertran, Raj Kollmorgen, Die Transformation Ostdeutschlands Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Leske + Budrich, Olpaden, 2001, S.38.

<sup>68</sup> Bernd, Crone/ Reiner, Kühn, Wirtschaft heute, Verlag Handwerk und Technik G.m.b.H, Hamburg, 2005, S.281.

<sup>69</sup> Übersetzung und Édition Khalil Abu Ayyasch, u.a , Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland , Friedrich – Ebert- Stiftung , Berlin, Juli 2002, Artikel107.

inhaltung des Bundes und der Länder spielte die Bundesbank eine bedeutende Rolle; „Die Maßnahmen der Bundesbank wirken sich auf die umlaufende Geldmenge aus, entweder direkt oder indirekt...Eine Erhöhung der Geldmenge ... fördert das Wirtschaftswachstum“<sup>70</sup>.

Der "Personen-und Know-how-Transfer" hat auch eine zentrale Bedeutung. Hierbei geht es insbesondere um den Einsatz der westdeutschen Fachleute in Ostdeutschland. „Insgesamt waren zwischen 1990 und 1994 schätzungsweise rund 35.000 Bedienstete des Bundes, der westdeutschen Länder und Kommunen für kürzere oder längere Dauer in Ostdeutschland in Verwaltungspositionen tätig.“<sup>71</sup>

---

<sup>70</sup> Christen Mohr u.a Wirtschaftswissenschaften Teil I Volkswirtschaft – Agrarpolitik Marktlehre Umweltschutz, Agrarrecht- Buchführungssteuer und Sozial-Hauswirtschaft, BLV Verlagsgesellschaft G.m.b.H, München, 1990,S.48.

<sup>71</sup>Hans Bertran, Raj Kollmorgen, Die Transformation Ostdeutschlands Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Leske + Budrich, Olpaden, 2001, S.38.

...ung haben sich finanziellen Möglichkeiten von  
... als selbstverantwortete Politik zu gestalten, um  
beispielweise eine verbesserte Infrastruktur, die Förderung von [Landwirtschaft]-  
und Industrieansiedlungen [...] zu setzen»<sup>72</sup>.

### 3.2.1.1 Aufbau einer modernen Infrastruktur

Im Mittelpunkt der Modernisierung der Infrastruktur stand die *Verkehrsinfrastruktur*.

Das am 03. Mai 1990 geschaffene Lückenschlussprogramm wird als erstes Programm betrachtet. Es förderte den Wiederaufbau unterbrochener Verkehrswege. „Unmittelbar nach Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9. November 1989 wurden Sofortmaßnahmen eingeleitet. Es sollte im grenznahen Bereich, die vielen vorher unterbrochenen Verkehrsverbindungen wiederhergestellt werden. Schon im Januar 1990 wurde eine Kommission "Verkehrswege" gebildet“<sup>73</sup>.

Im Rahmen der Verbesserung der Verkehrsverbindungen zwischen den alten und den neuen Bundesländern wurden im **April 1991**, 17 "*Verkehrsprojekte deutsche Einheit*" (**VED**) von der Bundesregierung beschlossen. Aus diesen Projekten betrafen **9** die Schienen, **7** die Fernstraßen, und **1** die Wasserstraßen.

Der gesamtdeutsche Bundesverkehrswegplan von 1992 war das erste Investitionsprogramm auf der Basis der Investitionen. Dieses Investitionsprogramm bildete mehr als ein Drittel dieser Investitionen. Es hatte insbesondere mit der Neustrukturierung der Schienenwege, der Bundesfernstraßen und der Bundeswasserstraßen zu tun.

Im Rahmen der Schienenprojekte bzw. wegen des Neubaus des Schienennetzes, „waren einige Projekte Ende 1998 beendet. Damit können nun auch auf zahlreichen

---

<sup>72</sup>Hans Bertran, Raj Kollmorgen, Die Transformation Ostdeutschlands Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den Bundesländern, Leske + Budrich, Olpaden, 2001, S.102, zitiert nach Thomas Kreuder, „Gestörtes Gleichgewicht. Die Gefährdungen der politischen Autonomie von Ländern und Gemeinden durch Kostenverlagerungen, ins: Aus Politik und Zeitgeschichte B24/97, Seite 34.

<sup>73</sup>Karl Eckart, Deutschland, Klett -Pethes Verlag GmbH, Stuttgart, 2001, S.161.

Fernstraßenprojekte umfassten den Neubau der  
waren sie noch nicht fertig. Auf dem Gebiet

"Wasserstraße" hat es Verbesserungen gegeben.

Ein zweiter Bundesverkehrswegeplan wurde im Jahre 2003 gegründet. Dadurch wurde angestrebt, eine leistungsfähige Infrastruktur zu schaffen.

Um die Investitionen rechtlich zu machen, wurde das  
"Verkehrsplanungsbeschleunigungsgesetz" (VPBG) am **19. Dezember 1991** verabschiedet und bis Ende **2005** hinausgeschoben. Von **1991** bis **2004** erhielten die neuen Bundesländer insgesamt über **60** Mrd. DM

Im Jahre **2002** hat das *Job-AQTIV-Gesetz* in der *279 SGB-III die Beschäftigung schaffende Infrastrukturförderung (BSI)* festgemacht. „Durch BSI können zusätzliche Infrastrukturvorhaben der öffentlichen Hand aus Mitteln der Arbeitsverwaltung gefördert werden. Voraussetzung hierfür ist, dass sich das ausführende Bauunternehmen verpflichtet,...eine vereinbarte Zahl von Arbeitsplätzen durch Arbeitssuchende zu besetzen, die von der örtlichen Arbeitsagentur benannt wurde.“<sup>75</sup>

*Das 2005 verabschiedete BSI-Pilotprojekt* beschäftigt sich mit dem Straßenbau in den neuen Bundesländern. Seine Aufgabe besteht darin, die Straßen-Bauprojekte zu kontrollieren

Mit dem Aufbau neuer Wohnungsmärkte beschäftigt sich die Wohnungs- und Städtebaupolitik. Durch *das Fördergesetz von 1993* wurden die Investitionen herausgefördert. Aber die große Konzentration hat zum Überangebot an Wohnungen geführt.

Durch das 2001 entstandene Programm "Stadtumbau Ost" wurden die nicht mehr benötigten Wohnungen umgebaut und die Innenstädte attraktiv gemacht.

---

<sup>74</sup> Ebenda, S.162.

<sup>75</sup> Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Jahresbericht der Bundesregierung Zum Stand der Deutschen Einheit 2005, September 2005. [www.bmvbs.de/Anlage/original\\_973717/Jahresbericht-2005-zum-Stand-der-Deutschen-Einheit.pdf](http://www.bmvbs.de/Anlage/original_973717/Jahresbericht-2005-zum-Stand-der-Deutschen-Einheit.pdf)

## Kapitalstocks

and der *Aufbau eines modernen Kapitalstocks* im Zentrum. Er war für die Restrukturierung bzw. für die Modernisierung beider Wirtschaftssektoren (Die Industrie und die Landwirtschaft).

Die Industrie hat in den neuen Bundesländern das gesamtdeutsche Wachstum beeinflusst, deswegen musste ihre Struktur natürlich nach westlichen Maßstäben transformiert werden.

Wichtig erscheint mir vor allem die Tatsache, dass „während in der Bundesrepublik Deutschland soziale Marktwirtschaft und Integration in den Weltmarkt die Rahmenbedingungen bestimmt haben, war die Branchen- und Standortstruktur der Industrie der DDR theoretischer Leitsätze sozialistischer Wirtschaft über eine eigene Schwerindustrie und metallurgische Basis ...verfügen“<sup>76</sup>. Man hat einen großen Wert auf die Schwerindustrie gelegt, da sie die Grundlage ist.

Im Rahmen der *ostdeutschen Industriemodernisierung* kommt dem Rohstoffausbau eine große Bedeutung zu. Deshalb wurde mehr als die Hälfte der Fläche für moderne Firmen und Produktionsstätte für Vorprodukte besetzt.

1993 wurde in *Gülzwo/Mecklenburg-Vorpommern* die *Fachagentur nachwachsender Rohstoffe (FNR)* gegründet. Sie hat mit der Entwicklung nachwachsender Rohstoffe zu tun. Die Entwicklung von neuen Produkten dieser nachwachsenden Rohstoffe war die Aufgabe der *"Frauenhofgesellschaft für angewandte Polymerforschung in Goln"* (Brandenburg).

Zur Entwicklung der energischen Nutzung wurden besondere Anlagen eingesetzt. Dabei hat ein großer Teil nachwachsender Rohstoffen eine bedeutende Rolle gespielt.

---

<sup>76</sup> Karl Eckart, Deutschland, Klett -Pethes Verlag GmbH, Stuttgart, 2001, S.116.



Braunkohlevorkommen sind die Rohstoffe- und  
esrepublik Deutschland uninteressant. Man sucht  
nach anderen bzw. nach umweltfreundlichen Energie-  
quellen, „aber Wind oder  
Solarenergie z.B sind noch weit davon entfernt, eine realistische alternative zu  
bieten“<sup>77</sup>.

Es muss hingewiesen werden, dass aus der Restrukturierung der ostdeutschen  
Industrie bzw. aus der Schaffung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen in den  
neuen Bundesländern ein "Wettbewerbschock" d.h die ostdeutsche Industrie war  
nicht wettbewerbsfähig insbesondere auf die westlichen Exportmärkte resultiert.  
Deswegen hat die deutsche Wirtschaftspolitik (die Förderpolitik) verschiedene  
Förderprogramme eingerichtet, dessen Schwerpunkt "Forschung in Unternehmen "  
zu fördern war;

- Die Aufgabe des Programms "*Förderung von Forschung und Entwicklung  
bei Wachstumsträgern in benachteiligten Regionen*" (**INNO**) besteht darin,  
kleine, mittlere Unternehmen (**KMU**) und externe  
Industrieforschungseinrichtungen zu fördern und zu unterstützen.
- Durch die Förderung "*Stärkung des verarbeitenden Gewerbes und  
Produktions naher Dienstleistung*" und mit dem *Netzwerkprogramm* wurde  
angestrebt, bestehende Wachstumskerne zu unterstützen und bessere  
Voraussetzungen zu schaffen.
- Mit Untersuchung bestehender industrieller Schwerpunkte befasst sich das  
*Institut der deutschen Wirtschaft (IW)*. Durch das "*Institut für Wirtschafts-  
Forschung Halle*" (**IWH**) können günstige Rahmenbedingungen für ein  
wirksames Wachstum geschaffen werden.

---

<sup>77</sup> Michèle von Bardeleben Alexander Kostka, das moderne Deutschland, Ellipses Éditions Marketing  
.S.A Paris, 2002, S.188.

„Förderung von Schwerpunkten und Clustern“ zielt man auf, „Förderinstrumente noch zielgenauer einzusetzen und ihnen Wirkungsradius für Wachstum und Beschäftigungen zu erhöhen...Cluster-, Förderung im Sinne der Stärkung vorhandener wirtschaftlicher Kompetenzen, schließt alle Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Standortbedingungen ein.“<sup>78</sup>

- Zugunsten der Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen und den Einrichtungen wurde "das GA-Förderangebot" am **01.Januar 2005** fortgeführt: „Die GA-Förderung für Kooperationsnetzwerke und Clustermanagement beträgt in einer Anlaufphase von 3 Jahren insgesamt bis zu 300.000 Euro je nach Vorhaben. Größere Projekte können mit bis 500.000 Euro gefördert werden.“<sup>79</sup>
- Um die innovative Forschung weiter zu entwickeln, wurde "das Programm zur Förderung innovativer Forschungsstrukturen" in den neuen Ländern und in Berlin durchgeführt. Dessen Schwerpunkt liegt auf der Stärkung der Konkurrenz zwischen den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

„Die agrarstrukturelle Gegensätze [in den beiden Staaten], wie sie bis Ende 1989 bestanden, blieben auch nach der Einführung der Wirtschafts-Währung und Sozialunion ... und der deutschen Vereinigung...bestehen“<sup>80</sup>. Deswegen hat man entschieden, die ostdeutsche Landwirtschaft an die westdeutsche anzupassen. Dafür wurde das Landwirtschaftsanpassungsgesetz entwickelt und durchgeführt. Dadurch wurde das Privateigentum wiederhergestellt und LPG neustrukturiert.

---

<sup>78</sup> Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Jahresbericht der Bundesregierung Zum Stand der Deutschen Einheit 2005, September 2005.  
[www.bmvbs.de/Anlage/original\\_973717/Jahresbericht-2005-zum-Stand-der-Deutschen-Einheit.pdf](http://www.bmvbs.de/Anlage/original_973717/Jahresbericht-2005-zum-Stand-der-Deutschen-Einheit.pdf)

<sup>79</sup> Ebenda, S.37.

<sup>80</sup> Karl Eckart, Deutschland, Klett -Pethes Verlag GmbH, Stuttgart, 2001, S.198.

des Privateigentums in der DDR durch das Landwirtschaftsanpassungsgesetz wurde es jedem Landwirt freigestellt, ob und wie er zukünftig Landwirtschaft betreiben will<sup>81</sup>. Andererseits muss darauf hingewiesen werden, dass das Extensivierungsprogramm, die Bodenutzungsstruktur zu verändern zum Ziel hat.

Um eine finanzielle Unterstützung der DDR zu verfügen und im Bereich *der neuen Förderung der Entwicklung ländlicher Räume* wurden unterschiedliche Gemeinschaftsaufgaben in den neuen Ländern durchgeführt.

Daraus ist "*die Gemeinschaftsaufgabe der Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes*" (**GAK**) zu nennen. Sie befasst sich mit der Förderung land- und fortwirtschaftlicher Betriebe in den neuen Ländern, als auch in den anderen Regionen Deutschlands. Von **1990** bis **2004** wurden von insgesamt **24.5** Mrd. Euro **9.1** Mrd. Euro aus der (**GAK**) für Bundes- und Landesmitteln eingesetzt. (40% für die Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Strukturen, und 30% für die Verbesserung der Produktionsbedingungen).

"*Die (GAK) Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur*" ist auch eine Gemeinschaftsaufgabe. Ihre Aufgabe besteht darin, die gewerblichen Investitionen zu unterstützen, um wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Im Rahmen der überbetrieblichen Förderung der (**GAK**) wurden ländliche Entwicklungskonzepte in die neuen Länder eingeführt.

Durch das Förderkonzept "*integrierte ländliche Entwicklung*" wurden **32** Regionalprojekte gefördert.

Im Rahmen der europäischen Strukturförderung wurden im Jahre **2004** europäische Mittel aus dem europäischen Auswirkungs- und Garantiefonds (**EAGEL**) ergänzend zu den nationalen Mitteln der (**GAK**) mit rund. **470** Mio. Euro verfügt.

---

<sup>81</sup>Ebenda, S.208.

Förderung der Maßnahmen, welche die regionale

Dazu wurden rund. **170-Mio-Euro** in der (**EAGEL**) investiert, um die ländliche Entwicklung zu garantieren. „Für Gemeinschaftsinitiativen wurde ein Finanzvolumen von **10,4** Milliarden Euro vorgesehen. Unter diesen ist der Leader mit einem Finanzvolumen von **4,9** Milliarden Euro speziell auf die Entwicklung ländlicher Räume ausgerichtet“<sup>82</sup>.

Für die Finanzierung von bereits entstandenen Projekten standen im Jahre **2005** in den neuen Ländern und in Berlin Barmitteln mit einem Fördervolumen von rd. **608** Mio. Euro zu Verfügung. Um die Investitionsförderung zu verstärken, konnten Mittel aus dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung (**EFRE**) eingesetzt werden.

---

<sup>82</sup> Werner Weidenfeld , Europa Handbuch Band I Die europische Union – politisches System und Politikbereiche , Verlag Bertelsmann Stiftung, Berlin , 2004, S.215.

Gemäß dem 1967 verabschiedeten Stabilitätsgesetz (**stabg**), das die Stabilität des wirtschaftlichen Wachstums fördert. „[haben, d.Verf] Bund und Länder bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu [beachten, d.Verf]. Die Maßnahmen sind zu treffen, [da, d.Verf] sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und [zu einem, d.Verf] außenwirtschaftlichen Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen“<sup>83</sup>.

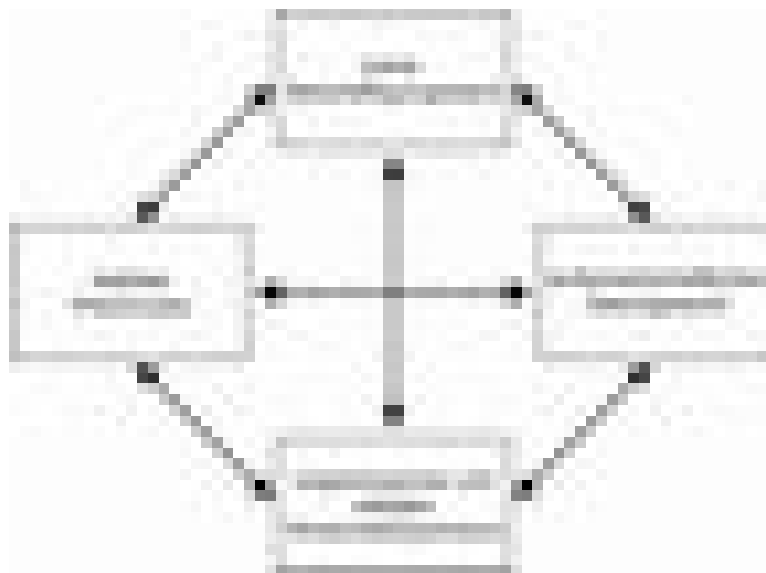


Abbildung:<sup>84</sup>

Diese Zielkombination repräsentiert das "**Magische Viereck**". Die Magie dieses Zielsystems besteht darin, dass alle vier Ziele gleichzeitig erreicht und magische Kräfte geschaffen werden sollen.

<sup>83</sup> Bernd, Crone/ Reiner, Kühn, Wirtschaft heute, Verlag Handwerk und Technik G.m.b.H. Hamburg, 2005, S.266.

<sup>84</sup> <http://www.blick.it/angebote/modellmathe/ma3150.htm>

'durchschnittliche Höhe der Güterpreise" zum

Ausdruck. Die durchschnittliche Stabilität der Güterpreise setzt die Steigerung einzelner Güterpreise, wenn wiederum andere fallen voraus, sodass die Preise stabil bleiben. Das Gleichgewicht der Geld- und Gütermenge wird durch die Geldwertstabilität erreicht, in dem es die Steigerung des Preisniveaus kommt.

D.h. wenn die Geldmenge größer als die Gütermenge ist, wird dies "Inflation" genannt. Hierbei sind zwei Inflationsraten zu unterscheiden; „*offene Inflation*“ und „*verdeckte Inflation*“. „Die offene Inflation ist für jedermann durch den Preisanstieg erkennbar. Bei der verdeckten Inflation ist äußerlich keine Preissteigerung zu erkennen“<sup>85</sup>.

Wenn die Geldmenge jedoch kleiner als die Gütermenge ist, dann wird dies Deflation genannt. Auch sie hat zwei Formen (offene und verdeckte Deflation). Dabei dürfte nicht vergessen werden, dass die Mehrwertsteuerung zum Preisanstieg bzw. zum Anstieg der Inflationsrate führt, die als Maßstab der Preisniveaustabilität betrachtet wird.

Allerdings muss man hinweisen, dass solange die ausländischen Preise gefährliche Einflüsse darauf haben, könne die absolute Preisniveaustabilität nicht erreicht werden.

### **3.3.2 Ziel: Vollbeschäftigung**

Unter Vollbeschäftigung versteht man, dass alle Menschen nach Möglichkeiten bzw. alle arbeitsfähigen, arbeitswilligen, (abgesehen von Kindern, alten Menschen, und Schwerbehinderten), und freiwilligen (z.B. Studenten, Schüler und Hausfrauen...) Personen Arbeit haben sollen. „Als Maßstäbe für das Erreichen dieses Ziels [Vollbeschäftigung] zieht man sowohl die Arbeitslosenquote als auch das Verhältnis von offenen Stellen zur Zahl der Arbeitslosen heran“<sup>86</sup>. Die

---

<sup>85</sup> Christen Mohr u.a. Wirtschaftslehre Teil I Volkswirtschaft – Agrarpolitik Marktlehre Umweltschutz, Agrarrecht- Buchführungssteuer und Sozial-Hauswirtschaft, BLV Verlagsgesellschaft G.m.b.H, München, 1990, S.44.

<sup>86</sup> Ebenda, S.44.

gung bzw. nullprozentige Arbeitslosigkeit ist  
versucht man sie so klein wie möglich zu halten.

### **3.3.3 Ziel: außenwirtschaftliches Gleichgewicht**

Der Maßstab des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ist die „Leistungsbilanz“. Handelsbilanz, Dienstleistungsbilanz, Übertragungsbilanz, Kapitalbilanz, und Devisenbilanz sind auch Teilbilanzen.

In der „Leistungsbilanz“ sind die drei ersten erwähnten Teile zusammengefasst. Sie befassen sich insbesondere mit der Entwicklung des Güter-Imports und Exports. Import-Exportüberschuss wäre unverwünschbar, aber das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wäre ja angestrebt.

### **3.3.4 Ziel: stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum**

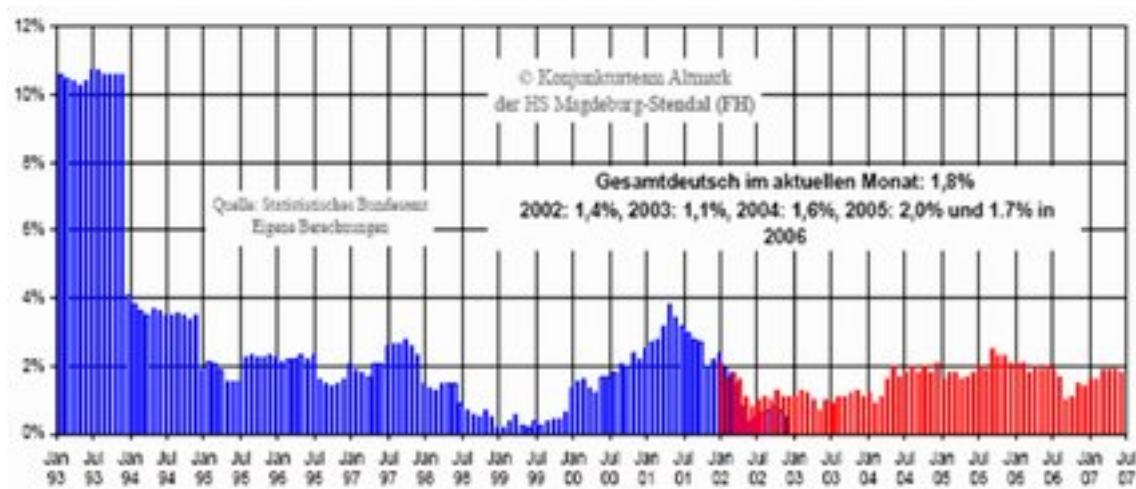
Dabei versteht man, die wirtschaftliche Entwicklung, die regelmäßig und entsprechend sein sollte. Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gegenüber dem Vorjahr ist der Maßstab des Wirtschaftswachstums, bzw. je mehr das Bruttonationaleinkommen zunimmt, desto höher wächst die Wirtschaft.

Die wirtschaftlichen Veränderungen werden Konjunkturschwankungen bzw. Konjunkturzyklen genannt. Hierbei sind 4 förmigen Bewegungen zu unterscheiden („Konjunkturaufschwung“ Expansion, Konjunkturtief (Depression), Hochkonjunktur“ (Boom) und „Konjunkturabschwung“ (Rezession).

Das Auf und Ab der Konjunktur wäre unerwünschbar, aber das stetige und angemessene Wirtschaftswachstum wäre angestrebt.

## Ergebnisse im wiedervereinigten Deutschland

Die **Abbildung (1)** veranschaulicht die Inflationsrate, vom Januar 1993 bis Januar 2007. In dieser Hinsicht möchte ich darauf hinweisen, dass die Werte „von 1993 bis 2002“ die neuen Bundesländer betreffen, und die gesamtdeutschen Werte ab Januar 2003 beginnen.



**Abb. 1:** die Inflationsrate<sup>87</sup> (vom Januar 1993 bis Januar 2007)

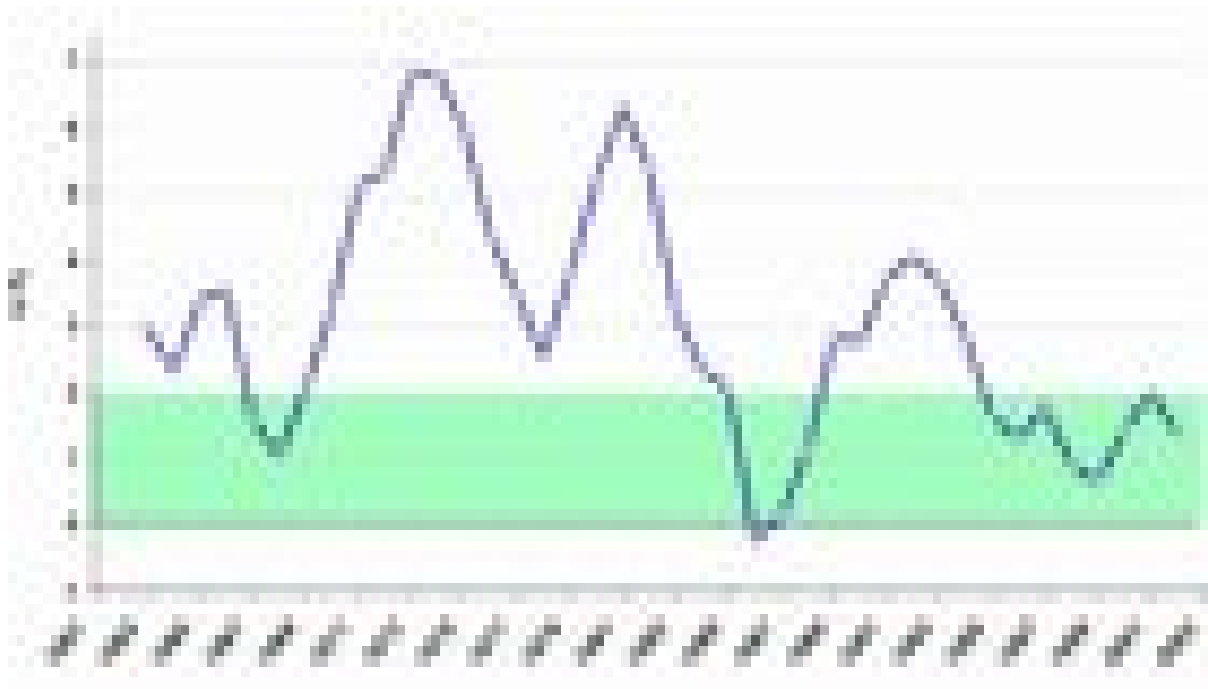
- Die neuen Bundesländer
- Die neuen Bundesländer

Wenn man die Abb.1 näher betrachtet, wird ersichtlich, dass die niedrigste Inflationsrate im Januar 2003 (1.1%), demgemäß die höhere im Januar 2005 (2.0%) registriert wurde. Dies zeigt, dass sie mit der Zeit zunimmt (2003: 1.1%, 2004:1.6%, 2005:2.0%).

<sup>87</sup> <http://www.stendal.hs-magdeburg.de/project/konjunktur/ber0307.pdf>



repräsentiert die langfristige Entwicklung der

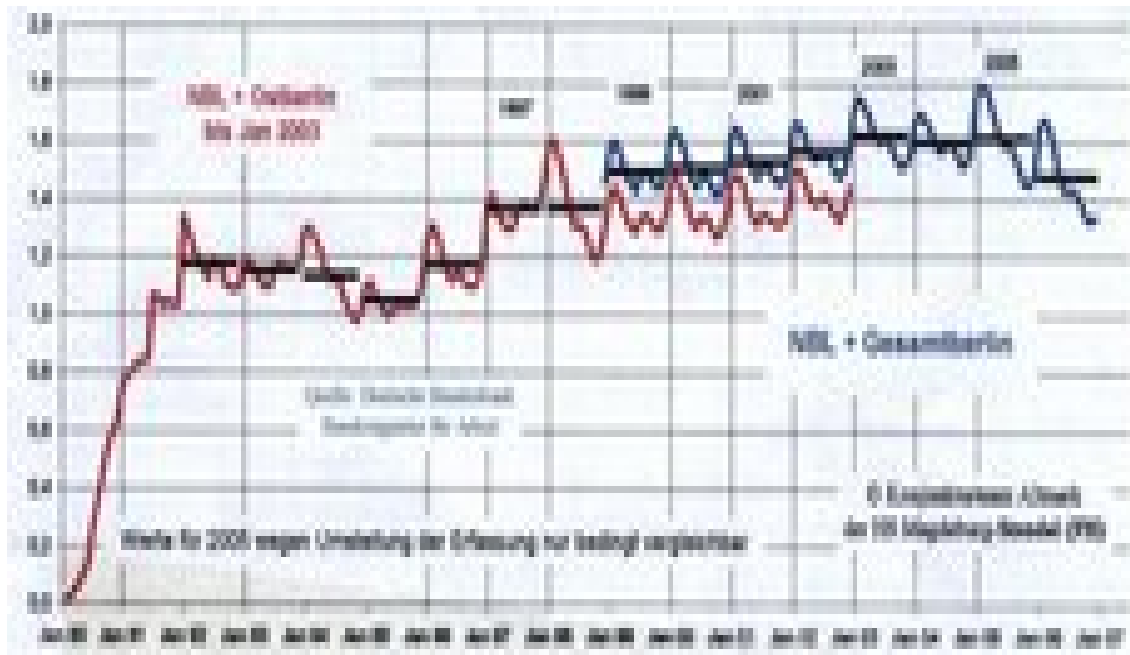


**Abb.2** : Die langfristige Entwicklung der Inflationsrate<sup>88</sup>(von 1961 bis 2003).

Diese Abbildung zeigt auf, dass eine ausreichende Entwicklung in den Jahren 1993-1994 im Vergleich zu den 80<sup>er</sup> Jahren registriert wird. Ab 1999 sinkt sie wieder; (die niedrigste wird im 2000 eingetragen).

<sup>88</sup> [http : // www.makro.de/index.htm](http://www.makro.de/index.htm).

ert die Zahl der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern", von Januar 1990 bis 2003 und "NBL + Gesamtberlin" von Januar 1992 bis Januar 2007.



**Abb.3:** Die Zahl der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern<sup>89</sup> (von 1990 bis 2007)

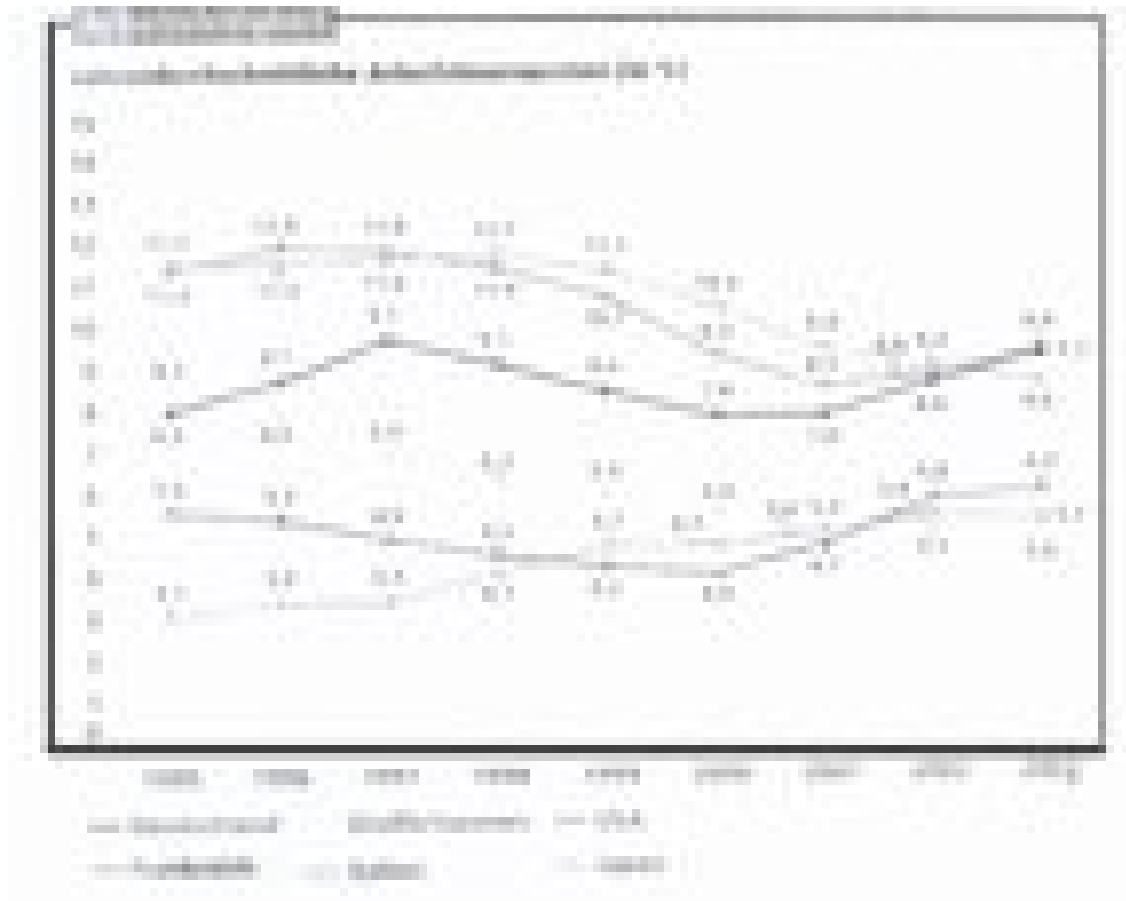
- Die neuen Bundesländer + Ostberlin
- Die neuen Bundesländer + Gesamtberlin

Es ist zu bemerken, dass in den ersten Jahren (1990/91/92) die Arbeitslosenquote schnell zunimmt, und in den Jahren 1993/94 abnimmt. 1997 erreicht sie ihren Höhepunkt, so jedoch schnell wieder sinkt. Von 1999 bis 2005 kommt es zu Schwankungen.

<sup>89</sup> <http://www.blick.it/angebote/modellmathe/ma3150.htm>

[Click Here to upgrade to Unlimited Pages and Expanded Features](#)

ig (4) zeigt die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote in Deutschland, Großbritannien, USA, Frankreich, Italien, und Japan von 1995 bis 2003.



**Abb.4:** Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote in Deutschland, Großbritannien, USA, Frankreich, Italien, und Japan <sup>90</sup>(von 1995 bis 2003).

Durch einen Vergleich wird es erkennbar, dass die Arbeitslosigkeit im Jahre 1998 sinkt (insbesondere in Deutschland und Frankreich), die auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit "unter dem Druck der Protestanten" förderten. „In 1998 vom Bundeskanzler Gerhard Schröder ins Leben gerufenen Forum [“ das Bündnis für Arbeit“, d.Verf] aus Vertretern der Regierung, der Arbeitgeber und der

<sup>90</sup> Hans Boldt, u.a, Schülerduden Politik und Gesellschaft, Bibliographisches Institut & F.A.Brockhaus AG, Mannheim, 2005, S.29.

f], sollte nach gemeinsamen Wegen aus der  
emerken ist, dass sie in den Jahren 2002/2003  
wiederum steigt. Deshalb hat die deutsche Regierung eine neue Reform (Agenda  
2010) durchgeführt.

"Das 2003 verabschiedete Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt  
(sog. „Hartz IV-Gesetz“) " und "das 2004 verabschiedete kommunale Optionsgesetz  
" werden als wichtigste Sozial- und Arbeitsmarktreformen der letzten Jahrzehnte  
bezeichnet. Dadurch und im Rahmen der neuen Grundsicherung wurde sowohl den  
Arbeitslosen, als auch den Erwerbsfähigen und Arbeitssuchenden geholfen. Der  
Grundsatz bzw. die Losung war "fördern und fördern" d.h. in erster Linie sollten  
besonders die Gebiete der neuen Länder unterstützt werden.

Davon haben 19 Kommunen in Ostdeutschland profitiert, dabei darf nicht vergessen  
werden, dass die Leistungen dieser neuen Grundsicherung weiter entwickelt  
wurden.

Die nachhaltige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat für die Bundesregierung die  
oberste Priorität, deshalb wurde die Chance auf eine qualifizierte berufliche  
Ausbildung jedem eröffnet. Ergänzend zum Sofortprogramm und zum Abbau der  
Jugendarbeitslosigkeit, das der Jugendlichen zusätzlichen Chancen ermöglichen  
sollte, wurde das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium "*Ausbildung,  
Qualifizierung und Beschäftigung Jugendlicher*" erschaffen. Damit beschäftigt sich  
das *Job-AQTIV-Gesetz*.

Aus den erforderlichen Ausbildungsprogrammen sind zu erwähnen; Bund-Länder-  
Ausbildungsplatzprogramm Ost, nationaler Pakt für Ausbildung und  
Fachkräftenachwuchs (2004), Ausbildungsoffensive (2005).

Da die Jugendarbeitslosigkeit zunahm, wurden Jum- und Jum plus Programme  
eingeführt.

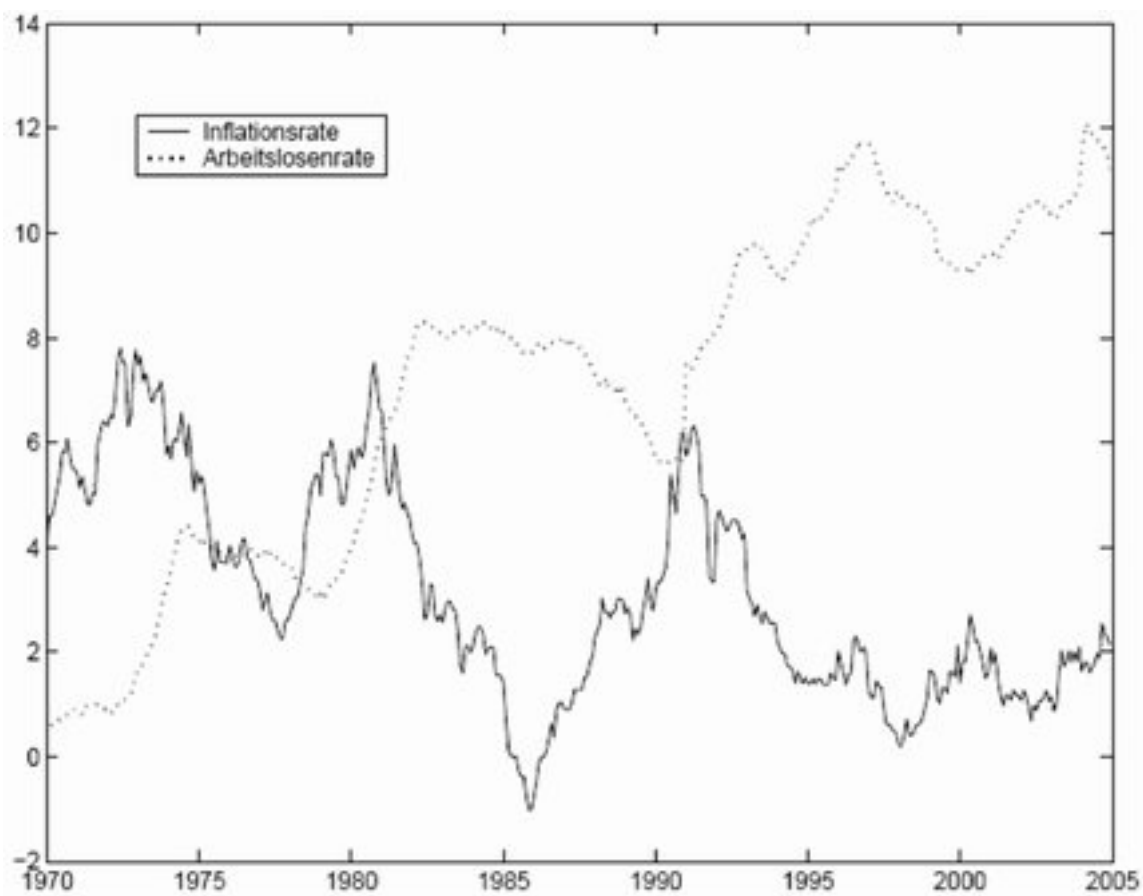
---

<sup>91</sup> Ebenda, S.29.

nhilfe wurden ab **2005** die Arbeitssuchenden *geld I/II* unterstützt. „Die monatliche Pauschale

Regelleistung (345€ in Westdeutschland, 331 € in Ostdeutschland) [war, d.Verf] mit Auflagen für das Bezugsberechtigten verbunden (Bedürftigkeitsprüfung)<sup>92</sup>.

In der folgenden **Abbildung (5)** wird auf die Entwicklung der Arbeitslosen-Inflationsrate in Deutschland von 1970 bis 2007 eingegangen.



**Abb.5:** Die Entwicklung der Arbeitslosen-Inflationsrate in Deutschland<sup>93</sup> (von 1970 bis 2005)

Vergleichend sieht man, dass je tiefer die Inflationsrate sinkt, desto höher die Arbeitslosigkeitsrate steigt. Deutlich wird dies in den 90<sup>er</sup> Jahren.

<sup>92</sup>Ebenda, S.27.

<sup>93</sup> [www.Stat-econ.uni-kiel.de/Inflationsprognose.pdf](http://www.Stat-econ.uni-kiel.de/Inflationsprognose.pdf).

Click Here to upgrade to Unlimited Pages and Expanded Features

den Außenhandel mit den EU-Ländern im Jahre „Deutschlands[damals, d.Verf] Exportüberschuss allein auf rund 53 Mrd. Euro belief.“<sup>94</sup>

Tab. 8: Außenhandel 2000

Land	Erlöse aus Lieferungen		Ausgaben für Dienstleistungen		Saldo		Anteil an Inlands- produkt
	in Mrd. Euro	in Mrd. Euro	in Mrd. Euro	in Mrd. Euro	in Mrd. Euro	in Mrd. Euro	
	1000	1000	1000	1000	1000	1000	
Belgien - Luxemburg	190 313	11 862	262 432	18 866	+ 127 113	+ 1 187	70,1
Dänemark	47 486	8 881	12 788	10 000	+ 34 698	+ 1 142	88,7
Deutschland	841 284	8 224	948 088	8 884	+ 893 474	+ 8 888	82,8
Frankreich	361 132	8 882	48 878	8 871	+ 312 254	+ 2 418	87,3
Finnland	22 882	1 484	24 277	8 888	+ 1 111	+ 1 111	88,8
Grüchland	28 882	2 158	11 882	1 881	+ 17 882	+ 1 878	82,3
Irland	12 882	1 882	18 882	21 882	+ 12 882	+ 8 882	88,8
Italien	148 882	4 881	188 882	4 882	+ 144 882	+ 88	84,8
Niederlande	212 882	12 882	21 18 882	18 788	+ 191 882	+ 2 777	81,3
Österreich	78 882	8 282	21 282	8 271	+ 57 611	+ 888	88,8
Portugal	48 882	4 282	21 282	2 278	+ 27 604	+ 1 888	78,8
Schweden	78 882	8 882	88 882	18 882	+ 100 882	+ 1 882	88,1
Spanien	181 882	2 882	1 14 882	2 882	+ 166 882	+ 888	82,8
Europäische Gemeinschaft	2 248 882	8 282	2 248 882	8 282	+ 888 882	+ 88	88,8
<b>Rest der Welt</b>	<b>1 882 882</b>	<b>8 282</b>	<b>1 882 882</b>	<b>8 882</b>	<b>+ 888 882</b>	<b>+ 888</b>	<b>88,8</b>
<b>Rest der Welt</b>							
Argentinien	8 882	888	1 182	888	+ 7 694	+ 2 111	88,8
Brasilien	8 882	4 888	4 282	2 188	+ 4 600	+ 1 887	88,8
China	4 882	1 882	2 182	1 881	+ 2 700	+ 888	87,3
Indien	8 882	1 882	2 182	884	+ 6 700	+ 888	87,3
Japan	4 882	12 282	2 282	8 882	+ 2 600	+ 8 282	88,8
Polen	87 882	1 882	20 882	881	+ 66 882	+ 888	87,1
Russland	12 882	878	1 182	882	+ 11 600	+ 88	82,8
Südkorea	12 882	2 182	1 182	8 282	+ 11 600	+ 1 282	88,8
Südafrika	12 882	8 882	8 882	4 782	+ 4 100	+ 788	87,3
<b>Rest der Welt</b>	<b>28 882</b>	<b>2 448</b>	<b>20 882</b>	<b>2 882</b>	<b>+ 7 900</b>	<b>+ 2 177</b>	<b>88,8</b>
Türkei	87 882	888	28 882	888	+ 59 000	+ 888	82,8
USA	27 882	2 282	28 282	2 881	+ 1 600	+ 788	78,8
Ungarn	4 882	8 282	1 282	1 282	+ 3 600	+ 4 888	88,1

Abb.6: Der Außenhandel mit den EU-Ländern im Jahre 2000<sup>95</sup>

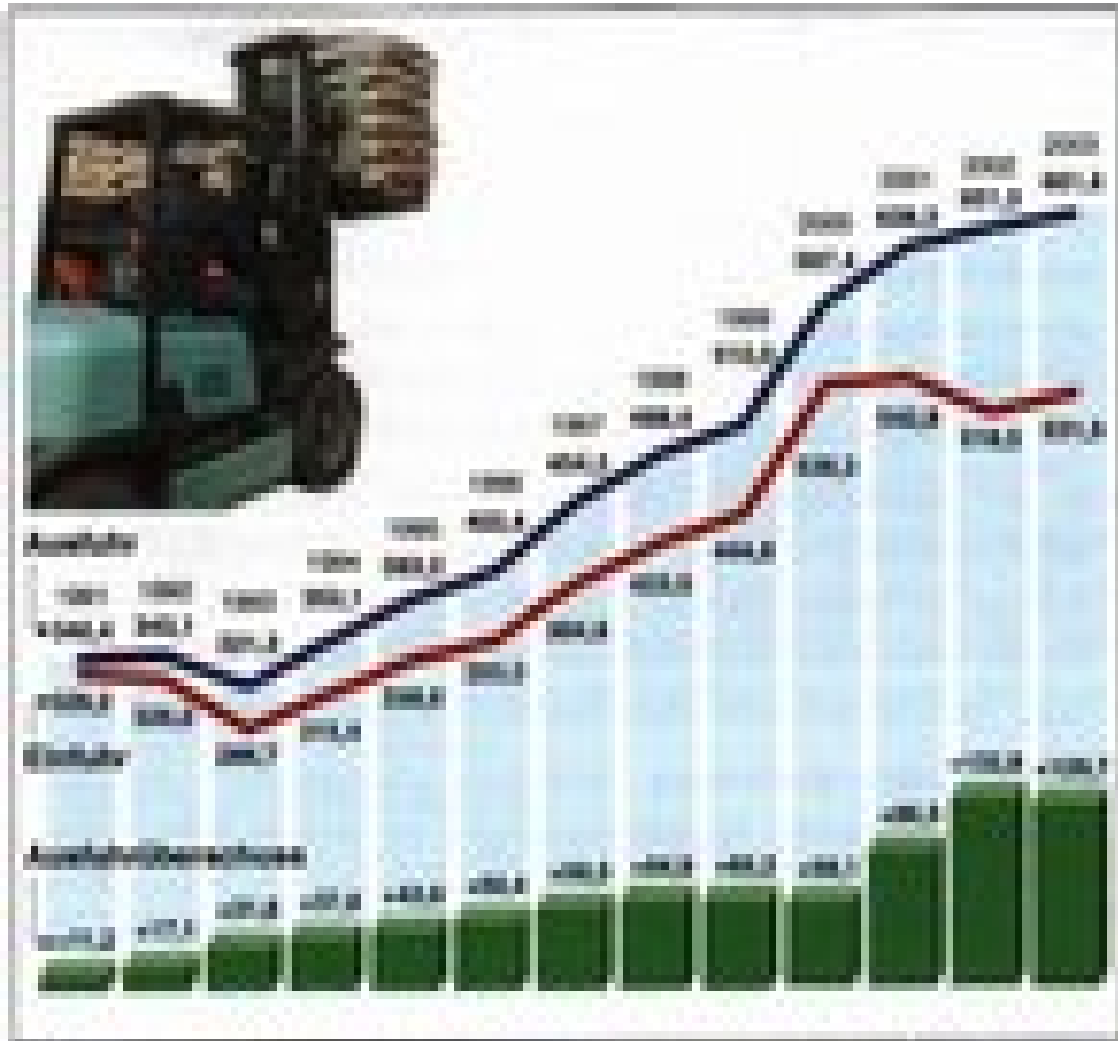
<sup>94</sup> Statistisches Bundesamt, Daten Report Zahlen 9 Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe Olzog Verlag, München, 2002, S.418.

<sup>95</sup> Ebenda, S.418.

Click Here to upgrade to Unlimited Pages and Expanded Features

...che die Außenhandels- Erfolge von 1991-2003 werden, dass die BRD einen Ausfuhrüberschuss erlebt hatte. Dies lässt die Behauptung zu, dass „bei einem Exportüberschuss zu viel Geld ins Inland [kommt, d.Verf], die Nachfrage wirksame Geldmenge könnten aufgebläht werden und zur Inflationsgefahr[führt, d.Verf].“<sup>96</sup>

Abb.7: die Außenhandels- Erfolge <sup>97</sup> (von 1991-2003)



<sup>96</sup> Bernd, Crone/Reiner , Kühn, Wirtschaft heute, Verlag Handwerk und Technik G.m.b.H. Hamburg, 2005, S.269.

<sup>97</sup> Ebenda, 269.

anschaulicht den Handelsüberschuss Deutschlands



**Abb.8:** Der Handelsüberschuss Deutschlands<sup>98</sup> (1995-2005)

Diese steigenden Ergebnisse deuten daraufhin, dass Deutschland einen Handelsüberschuss erlebt. „Handelsüberschuss bedeutet, dass der Wert des Ausführens den Wert des Einführens übersteigt. Ein positiver Saldo erfreut die Länder, denn ein Exportüberschuss führt zu zusätzlichen Einnahmen in die Wirtschaft des Inlandes“.<sup>99</sup>

In diesen Rahmen muss darauf hingewiesen werden, dass „schon »die alte« Bundesrepublik Deutschland in sehr hohem Maße in die Region West-Europa integriert und mit dem höchsten Integrationsgrad und dem stärksten Gewicht [war, d.Verf]“<sup>100</sup>. Hierbei geht es um die gesamteuropäische Integration. Es ist bemerkenswert, dass osteuropäische und mitteleuropäische Staaten die wichtigsten dynamischen Handelspartner geworden sind. Darin sind die westdeutschen Exporte an der Spitze gestanden.

<sup>98</sup> Lothar Wildmann, Wirtschaftspolitik der Module der Volkswirtschaft Band III, Oldenburg Wissenschaftsverlag G.m.b.H, München,2007, S.96.

<sup>99</sup> Ebenda, S.96.

<sup>100</sup> Werner Weidenfeld, Europa- Handbuch Band II Die Staatenwelt Europas, Verlag Bertelsmann Stiftung,Berlin,2004, S.26.



Gleichgewicht zu realisieren, wurden

griert. „Seit der Ost-Erweiterung der EU im Mai

2004 ist neben dem Handel mit den alten EU-Staaten ein starker Aufschwung des Handelsvolumens mit den osteuropäischen EU-Mitgliedern [zu bemerken, d.Verf].<sup>101</sup>

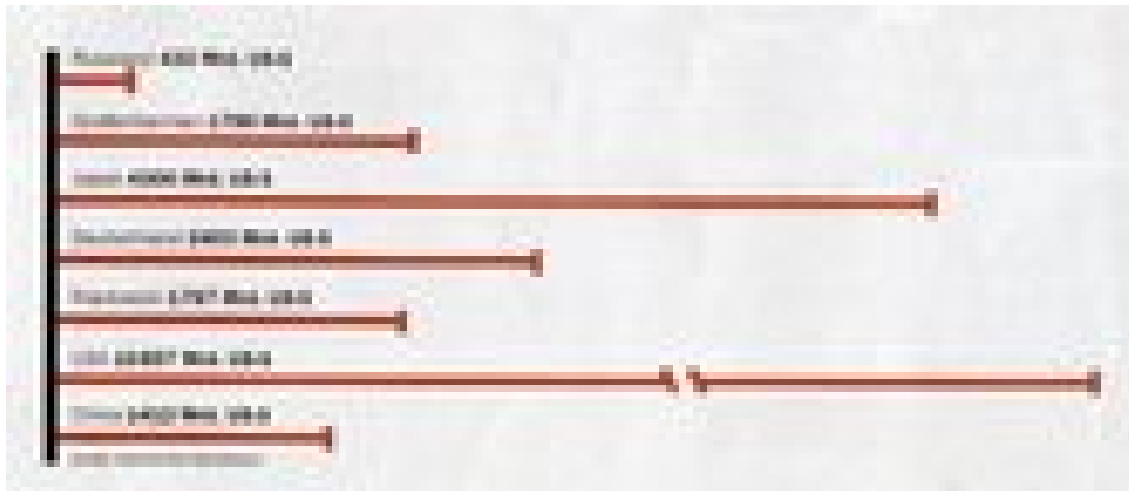
Deutschland als kräftige integrierte Macht hat unter der Führung des Bundeskanzler Schröders die Leitung der sogenannten "Macht Europas, Europe puissance " gegenüber den USA. „ Da die (DM) gegenüber dem Dollar unfähig wäre" ist [sie] durch die Vergemeinschaftung beseitigt worden, aber diese Vergemeinschaftung folgt in Struktur und Inhalt dem deutschen Modell ... so entsteht zwar kein deutsches Europa, aber doch, wie Daniel Vernet trefflich geschrieben hat, ein Europa »à l'allemande « zumindest im währungspolitischen Wertsystem.<sup>102</sup>

---

<sup>101</sup> Janet Schayan , Sabine Giehle, Tatsachen über Deutschland , Sociäts-Verlag Frankenallee 71-8160327 Frankfurt am Main Deutschland , 1.Dezember 2005, S.104.

<sup>102</sup> Werner Weidenfeld, Europa- Handbuch Band II Die Staatenwelt Europas, Verlag Bertelsmann Stiftung ,Berlin, 2004, S.24.

wird die Entwicklung des deutschen Außenhandels 1990, 2000, 2005 gezeigt.



**Abb.9:** Die Entwicklung des deutschen Außenhandels <sup>103</sup>(in den Jahren 1960, 1970, 1980, 1990, 2000, 2005)

Auf der Abbildung lässt sich entnehmen, dass der Export als auch der Import zunehmen, und trotzdem es ein Handelsüberschuss gibt.

Die nachstehende **Abbildung (10)** <sup>104</sup> zeigt, dass „beim Export Deutschland die Weltrangliste[anführt, d.Verf], gefolgt von der USA und Japan. Auf Platz vier liegt China vor Frankreich, Großbritannien und Russland“<sup>105</sup>.

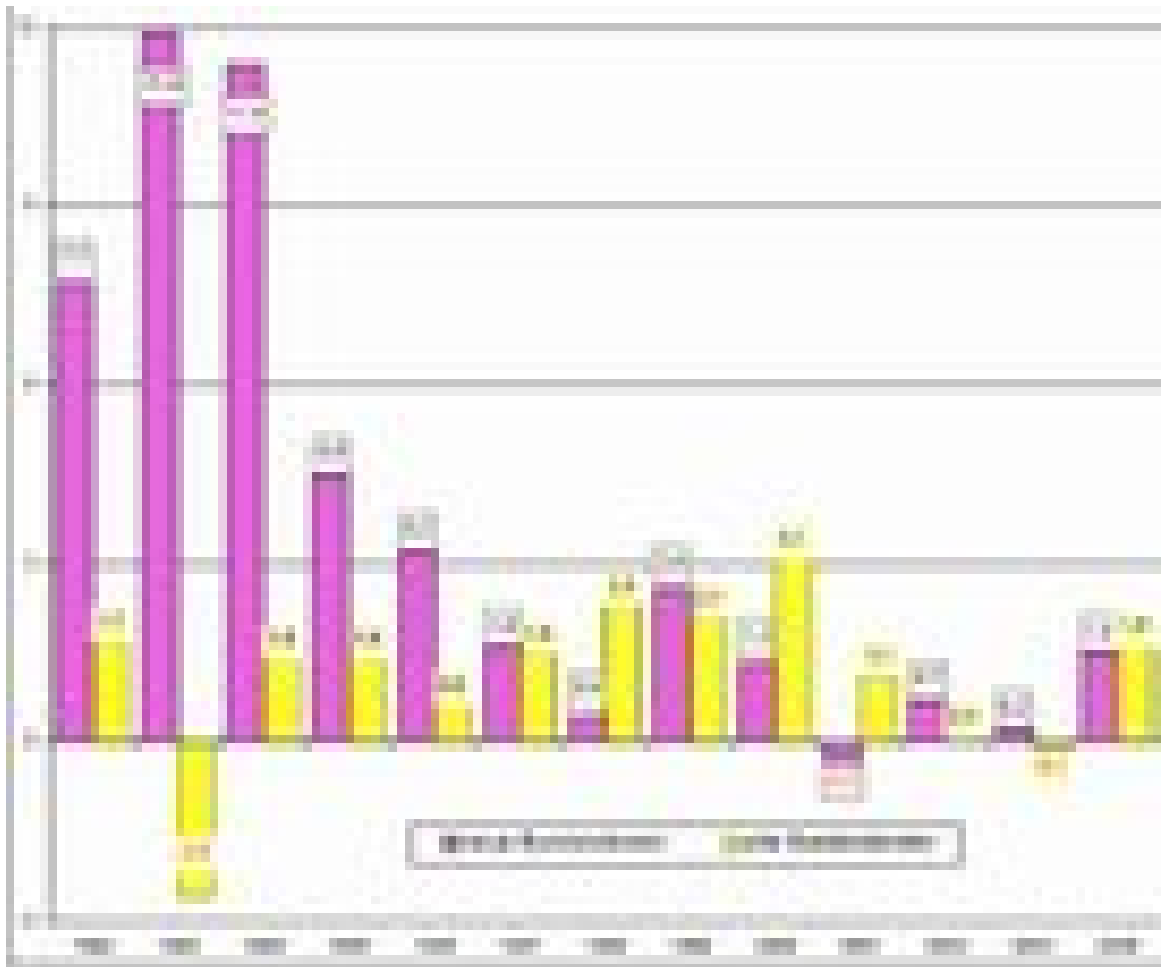


<sup>103</sup> Forum für Politik, Kultur, und Wissenschaft Deutschland, 15 Jahre Deutsche Einheit, D Nr.4/2005 August / September, S.52.

<sup>104</sup> Ebenda, S.53.

<sup>105</sup> Ebenda, S.53.

Die reale Wachstumsrate des BIP (in den alten und neuen Ländern) ist die reale Wachstumsrate des BIP (in den alten und neuen Ländern). In der Betrachtung der Abb. 10 fällt auf, dass die niedrigste registrierte Quote (2.6% in 1993) in den alten Ländern, und die höchste in den neuen Ländern (11.9%) sind. Es ist zu bemerken, dass die reale Wachstumsrate des BIP in den Jahren 2001, 2002, 2003 im Vergleich zu den ihnen vorausgegangen Jahren sinken. Im Jahre 2004 steigen sie wieder.



**Abb. 11:** Die reale Wachstumsrate des BIP <sup>106</sup>(in den alten und neuen Ländern) gegenüber dem Vorjahr von 1992 bis 2004.

<sup>106</sup>Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Jahresbericht der Bundesregierung Zum Stand der Deutschen Einheit 2005, September 2005.  
[www.bmvbs.de/Anlage/original\\_973717/Jahresbericht-2005-zum-Stand-der-Deutschen-Einheit.pdf](http://www.bmvbs.de/Anlage/original_973717/Jahresbericht-2005-zum-Stand-der-Deutschen-Einheit.pdf)

) werden die reale und nominale Wachstumsrate 4 bis 2004 gezeigt. „Um eine falsche Beurteilung auszuschließen, muss das nominale BIP um die Preissteigerungsrate korrigiert werden, dadurch enthält man das reale BIP<sup>107</sup>.



**Abb.12:** Die reale und nominale Wachstumsrate des BIP in Deutschland <sup>108</sup> (von 1994 bis 2004)

Die Abb. 11 stellt die reale Wachstumsrate des BIP Konjunkturschwankungen dar. (Boom: in 2000; 3.2%, Depression: in 2003; 0% demgegenüber Expansion in 2004; 1.6%, Rezession: in 1994: 2.7% und 1.9% in 1995). Außerdem wird das stetige und angemessene Wirtschaftswachstum in den Jahren 1997-1998 hergestellt.

<sup>107</sup> Bernd, Crone/ Reiner, Kühn, Wirtschaft heute, Verlag Handwerk und Technik G.m.b.H, Hamburg, 2005, S.254.

<sup>108</sup> Ebenda, S.254.

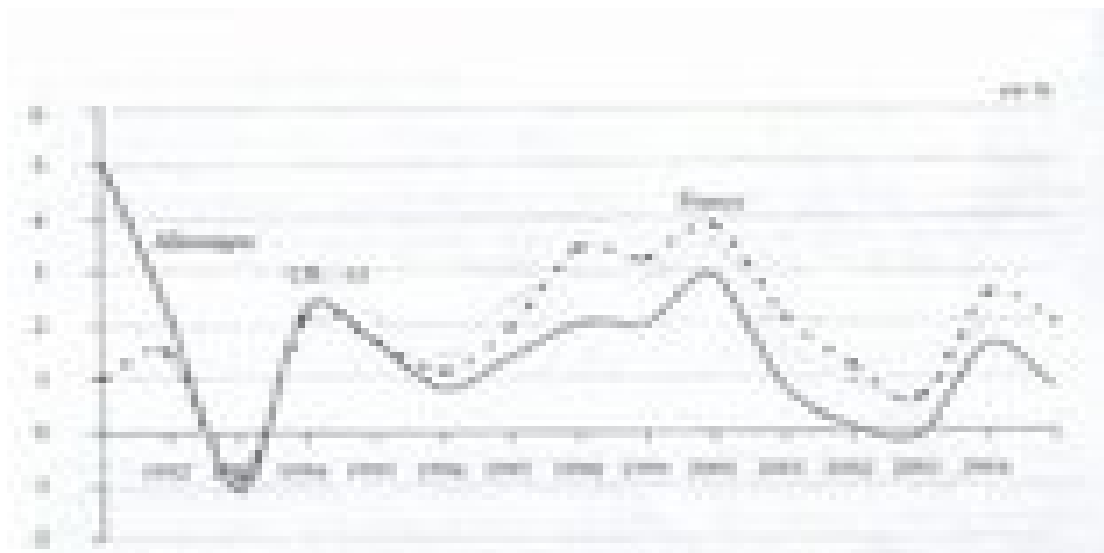
) wird das deutsche Bruttoinlandsprodukt 2002, internationalen Wirtschaftsleistungen gezeigt.

Aus der Abb.12 lässt sich entnehmen, dass Deutschland in der Weltwirtschaft an dritte Stelle, nach der USA und Japan steht.



**Abb.13:** Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (2002), Preise (1995), internationale Wirtschaftsleistungen im Vergleich<sup>109</sup>

In der **Abbildung (14)** wird auf die BIP-Wirtschaftswachstumsrate in der BRD, Frankreich und in der EU eingegangen.



**Abb.14:** die BIP-Wirtschaftswachstumsrate in der BRD, Frankreich und in der EU<sup>110</sup>.

<sup>109</sup>Klaus Lantermann, Tatsachen über Deutschland, GGP Media GmbH, Pörsneck, Germany, 2003, S.245.

<sup>110</sup> Adel Hege u.a, Regards sur l'Allemagne unifié, la documentation française, Paris, 2006, S.13.

Click Here to upgrade to Unlimited Pages and Expanded Features

er betrachtet, wird ersichtlich, dass es in den spezifisches Wachstum gibt. Ab 1997 eine Zunahme im Jahre 2000 gibt, die an der Spitze steht. Weiterhin sinkt sie in den Jahren 2001,2002,2003 und nimmt noch einmal im Jahre 2004 zu.

In der **Abbildung (15)** wird auf das Bruttoinlandsprodukt von 1991 bis 2005 eingegangen.

Wenn man die Abbildung 6 näher betrachtet, wird ersichtlich, dass „in konstanten Preisen des Jahres gerechnet [wurde, d.Verf] die Produktivität 2001 rund 15 % höher als 1991. Sie wuchs in diesem Zeitraum jährlich im Durchschnitt[um, d.Verf]1,4%.<sup>111</sup>

Tab. 1: Bruttoinlandsprodukt

Jahr	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991	
	Mill. EUR	in Ökoinheiten im Brutto (Produktionsleistung)	Mill. EUR	in Ökoinheiten im Brutto (Produktionsleistung)
1991	1.700,3	28.700	1.700,3	44.500
1992	1.810,7	32.400	1.810,7	46.200
1993	1.854,9	34.000	1.854,9	46.300
1994	1.920,5	34.700	1.920,7	47.900
1995	1.971,3	35.200	1.971,3	48.200
1996	1.993,7	35.200	1.993,7	48.700
1997	1.971,8	35.200	1.971,8	49.000
1998	1.929,4	31.900	1.929,4	49.000
1999	1.974,3	31.900	1.974,3	50.000
2000	2.024,8	32.000	1.998,8	50.000
2001	2.080,7	32.000	1.998,8	51.100

**Abb.15:** Das Bruttoinlandsprodukt (von 1991 bis 2001)<sup>112</sup>

<sup>111</sup> Statistisches Bundesamt, Daten Report Zahlen 9 Fakten über die Bundesrepublik Deutschland , Ausgabe Olzog Verlag , München 2002 , S.244.

<sup>112</sup> Ebenda, S.244.

ung (16) repräsentiert die gesamtwirtschaftliche

Land	Bruttoinlandsprodukt in Mrd. Euro		
	in absolutem Betrag	in Billionen	Anteil gesamt EU 2007
	2007	2007	%
Belgien	273,6	273.600	+ 2,7
Dänemark	183,5	183.500	+ 1,7
Deutschland	1.982,4	1.982.400	+ 18,0
Frankreich	1.121,4	1.121.400	+ 10,2
Frankreich	1.344,9	1.344.900	+ 12,3
Großbritannien	1.181,8	1.181.800	+ 10,8
Irland	87,7	87.700	+ 0,8
Italien	1.099,9	1.099.900	+ 10,1
Luxemburg	58,1	58.100	+ 0,5
Niederlande	468,8	468.800	+ 4,3
Österreich	347,1	347.100	+ 3,2
Portugal	168,3	168.300	+ 1,5
Schweden	200,8	200.800	+ 1,8
Spanien	343,1	343.100	+ 3,1
Wirtschaftsunion	1.181,8	1.181.800	+ 10,8

Abb.16: Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des BIP in der EU<sup>113</sup>.

Aus dieser Abbildung geht hervor, dass „allein Deutschland mit 1982 Mrd. von insgesamt 7931.69 [trug, d.Verf]. Euro rund 28.0%, gefolgt von Frankreich mit 1344 Mrd. Euro 16.9%“<sup>114</sup> an erster Stelle steht.

In diesen Rahmen muss man auf den Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt hinweisen.

Die Automobilindustrie, der Maschinenbau, die chemische Industrie, und die Elektroindustrie sind die vier Säulen bzw. die Schlüsselbranchen der deutschen Wirtschaft. Sie werden auch als wichtiger Maßstab für das Wachstum bezeichnet.

Die Automobilindustrie ist die erste wichtige Schlüsselbranche. Zu der gesamtdeutschen Industrieproduktion trägt sie 12% bei. Sie beschäftigt ungefähr 240 000 Personen.

<sup>113</sup>Ebenda, S.414

<sup>114</sup> Ebenda , S.414.

, dass die Rationalisierung (Globalisierung) zum

Ich schließe mich der Meinung von Wilhelm Brüggermann, dass,, da der Roboter nicht krank wird und immer mit gleicher Intensität arbeitet, zur Produktionssteigerung bei trägt .Er hat aber auch erhebliche Konsequenzen auf die Struktur des Arbeitsmarktes hat, da z.B einerseits viele traditionelle Arbeitsplätze wegrationalisiert werden<sup>115</sup>. Dagegen wurden neue Änderungen durchgeführt (z.B neue Arbeitsorganisationen ...usw.). Dadurch erkannte Deutschland die zweite Revolution der Automobilindustrie an.

Die zweite Säule ist der Maschinenbau. Er hatte eine besondere wichtige Stelle beim Weltexport (20 %). Zu ihm gehörten 29 Fachzweige.

Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass die deutschen Unternehmen mit der Technologie und mit den Hochlöhnen gekennzeichnet waren ,, ...[jedoch sind, d.Verf]die Technologie und die Qualität die entscheidenden Kriterien .Daher hat sich der deutsche Maschinenbau in solchen Marktsegmenten entwickeln können in denen der Kostendruck geringer ist.<sup>116</sup>.Im Rahmen der Dienstleistungen (z.B Schulung ...) besaß der Maschinenbau etwa 15 Prozent.

Die chemische Industrie ist die dritte Säule .Weltlich besitzt sie immer die ersten Positionen. Darauf hat die Globalisierung auch einen besonderen Einfluss. ,, Neue Wettbewerbe sind erstarkt im Pazifikraum und neuerdings auch in Osteuropa und vor allem in den Ölförderländern (Saudi Arabien, Mexiko).<sup>117</sup>

Die vierte Säule ist die Elektroindustrie .Darin sind die Dienstleistungen ( insbesondere der Handel) als wichtiger Sektor gekennzeichnet.,, Die deutsche Elektroindustrie hat in den letzten Jahren ihre Exporte erheblich steigern können. Seit dem Beginn der 1990er Jahre haben sich vor allem die Exporte nach Mittel-

---

<sup>115</sup> Christiane u.a ,Wirtschaft auf Deutsch Handbuch für den Unterricht, Ernst Klett International G.m.b.H, Stuttgart,1992, S.121.

<sup>116</sup>Karl Eckart, Deutschland, Klett -Pethes Verlag GmbH, Stuttgart, 2001, S.128.

<sup>117</sup> Ebenda, S.130.



Ölindustrie spielt eine wichtige Rolle bei der  
beobachten ist, dass sowohl spezifisch qualifizierte  
Arbeitskräfte, als auch der Standort ausgewählt werden müssen.

Der Anteil der gesamtdeutschen Landwirtschaft des Bruttoinlandsproduktes hat  
auch eine zentrale Bedeutung.

Zuerst muss darauf hingewiesen werden, dass,, bei den agrar-und  
ernährungspolitischen Zielen es in beiden deutschen Staaten große Unterschiede  
[gab, d. Verf], aber auch Gemeinsamkeiten, so in Bezug auf die  
Ernährungssicherung, die Produktivitätssteigerung, die Agrarpolitik oder auch die  
Sicherung der sozialen Lage der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft  
Deutschlands“.<sup>119</sup>

Im Rahmen der Land-und Forstwirtschaft war die Mikrobiologin Dr. Kornelia  
Smalla der Meinung, dass die Wiedervereinigung den Weg für die DDR sich in die  
"Biologische / Bundesanstalt für Land-und Forstwirtschaft (BBA) einzugliedern,  
gebahnt hatte. Dadurch hatte sie die Möglichkeit, mit neuen Methoden zu arbeiten  
und internationale Kontakte zu knüpfen.

„ Auch wissenschaftliche Kontakte in andere Ostblockländer waren aber eher die  
Ausnahme. Das heißt aber nicht, dass in der DDR zweitklassige Wissenschaft  
betrieben wurde.“Von unserer Qualität herbrauchten wir uns nicht zu verstecken“  
sagt sie[Dr. Jutta Rogasik]. Unsere Expertise[ist, d.Verf] im neuen Institut sehr  
Willkommen und hochgeschätzt.“<sup>120</sup>

Mit der deutschen Milchwirtschaft und mit der Milcherzeugung stand Deutschland  
an der Spitze. Es ist der größte Exporteur von Milchprodukten( Käse, Butter,  
Joghurtprodukte) in der EU. Die meisten Milchprodukte werden insbesondere nach  
Italien exportiert. Die Milch wird als Wachstumsmotor betrachtet.

---

<sup>118</sup>Karl Eckart, Deutschland, Klett -Pethes Verlag GmbH, Stuttgart, 2001, S.133.

<sup>119</sup> Ebenda, S.197.

<sup>120</sup> [http://www.bmelv-forschung.de/fileadmin/sites/FR-Texte/2005/FR\\_0205a-45-49.pdf](http://www.bmelv-forschung.de/fileadmin/sites/FR-Texte/2005/FR_0205a-45-49.pdf)

s sich bei gut einem Viertel der EU-Rinder um  
lich um die Fleischwirtschaft. Mit dem Verlauf an

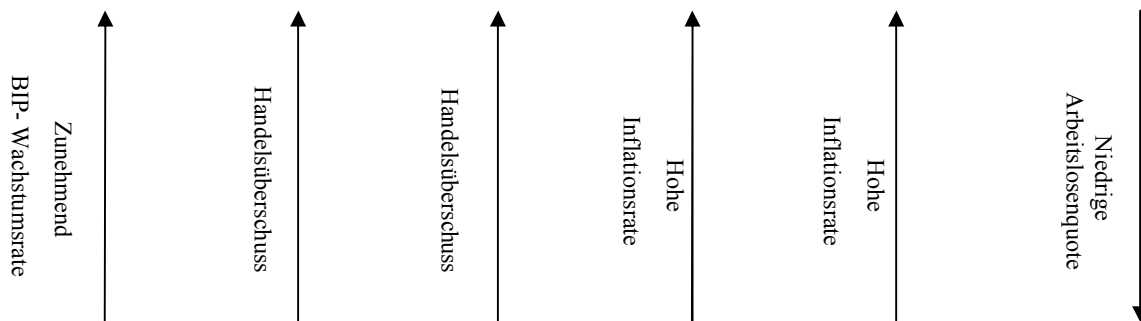
Rindfleisch hat Deutschland Bestanzahlen registriert.

Deutschland wird als wichtiger Schweineerzeuger der EU betrachtet. Im Jahre 2004 besaß die EU einem deutschen Anteil von 17 %. Sie belegte somit nach China, die zweite Position. „ Ab1.Januar 1993 [galten, d.Verf] im Rahmen der Agrarreform auch Neuregelungen im Rindfleischsektor...Für insgesamt 780.000 männliche Rinder [wurden neue Regelungen, d.Verf] festgelegt.“<sup>121</sup>

---

<sup>121</sup> Karl Eckart, Deutschland, Klett -Pethes Verlag GmbH, Stuttgart, 2001, S.210.

Zuerst muss darauf hingewiesen werden, dass die vier Ecken des “Magischen Vierecks” miteinander eng verbunden sind. Anhand der analysierten Ergebnisse konnte man feststellen, dass die Zunahme der BIP- Wachstumsrate einen Handelsüberschuß zur Folge hatte. Dies führte zur Steigerung der Inflationsrate, je höher die Inflationsraten steigen, desto niedriger wurden die Arbeitslosenquoten.



Es darf nicht vergessen werden, dass die BRD kein stetiges angemessenes Wirtschaftswachstum, sondern einen Handelsüberschuss erreicht hat. Dies hat zur Inflationsgefahr geführt.

Bemerkenswert ist, dass die BRD von "1990 bis 2005" trotz aller Schwierigkeiten eine rasante wirtschaftliche Entwicklung erlebt hat.

## **Zusammenfassung**

Der Einfluss der deutschen Wiedervereinigung auf die deutsche Wirtschaft war Thema der vorgelegten Magisterarbeit. Aufgabe war es, die deutsche Wirtschaftspolitik nach der Wiedervereinigung zu untersuchen. Ich habe dabei folgende Hauptfrage zu beantworten:

***Inwiefern hat die deutsche Wiedervereinigung die deutsche Wirtschaft innerhalb 15 Jahre (von 1990 bis 2005) beeinflusst?***

Zur Beantwortung dieser Kernfrage wird von den folgenden Arbeitshypothesen ausgegangen,

***-Aus der Wiedervereinigung zweier Staaten, deren Wirtschaftssysteme total unterschiedlich sind, können sich negative Auswirkungen ergeben.***

***- Der unterentwickelte Staat kann auch das wirtschaftliche Wachstum behindern.***

***- Die deutsche Wirtschaftspolitik kann den Schwierigkeiten trotzen und die planenden Ziele erreichen.***

Um die Kernfrage zu beantworten und die Hypothesen zu bestätigen, habe ich meine Arbeit in drei Teile gegliedert.

Aus dem ersten theoretischen Teil ist hervorgegangen, dass da der Unterschied zwischen den beiden wirtschaftlichen Systemen sehr groß ist, eine Gleichgewichtsstörung entstanden ist. Deswegen sollte die Zentralverwaltungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft umstrukturiert werden. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass wenn beide Staaten (die BRD/die

system gehabt hätten, wären sie mit keinen  
rden.

Aus dem zweiten theoretisch analytischen Teil hat sich hervorgetan, daß sowohl die BRD als auch die DDR zunehmende Entwicklungen erreicht haben. Im Vergleich zur BRD wird die DDR als unentwickelter Staat betrachtet.

Am Ende meiner Überlegungen musste ich darauf hinweisen, dass eine besondere neue Wirtschaftspolitik erfunden werden musste, um die DDR zu modernisieren und das Gleichgewicht zu stabilisieren. „Das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten nach der politischen Wiedervereinigung erwies sich... weit schwieriger als erwartet ... Die alten Bundesländer müssen finanzielle Hilfe für die neuen Länder leisten“<sup>122</sup>

Dies habe ich versucht, im folgenden empirischen Teil zu zeigen. In diesem Zusammenhang habe ich mich auf das Trotzen bzw. auf die Lösungen entstandener wirtschaftlicher Probleme nach dem Beitritt der DDR in die BRD gestützt.

Es handelt sich nämlich um die Privatisierung bzw. um die Modernisierung wirtschaftlicher Bereiche. Daneben stehen auch die Planenden Ziele, die die vier Ecken des "Magische Viereck " repräsentieren.

Durch die Analyse wirtschaftlicher Ergebnisse –betreffend das "Magische Viereck"– habe ich mir zum Ziel gesetzt, inwiefern die vier Zwecke (die Preisnivaustabilität, die Vollbeschäftigung, das außenwirtschaftliche Gleichgewicht, und das stetige und angemessene Wirtschaftswachstum.) erreicht werden könnten, zu zeigen.

Aus der Analyse der Inflationsrate, der Arbeitslosenquote, des Bruttoinlandsproduktes und des Imports und Exports hat sich ergeben, dass die BRD kein außenwirtschaftliches Gleichgewicht, sondern einen Handelsüberschuss erlebt hat. Dies deutet daraufhin, dass die Wiedervereinigung den Weg für mehr und mehr Wachstum geebnet hat.

---

<sup>122</sup>El KORSO kamel, Mosaik Kultur und Landeskunde, Édition Dar el Gharb, Oran, 2003, S.175.

werden, dass aus folgender Untersuchung sich ergeben hat, dass der Einfluss der psychologischen Seite im vereinigten Deutschland auf das wirtschaftliche Wachstum untersucht werden könnte. „Übrigens hängt ja der Charakter einer Gesellschaft nicht nur von der Verteilung wirtschaftlicher und politischer Macht, ... Es gibt psychologische Momente, die mit ihm zusammen hängen und ebenso sehr wirken, wie sie bewirkt werden“<sup>123</sup>. Man spricht von der weiter existierenden Mauer in den Köpfen. Ich schließe mich der Meinung von Hans.B und Raj.K, [die besagt, d.Verf], dass „es beklagt [wird, d.Verf], dass erhebliche Unterschiede in der Mentalität, in den Lebensbedingungen und in der Zufriedenheit bestehen. Vielfach wird der Versuch nach einer Einheit geäußert und die Hoffnung, dass diese sich mit der Zeit entwickelten und wenigstens in der nächsten Generation- einstellen wird“<sup>124</sup>.

---

<sup>123</sup> Golo Mann , Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts ,S. Fischer Verlag GmbH , Frankfurt am Main, 1992 ,S.1029.

<sup>124</sup>Hans Bertran, Raj Kollmorgen, Die Transformation Ostdeutschlands Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Leske + Budrich, Olpaden, 2001, S.38.

[Click Here to upgrade to  
Unlimited Pages and Expanded Features](#)

- Auel, H. (2000). Regard sur l'Allemagne unifiée. Paris, la documentation Française.
- Alfred, G. (2004). Les pays de l'union européenne. Paris, la documentation Française.
- Alfred, G. (1985). L'Allemagne en occident la République fédérale 40 ans après. Munich, librairie AR thème Fayard.
- Alfred, B. Dietman, S. (April 1974). Die DDR stellt sich vor. Dresden, Verlag Zeit im Bild.
- Armand, C. (1999) . L'Allemagne de 1870 à nos jours. Paris. Armand Colin.
- Artur E, B. (1927). Zur Psychologie des Sozialismus. Köln ,Eugen Diedriches Verlag Düsseldorf.
- Bernard, C. & Reiner, K(2008).Wirtschaft heute. Hamburg ,Verlag Handwerk und Technik G.m.b.H.
- Egon, F. (1974). Zahlenspiegel Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik . Berlin ,gesamtdeutsches Institut für Aufgaben.
- Erich, Z. (1972). Deutschland in Geschichte und Gegenwart. München, Max Hueber Verlag.
- Gerhard, S. (1977) . Sozialistische Planwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Dresden, Verlag Zeit im Bild.
- Gesamtherstellung: Druckerei Neues Deutschland. (1988). 70 Jahre Kampf für Sozialismus und Frieden für das Wohl des Volkes .Berlin, Dietz –Verlag.
- Guillain, P. & Castellan, (G.1976). L'Allemagne la construction de deux états allemands 1948 -1973. Paris, Hatier.
- Hagen, S. (2002). Kleine Deutsche Geschichte. München, Verlag C.H.Beck OHG.
- Hanns Bahrmann, c. (1999). Chronik der Wende. Berlin, Links Verlag.
- Hans, B. (2005). Schülerduden Politik und Gesellschaft. Mannheim, bibliographisches Institut &F.A. Brockhaus AG.
- Hans, B. Raj, K.(2001). Die Transformation Ostdeutschlands Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern ,Olpaden ,Leske + Budrich.

der politischen Ideen von der Antike bis zur  
Verlag.

- Hermann, G. (1976). Gesellschaft und Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Fischer Taschenbuch.
- Helmut, H.& Gerd, R. (1976). Sozialistische Kulturevolution. Leipzig, Dietz Verlag.
- Jürgen, W. (2002). Kleine Geschichte Deutschlands seit 1945. München, Deutscher Taschenbuch Verlag G.M.B.H § Co, KG.
- Karl, E. (2001) Deutschland, Stuttgart, Klett -Pethes Verlag GmbH,.
- Kurt .S. § Wilhelm, B. (2004). Grundzüge des politischen Systems Deutschlands.Piper Verlag G.m.b.H.
- Kurt, W. (1971). Schriften zur sozialistischen Wirtschaftführung. Berlin, Dietz Verlag.
- Lothar, W. (2007).Wirtschaftspolitik Module der Volkswirtschaftslehre Band III. München, Oldenburg, Wissenschaftsverlag G.m.b.H.
- Manfred, M. (1999). Deutsche Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949-1999. München, Albrecht Knaus Verlag.
- Michèle, B. (2002). Das moderne Deutschland. Paris, Ellipses Edition Marketing .S.A.
- PANORAMA DDR. (1979). DDR Tatsachen über Deutschland BandI. Berlin, Sozietät –Verlag ,Frankfurt.
- Peter,G. (2000). Nach der Katastrophe Eine Geschichte des geteilten Deutschland. Berlin, SiedlerVerlag in der Verlags Gruppe Bertelsmann GmbH.
- Raland, S.(2001). Förderalismus in Deutschland. Olpaden ,Leske + Budrich.
- Rolf, B. (1981). Geschichte der DDR. Berlin, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften.
- Serge, cordelier Beatrice, D. (2001). L'état du monde annuaire économique géopolitique mondial. Paris, Éditions La Découverte § Syros.
- Statistisches Bundesrat, (2002). Daten. Report Zahlen 9 Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. München, BLV Verlagswirtschaft GmbH.
- Streisend, J. (1980).Deutsche Geschichte. Berlin, VEB Verlag.



epublik Deutschland Daten, Fakten, Analyse.

- Übersetzung und Édition Khalil Abu Ayyasch, u.a (2002). Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel107. Berlin, Friedrich – Ebert- Stiftung.
- Walter, G. (2004).Vorbereitung auf das Abitur Deutschland nach 1945. Stugttart, Mainz Verlag.
- Werner, W. § Karl, R. (1999). Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989- 1999, NewYork, Campus Verlag. Frankfurt am Main.
- Werner, W. (2004). Handbuch Band I Die europäische Union politisches System und Politikbereiche . Berlin, Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Werner Weidenfeld, Europa Handbuch Band I Die europische Union – politisches System und Politikbereiche. Berlin, Verlag Bertelsmann Stiftung.

## Die Wörterbücher

- Artur , W. Gerhard ,V.( 2000). Wirtschaftslexikon. München, R .Oldenburg. Verlag GmbH.- Gröske/Schneider.
- Karl, D . Friedrich, S. (2003). Wörterbuch der Wirtschaft. Stuttgart, Alfred Kröner Verlag.

## Die Internetseiten

- [http://www.bmelv-forschung.de/fileadmin/sites/FR-Texte/2005/FR\\_0205a-45-49.pdf](http://www.bmelv-forschung.de/fileadmin/sites/FR-Texte/2005/FR_0205a-45-49.pdf)
- de.Wikipedia.org
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Jahresbericht der Bundesregierung Zum Stand der Deutschen Einheit 2005, September 2005.Swww.bmvbs.de/Anlage/original- 973717/ Jahresbericht – 2005-zum- Stand- der –Deutschen- Einheit. Pdf.
- [www.Liberalismus-portal.de](http://www.Liberalismus-portal.de)
- [www.handelsakademie.at/material/vwl/Wirtschaftsodnungen.doc](http://www.handelsakademie.at/material/vwl/Wirtschaftsodnungen.doc)
- [www.gida.de/fdw/tesaufgaben/27-Soziale-Marktwirtschaft.htm](http://www.gida.de/fdw/tesaufgaben/27-Soziale-Marktwirtschaft.htm)
- <http://www.blikk.it/angebote/modellmathe/ma3150.htm>
- <http://www.makro.de/index.htmwww.Stat-econ-uni-kiel.de/Inflationssprognose.pdf>

## Anhang

Die **Abbildung 1** zeigt die Entwicklung der Inflationsrate von 1990 bis 2006. Siehe [www.Stat-econ-uni-kiel.de/Inflationsprognose.pdf](http://www.Stat-econ-uni-kiel.de/Inflationsprognose.pdf)



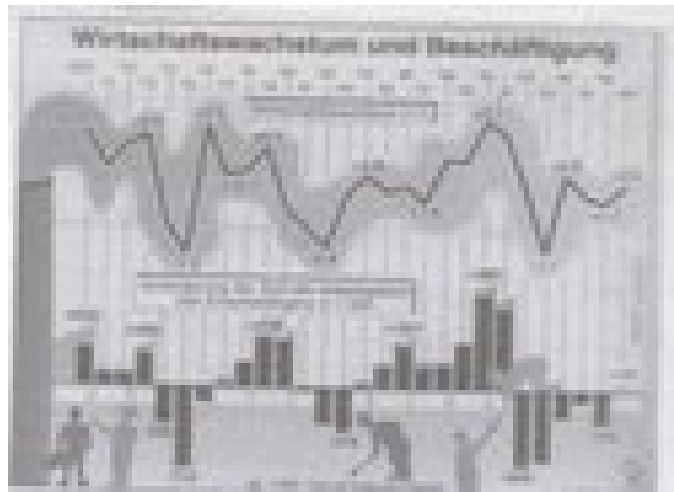
**Abb.1:** Die Entwicklung der Inflationsrate von 1990 bis 2006

Die **Abbildung 2** zeigt den Anstieg des realen BIP je Erwerbstätigen (Produktivität) gegenüber dem Vorjahr in Prozent. Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Jahresbericht der Bundesregierung Zum Stand der Deutschen Einheit 2005, September 2005. [www.bmvbs.de/Anlage/original-973717/Jahresbericht – 2005-zum- Stand- der –Deutschen- Einheit. pdf](http://www.bmvbs.de/Anlage/original-973717/Jahresbericht-2005-zum-Stand-der-Deutschen-Einheit.pdf)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
alte Länder	4,7	-1,4	2,8	1,2	2,7	1,4	0,7	0,7	1,4	0,7	1,4	0,7	0,4	0,5	1,2
neue Länder	10,8	14,4	9,8	1,8	3,6	2,8	0,1	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8

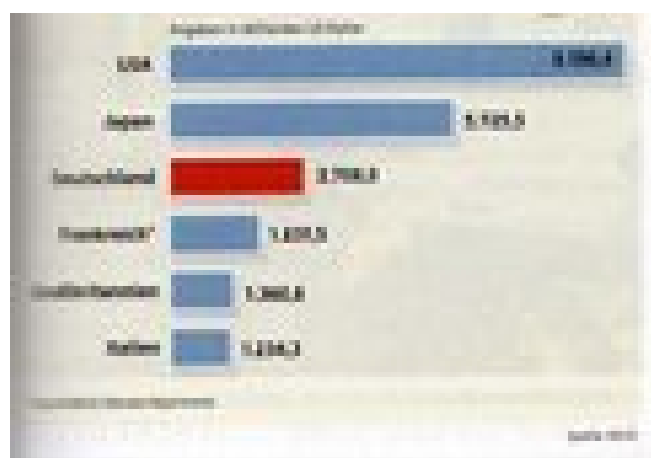
**Abb.2:** Der Anstieg des realen BIP je Erwerbstätigen (Produktivität) gegenüber dem Vorjahr in Prozent, in den alten und neuen Bundesländern

Die **Abbildung 3** zeigt das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung. Siehe Carl Deichmann, der Weg zur deutschen Einheit und das vereinte Deutschland, Stuttgart, 1998, S.108.



**Abb.3:** Das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung

In der **Abbildung 4** wird auf die Wirtschaftsleistungen im Vergleich. Siehe PANORAMA DDR. DDR Tatsachen über Deutschland, Societät –Verlag Frankfurt, Berlin, 2003,S.245.



**Abb.4:** Die Wirtschaftsleistungen im Vergleich, Angaben in Milliarden US-Dollar

Click Here to upgrade to Unlimited Pages and Expanded Features

und 6 veranschaulichen den deutschen Außenhandel (in Mio.DM) mit Gütern der Land- und Ernährungswirtschaft nach Ländergruppen .Siehe Karl Eckart, Deutschland, Klett -Pethes Verlag GmbH, Stuttgart, 2001, S.431.

Ländergruppe	1993	1994	1995	1996
	Umgang	Umgang	Umgang	Umgang
<b>Westeuropäische Länder</b>				
Belgien/Luxemburg	-1 278	-1 260	-1 260	-1 211
Dänemark	-2 293	-2 187	-2 227	-1 718
Frankreich	-1 124	-1 121	-1 120	-1 201
Spanien	-2 881	-2 888	-2 428	-2 188
Portugal	-2 819	-2 882	-2 812	-2 724
Italien	-1 847	-1 778	-1 848	-1 884
Grbritannien	-1 821	-1 882	-1 882	-1 821
<b>Südeuropäische Länder</b>				
Österreich	-1 281	-1 288	-1 222	-1 218
Portugal	-1 18	-1 18	-1 18	-1 18
Frankreich	-1 18	-1 18	-1 18	-1 18
Schweden	-1 18	-1 18	-1 18	-1 18
<b>Übrige Länder</b>				
USA	-1 18	-1 18	-1 18	-1 18
<b>Gesamt</b>	-18 222	-18 128	-17 288	-16 824

**Abb.5 / 6:** veranschaulichen den deutschen Außenhandel (in Mio.DM) mit Gütern der Land- und Ernährungswirtschaft nach Ländergruppen

[Click Here to upgrade to Unlimited Pages and Expanded Features](#)

	1/2007	1/2008	1/2007	1/2008
Investment	-25,000	-25,000	50,000	50,000
Interest (1%)	-25,000	-25,000	17,500	17,500
Dividends	-11,250	-11,250	11,250	11,250
Dividends (40%)	-4,500	-4,500	4,500	4,500
Dividends (60%) (40%)	-6,750	-6,750	6,750	6,750
LP/LLP	-11,250	-11,250	11,250	11,250
Private Management	11,250	11,250	56,250	56,250
Non-Management				
Management/Investment	-1,000	-1,000	1,000	1,000
LP/LLP	-1,000	-1,000	1,000	1,000
Non-Management	-1,000	-1,000	1,000	1,000
CP/CC	1,000	1,000	1,000	1,000

## «L'influence de la réunification allemande sur l'économie allemande de 1990 à

2005», c'était le thème de mon travail. Dans cette thèse, j'ai spécifiquement consacré à l'impact de la réunification allemande sur l'économie allemande en 15 ans. De travail était d'étudier la politique économique allemande après la réunification. L'adhésion d'un État à un autre n'est pas facile, surtout quand les inégalités sont dans ce cas aussi graves. Pour cette raison, je me suis essayé, face à la problématique du développement économique de l'Allemagne en termes d'inégalités. Mais je devais répondre à la question principale; Dans quelle mesure était l'économie allemande de 1990 à 2005 influencée par la réunification allemande?

Cette question clé a été examinée par l'hypothèse principale suivante :

L'économie allemande pourrait être développée par le défi des difficultés encourues et par la réalisation des objectifs planifiés.

L'ouvrage est divisé en trois parties: 1) dans une théorie-cadre, 2) dans une partie axée sur la théorie analytique 3) et dans une partie axée sur la pratique analytique.

Dans la première partie, «Sur la différence entre les deux économies et des systèmes économiques" sont deux économies »du capitalisme et socialisme», et deux systèmes économiques: l'économie planifiée et l'économie sociale de marché "est décrite et comparée. Sur cette base que les deux étaient présents simultanément en Allemagne. En résumé, les deux économies »du socialisme et du capitalisme» et les deux systèmes économiques: l'économie planifiée et l'économie sociale de marché "sont tout à fait différents, et il faut mettre en évidence, que chaque système économique ou chaque ordre économique spéciale peut parvenir toutes autres caractéristiques à un succès particulier dans un temps donné et à un certain endroit. Mais il faut souligner, que si les deux pays (la RDA, la RFA) le même système économique auraient, s'ils avaient été confrontés à aucune difficulté.

La deuxième partie va d'abord au développement économique allemand dans une Allemagne divisée (1949-1989). En ce qui j'ai eu affaire avec les étapes de la croissance économique allemande dans les deux parties de l'Allemagne.

De l'analyse des images, représentant les étapes du développement économique dans une Allemagne divisée, a énoncé que les deux Etats (la RFA et la RDA), en dépit de toutes les crises économiques et des problèmes pourraient atteindre évolution croissante. Il convient de souligner que la RFA à la RDA a été élaborée. (Cela dépend du système économique).

Basé sur les résultats analysés, on peut conclure que l'augmentation de la croissance du PIB sur un excédent commercial avec le résultat. Cela a conduit à l'augmentation de l'inflation, une inflation plus forte hausse des taux, le plus faible ont été le taux de chômage.

Il est à noter que la RFA a de "1990-2005", malgré les difficultés rencontrées développement économique était rapide. Cela donne à penser que la réunification a ouvert la voie à une croissance plus en plus.

Il faut souligner, cependant, qui a prêté de l'enquête à la suite, que l'influence de l'aspect psychologique dans une Allemagne unie pourrait être examinée à la croissance économique. On parle du prochain mur existant dans la tête. (Ossi / Wessis)

### **Les mots-clés**

1. Influence (Einfluss)
2. Allemand (deutsche)
3. Réunification (Wiedervereinigung)
4. Économie (Wirtschaft)
5. À 1990 de 2005(von 1990 bis 2005)
6. Politique économique allemande (deutsche Wirtschaftspolitik)
7. Inégalités (Ungleichheiten)
8. Le développement économique
9. Le défi (das Trotzen)
10. Difficultés créées (entstandene Schwierigkeiten)
11. Objectifs du plan de clés (plannende Ziele)
12. Les systèmes économiques (Wirtschaftssysteme)
13. Capitalisme (Kapitalismus)
14. Socialisme (Sozialismus)
15. L'économie centralement planifiée (zentrale Planwirtschaft)
16. L'économie sociale de marché (soziale Marktwirtschaft)
17. La RDA (DDR)
18. La RFA (BRD)
19. Allemagne réunifiée (wiedervereinigtes Deutschland)
20. Croissance (Wachstum)



**PDF**  
Complete

*Your complimentary  
use period has ended.  
Thank you for using  
PDF Complete.*

[Click Here to upgrade to  
Unlimited Pages and Expanded Features](#)



*„Zum Einfluss der deutschen Wiedervereinigung auf die deutsche Wirtschaft von 1990 bis 2005“* war Thema meiner Arbeit. In der vorliegenden Magisterarbeit habe ich mich mit der Wiedervereinigung speziell mit *dem Einfluss der deutschen Wiedervereinigung auf die deutsche Wirtschaft innerhalb 15 Jahre* beschäftigt. Aufgabe war es, die deutsche Wirtschaftspolitik nach der Wiedervereinigung zu untersuchen. Der Beitritt eines Staates in einen anderen ist keine einfache Sache, besonders wenn die *Ungleichheiten* wie in diesem Fall so gravierend sind. Aus diesem Grund habe ich mich versucht, mit der Problematik der *deutschen wirtschaftlichen Entwicklung unter dem Aspekt der Ungleichheiten* auseinanderzusetzen. Dabei hatte ich die folgende Hauptfrage zu beantworten;

***Inwiefern hat die deutsche Wiedervereinigung die deutsche Wirtschaft von 1990 bis 2005 beeinflusst?***

Zur Beantwortung dieser Kernfrage wurde von der folgenden Haupthypothese ausgegangen; **Die deutsche Wirtschaft konnte durch das Trotzen entstandener Schwierigkeiten und durch die Erreichung planender Ziele sich entwickelt werden.**

Die Arbeit lässt sich in drei Teile gliedern: 1) in einen theorieorientierten Teil, 2) in einen theoretisch analytisch orientierten Teil 3) und in einen praktisch analytisch orientierten Teil.

Im ersten Teil „**Zum Unterschied zwischen den beiden Wirtschaftssystemen und den Wirtschaftsordnungen**“ wurden zwei Wirtschaftssysteme " **der Kapitalismus und der Sozialismus**", und zwei Wirtschaftsordnungen " **die zentrale Planwirtschaft und die soziale Marktwirtschaft**" beschrieben und vergleicht. Davon Ausgehend, dass beide gleichzeitig in Deutschland vorhanden waren. Zusammenfassend sind beide Wirtschaftssysteme " **der Sozialismus und der Kapitalismus** " und beide Wirtschaftsordnungen " **die zentrale Planwirtschaft und die soziale Marktwirtschaft**“ total unterschiedlich sind und jedes Wirtschaftssystem bzw. jede Wirtschaftsordnung besondere Charakteristika aufzeigen und einen besonderen Erfolg in einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort realisieren kann. Es muss aber darauf hingewiesen

DDR/BRD) das gleiche Wirtschaftssystem gehabt  
Schwierigkeiten konfrontieren worden.

Der zweite Teil geht zunächst auf die deutsche wirtschaftliche Entwicklung im geteilten Deutschland (1949-1989) ein. In dem ich die Etappen des deutschen Wirtschaftswachstums in den beiden Teilen Deutschlands behandelt und vergleicht habe.

Aus der Analyse der Abbildungen, die die Etappen der wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland repräsentiert, hat sich her vorgegeben, dass beide Staaten (die BRD als auch die DDR) trotz aller Wirtschaftskrisen und Problemen zunehmende Entwicklungen erreichen konnten. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass die BRD gegenüber der DDR entwickelter war. (Dies hängt vom Wirtschaftssystem ab).

Diesem theoretischen Abschnitt folgt der dritte Teil "**die wirtschaftliche Entwicklung im wiedervereinigten Deutschland von 1990 bis 2005**".

Anhand der analysierten Ergebnisse konnte man feststellen, dass die Zunahme der BIP-Wachstumsrate einen Handelsüberschuß zur Folge hatte. Dies führte zur Steigerung der Inflationsrate, je höher die Inflationsraten steigen, desto niedriger wurden die Arbeitslosenquoten.

Bemerkenswert ist, dass die BRD von "1990 bis 2005" trotz aller Schwierigkeiten eine rasante wirtschaftliche Entwicklung erlebt hat. Dies deutet daraufhin, dass **die Wiedervereinigung den Weg für mehr und mehr Wachstum geebnet hat.**

Es muss allerdings unterstrichen werden, dass aus folgender Untersuchung sich hergegeben hat, dass der Einfluss der psychologischen Seite im vereinigten Deutschland auf das wirtschaftliche Wachstum untersucht werden könnte. Man spricht von der weiter existierenden Mauer in den Köpfen. **(Ossis/Wessis)**

1. *Einfluss*
2. *deutsche*
3. *Wiedervereinigung*
4. *Wirtschaft*
5. *von 1990 bis 2005*
6. *die deutsche Wirtschaftspolitik*
7. *Ungleichheiten*
8. *die wirtschaftliche Entwicklung*
9. *das Trotzen*
10. *entstandene Schwierigkeiten*
11. *planende Ziele*
12. *Wirtschaftssysteme*
13. *Wirtschaftsordnungen*
14. *der Kapitalismus*
15. *der Sozialismus*
16. *die zentrale Planwirtschaft*
17. *die soziale Marktwirtschaft*
18. *die DDR*
19. *die BRD*
20. *wiedervereinigtes Deutschland*
21. *Wachstum*